

# **HESSEN ERNEUERN.**

**Entwurf  
für ein sozialdemokratisches  
Regierungsprogramm für Hessen  
2014-2018**

**Vorlage zur Diskussion mit den  
Bürgerinnen und Bürgern Hessens**

**HESSEN  
SPD**



SPD-Landesverband Hessen

V.i.S.d.P. Michael Roth MdB (Generalsekretär)  
Ansprechpartner: Michael Fraenkel (Programmreferent)

Rheinstraße 22  
65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 999 77- 38  
Telefax: (0611) 999 77-11

E-Mail: [Programmkommission@spd-hessen.de](mailto:Programmkommission@spd-hessen.de)  
Internet: [www.spd-hessen.de](http://www.spd-hessen.de)

# Übersicht

<b>o. Das Regierungsprogramm 2014-2018 .....</b>	<b>1</b>
Am Anfang war das Zuhören .....	1
Unsere Maßstäbe: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.....	1
Fortschritt und Sicherheit .....	1
Mehr Zusammenhalt .....	2
Daseinsvorsorge stärken .....	2
Politik aus einem Guss.....	2
Mehr Demokratie wagen - für eine neue Kultur der Beteiligung und der Transparenz.....	2
<b>1. Gute Bildung von Anfang an .....</b>	<b>5</b>
Bildung in Hessen – eine schlechte Bilanz .....	5
1.1. Unser Ziel: Gerechtigkeit und Chancengleichheit.....	6
Gute Bildung von Anfang an.....	6
Jedes Kind mitnehmen .....	7
Kinder brauchen Zeit zum Lernen – G8 beenden! .....	7
Gemeinsam lernen in einer Schule der Vielfalt .....	8
Verantwortung in Selbständigkeit .....	8
Berufliche Bildung weiterentwickeln.....	9
Eine qualifizierte Erstausbildung .....	9
Schulen in freier Trägerschaft.....	10
Neue Lehrerbildung.....	10
Lebensbegleitendes Lernen .....	10
1.2. Wir wollen gute Studienbedingungen .....	10
Hochschulen – Große Worte – Schlecht im Vergleich .....	11
Studiengebühren nein – BAföG verbessern .....	11
Soziale Öffnung der Hochschulen.....	11
Verlässliche Finanzierung .....	12
Bologna-Prozess korrigieren.....	12
Forschung und Lehre gehören zusammen .....	13
Politik zurück in die Verantwortung .....	13
Demokratische und soziale Hochschule.....	14
Nichtstaatliche Einrichtungen .....	14
<b>2. Wirtschaft, Forschung und Innovation.....</b>	<b>15</b>
2.1. Hochschulen als Motoren für regionale Entwicklungen .....	15
Hochschulen sind mehr als Bildungseinrichtungen! .....	15
2.2. Unsere Wirtschaftspolitik .....	15
CDU-Landesregierung ohne Ideen.....	16

Innovation in der Wirtschaft.....	16
Faire Bedingungen für den Mittelstand .....	17
Außenwirtschaft und Standortsicherung.....	17
Transparenz und Beteiligung im Planungsrecht.....	18
Ausbau des Breitbandnetzes.....	18
<b>2.3. Finanzen für die Zukunftssicherung.....</b>	<b>19</b>
Finanzplatz Frankfurt/Rhein-Main.....	19
Neue Herausforderungen .....	19
Sparkassen.....	20
Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) .....	20
WI Bank wird zur Hessenbank .....	20
Für eine leistungsfähige Landesentwicklungsgesellschaft .....	21
<b>2.4. Neue Energie für Hessen!.....</b>	<b>21</b>
Abschalten allein reicht nicht .....	21
Energiewende als Chance .....	21
Es muss bezahlbar bleiben.....	22
Chance für Kommunen .....	22
Chance für Demokratie .....	22
Keine Investitionen in die Vergangenheit .....	23
Erst mal einsparen .....	23
Die Vielfalt bringt es.....	23
Neue Speicher und Netze.....	24
Intelligenter Verkehr .....	25
Forschung und Transparenz .....	25
<b>3. Arbeit und soziale Gerechtigkeit.....</b>	<b>26</b>
<b>3.1. Ordnung auf dem Arbeitsmarkt .....</b>	<b>26</b>
Sichere und faire Arbeit.....	26
Endlich dynamischer Mindestlohn .....	26
Familienfreundliche Arbeit.....	27
Ältere Arbeitnehmer .....	27
<b>3.2. Soziale Gerechtigkeit .....</b>	<b>27</b>
14 Jahre soziale Verantwortungslosigkeit.....	27
Unser Leitbild: Eine solidarische Gesellschaft.....	27
Hessen zum Familienland machen.....	28
Kinder und Jugendliche im Zentrum .....	28
Politik für Ältere und Senioren.....	29
Aktionsprogramm Armutsbekämpfung.....	30
Gesundheitsland Hessen .....	31
Leitbild Inklusion: Politik für Menschen mit Behinderung .....	32
<b>3.3. Sport verbindet.....</b>	<b>33</b>
Ehrenamt macht Spaß.....	33
<b>3.4. Gutes Wohnen für alle.....</b>	<b>34</b>
Bezahlbare Wohnungen.....	34

Öffentliche Wohnungswirtschaft.....	35
Soziale Stadt.....	36
Schutz der Mieter.....	36
<b>4. Gutes Leben in Stadt und Land .....</b>	<b>37</b>
4.1. Den ländlichen Raum stärken.....	37
14 Jahre Schwarz-Gelb schaden dem ländlichen Raum.....	37
Gerechtes Hessen: Partnerschaft solidarisch gestalten.....	37
Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten.....	38
Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfungsprozesse fördern .....	39
Innenentwicklung hat Priorität.....	39
Bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement stärken .....	40
4.2. Stadt- und Regionalpolitik.....	40
Gegen die soziale Spaltung .....	40
Die Regionen gestalten.....	41
Region Rhein-Main .....	42
Region Kassel .....	43
4.3. Mobilität sichern.....	43
Politik der Worthülsen.....	43
Moderne Verkehrspolitik .....	44
Schienenverkehr.....	44
Verlagerung von Güterverkehr.....	44
Ballungsraum und ländlicher Raum.....	44
Hessische Verkehrsverbünde .....	45
Sanierungsstau abarbeiten .....	45
Menschen bei Infrastrukturmaßnahmen mitnehmen.....	45
Lärmschutz .....	46
Regionalflughafen Kassel-Calden.....	46
Verkehrssicherheit.....	46
Fahrradverkehr .....	46
Fußgängerinnen und Fußgänger .....	46
Flughafen Frankfurt .....	47
<b>5. Solidarisches Zusammenleben und Gleichberechtigung .....</b>	<b>48</b>
14 Jahre lila Pause unter Schwarz-Gelb .....	48
Ein neuer frauenpolitischer Aufbruch für Hessen .....	48
<b>6. Für ein tolerantes Hessen .....</b>	<b>51</b>
<b>7. Weltoffenes Hessen .....</b>	<b>53</b>
14 Jahre vergebene Chancen für die Integration.....	53
Mehr Integration für Hessen - Unser Grundverständnis .....	53
Integration durch Bildung und Sprache .....	54

Zugangschancen zum Arbeitsmarkt verbessern.....	55
Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, Hass und Gewalt konsequent bekämpfen.....	55
Flüchtlinge .....	56
Politische Teilhabe als Schlüssel.....	56
Der Islam - ein Bestandteil Deutschlands .....	56
<b>8. Hessen international .....</b>	<b>58</b>
8.1 Europa: Die Krise als Chance begreifen .....	58
8.2 Hessische Entwicklungszusammenarbeit.....	59
<b>9. Natur, Umwelt und Verbraucherschutz .....</b>	<b>61</b>
9.1. Naturschutz.....	61
9.2. Gesunde Umwelt.....	62
Wasser .....	62
Saubere Luft .....	62
9.3. Verbraucherschutz braucht mündige Verbraucher.....	62
Gentechnik .....	63
9.4. Tierschutz .....	63
Vorbeugender Tierschutz – endlich auch in Hessen .....	63
Tierschutzgerechte Nutzung und Haltung .....	64
Tierversuche .....	65
Mitwirkungsrechte für Tierschutzverbände und Tierschützer .....	65
9.5. Landwirtschaft und Forsten.....	65
Forstwirtschaft .....	65
Landwirtschaft.....	66
<b>10. Kultur, Medien und Netzpolitik .....</b>	<b>68</b>
10.1. Kunst in Hessen.....	68
Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern .....	68
Theaterförderung und regionale Kooperation .....	68
Museen in Hessen.....	69
Soziokultur und regionale Kulturförderung in Hessen.....	69
Filmförderung und Kreativindustrie in Hessen .....	69
Kulturkooperation und Kulturfond .....	70
Musikförderung in Hessen .....	70
Literatur.....	70
Denkmalpflege, Historisches Erbe und Baukultur .....	70
Bildende Kunst.....	71

10.2. Medien und Netzpolitik .....	71
Modernisierung des Rundfunkauftrages .....	71
Vielfältige Presselandschaft erhalten .....	72
Medienkompetenz fördern .....	72
Netzpolitik in Hessen .....	72
<b>11. Kommunen stärken .....</b>	<b>74</b>
<b>12. Liberales und sicheres Hessen.....</b>	<b>76</b>
12.1 Datenschutz .....	76
12.2. Polizei .....	76
12.3. Dienstrecht .....	78
12.4. Justiz und Justizvollzug.....	78
12.5. Verfassungsschutz .....	81
Initiativen gegen Rechts.....	81
12.6. Feuerwehr und Katastrophenschutz .....	82
<b>13. Verantwortliche Finanzpolitik.....</b>	<b>83</b>
Staatliche Aufgaben angemessen finanzieren – Gerechtigkeit herstellen .....	83
Notwendige staatliche Aufgaben .....	84
Steuergerechtigkeit herstellen .....	84

# 1 **o. Das Regierungsprogramm 2014-2018**

2

## 3 **Am Anfang war das Zuhören**

4 Weil wir Politik besser machen wollen als andere, haben wir uns zuerst Zeit genommen  
5 zum Zuhören. In den letzten zwei Jahren haben viele von uns zahlreiche Einzelgesprä-  
6 che geführt und an vielen Gruppendiskussionen teilgenommen. Wir haben mit Bürgern  
7 geredet und mit Experten, mit Vertretern von Institutionen und Interessengruppen  
8 und nicht zuletzt mit vielen engagierten Mitgliedern unserer Partei, der SPD. Wir woll-  
9 ten wissen, wie es weiter gehen soll in Hessen. Dabei ging es nicht nur um Kritik, son-  
10 dern auch um Vorschläge, wie man die Dinge besser machen kann. Diese Vorschläge  
11 haben wir zusammen getragen und diskutiert. Unser Vertrauen in die Klugheit der  
12 Menschen wurde bestätigt. Viele gute Vorschläge haben Eingang gefunden in dieses  
13 Programm, manche unserer eigenen Ideen konnten wir so verbessern oder korrigieren.

14

## 15 **Unsere Maßstäbe: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität**

16 Die Maßstäbe, den wir an alle Vorschläge angelegt haben, sind unsere Grundwerte:  
17 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie bilden auch die Leitlinien für unsere tägliche  
18 Arbeit. Gerade weil sich heutzutage manche Dinge schnell verändern, braucht es solche  
19 Maßstäbe, um gute Entscheidungen treffen zu können. Man wird auch unsere Regie-  
20 rungsarbeit daran messen können. Wie konkret unsere Grundwerte unser Handeln  
21 bestimmen, zeigen drei kurze Beispiele:

22 Wir Sozialdemokraten wissen, dass Freiheit häufig materielle Absicherung braucht. So  
23 hat jeder Abiturient die Freiheit zu studieren, aber oft fehlt es an Geld. Deshalb sind wir  
24 für ein vernünftiges Bafög und gegen Studiengebühren.

25 Wir Sozialdemokraten wissen, dass Gerechtigkeit immer wieder hergestellt werden  
26 muss. So verdienen Frauen bei gleicher Tätigkeit 22 Prozent weniger als Männer. Ähnli-  
27 ches gilt für Leiharbeiter. Hunderttausende Menschen arbeiten Vollzeit, aber können  
28 von ihren Löhnen nicht leben. Deshalb sind wir für gleiche Löhne bei gleicher Arbeit  
29 und für Mindestlöhne.

30 Wir Sozialdemokraten wissen, dass Menschen in Not oft in ihrer Würde gekränkt wer-  
31 den. Deshalb setzt unser Grundwert Solidarität auf gleiche Augenhöhe. Es geht um  
32 soziale Rechte und nicht um demütige Bittstellerei.

33

## 34 **Fortschritt und Sicherheit**

35 Es reicht nicht, auf die schnellen Veränderungen der Welt um uns herum nur zu reagie-  
36 ren. Wir müssen aktiv gestalten, damit wir einen Fortschritt erreichen, der das Leben  
37 der Menschen besser macht und die Probleme der Zukunft löst, ganz gleich ob Verän-  
38 derungen der Arbeitswelt oder Klimawandel. Gleichzeitig müssen wir erreichen, dass  
39 nicht jeder allein mit den Veränderungen fertig werden muss, sondern dass wir ge-  
40 meinsam ausreichend Sicherheit für alle organisieren.

41

## 1 **Mehr Zusammenhalt**

2 Eine gute Zukunft werden wir nur gemeinsam organisieren können. Dazu braucht es  
3 Zusammenhalt und Unterstützung für den einzelnen. Wir wollen nicht, dass Menschen  
4 aufgrund ihrer sozialen Situation ausgegrenzt werden. Wer Hilfe benötigt, muss sie  
5 auch erhalten. Wer wenig verdient, braucht einen Mindestlohn. Wer lange arbeitslos  
6 war, braucht Unterstützung auf dem Weg zu neuer Berufstätigkeit. Schüler mit  
7 Schwierigkeiten sollen unterstützt und nicht abgeschoben werden. Wir wollen, dass  
8 niemand zurückgelassen wird.

9

## 10 **Daseinsvorsorge stärken**

11

12 Land, Städte und Gemeinden müssen wieder die Möglichkeit erhalten, beispielsweise  
13 die Wasserversorgung, die Stromproduktion und die Müllabfuhr selbst zu organisieren.  
14 Die Daseinsvorsorge ist ein öffentlicher Auftrag. Nur die öffentliche Hand kann sicher-  
15 stellen, dass hessenweit vergleichbare Zugangsvoraussetzungen geschaffen werden.  
16 Die Versorgung mit schnellen Internet-Breitbandzugängen zeigt, dass private Anbieter  
17 nur die lukrativen Städte und Ballungsräume anbinden und der ländliche Raum für sie  
18 wirtschaftlich nicht interessant ist. Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, dass Güter  
19 und Einrichtungen, die für die Daseinsvorsorge wichtig sind, nicht weiter privatisiert  
20 werden.

21

## 22 **Politik aus einem Guss**

23 Das Leben ist nicht in viele kleine Bereiche zersplittert. Unsere Politik auch nicht. Sie ist  
24 aus einem Guss. So gehören bei uns zum Beispiel Arbeit, Wirtschaft und ökologische  
25 Modernisierung zum Schutz von Menschen, Klima und Umwelt ebenso zusammen wie  
26 Familie, Bildung, Betreuung und Gleichberechtigung. Dies gilt für zahlreiche andere  
27 Bereiche; sie beziehen sich aufeinander und ergänzen sich. Mit Programmen für die  
28 Städte und für den ländlichen Raum werden die Vorschläge für ganze Lebensbereiche  
29 zusammengefasst. Für die SPD stehen nicht abstrakte Konzepte, sondern der Mensch  
30 im Mittelpunkt der Politik.

31

## 32 **Mehr Demokratie wagen - für eine neue Kultur der Beteiligung und der** 33 **Transparenz**

34 Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede Bürgerin, jeder Bürger das Recht hat mitzure-  
35 den, wenn es darum geht, wie unsere Zukunft gestaltet werden soll. Selbst ernannte  
36 Experten, die den Menschen vorschreiben, was gut für sie ist, helfen nicht weiter. Des-  
37 halb muss bei der Gestaltung von Politik die Beteiligung der Betroffenen mitgeplant  
38 werden. Ob über das Profil einer Schule entschieden wird oder über ein Naturschutz-  
39 gebiet – wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger mitreden können. **Wir wollen**  
40 **wieder mehr Demokratie wagen.**

41 Wir stimmen mit einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit überein: Unser Land und  
42 seine Bevölkerung sind reif für mehr direkte Demokratie. Wir setzen uns für ein die  
43 **Einführung von Volksinitiativen, -begehren und -entscheiden auf Bundesebene sowie**  
44 **für die Absenkung der Hürden in Hessen auf ein bürgerfreundlicheres Maß.** Die Finan-  
45 zierung von Abstimmungskampagnen wollen wir dabei streng transparent machen  
46 und notfalls eingrenzen, um finanzstarken Verbänden und Lobbys keine überproporti-

1 onale Einflussnahme auf politische Entscheidungen zu ermöglichen. Wir wollen ver-  
2 stärkt innovative Projekte wie den Bürgerhaushalt und digitale Beteiligungsverfahren  
3 erproben.

4 Die stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten am politischen Entschei-  
5 dungsprozess ist für uns ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen Integrationspolitik.  
6 Wir fordern daher das kommunale Wahlrecht für alle seit mindestens fünf Jahren in  
7 Deutschland lebende Ausländer und deren Beteiligung an Volksinitiativen und Bürger-  
8 haushalten.

9 Die Hürden zur Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen sollten so niedrig wie mög-  
10 lich sein. Das hessische Kommunalwahlrecht führt in seiner Überkomplexität zu einer  
11 hohen Zahl an ungültigen und verschenkten Stimmen und hält manche Wählerinnen  
12 und Wähler von der Wahlteilnahme ab. Die hessische SPD wird deshalb das Gespräch  
13 mit anderen Parteien über eine Weiterentwicklung und Vereinfachung des Kommu-  
14 nalwahlrechts suchen.

15 Wir wollen, dass Jugendliche über ihre Belange vor Ort mitentscheiden können. Wir  
16 setzen uns für die Herabsenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre  
17 ein.

18 Demokratie fällt nicht vom Himmel - sie muss gelernt werden. Wir wollen, dass sich  
19 besonderes Engagement, z. B. in der Schülervertretung, bei Amnesty International, in  
20 der Naturschutzgruppe oder im Vereinsvorstand, bei der schulischen Leistungsbewer-  
21 tung, bei Zugang zu Ausbildungs- und Studienplätzen wieder spiegelt.

22 Wir wollen Politikerinnen und Politiker, die wieder Vorbild für Demokratie und Trans-  
23parenz von Entscheidungen sein wollen. Wir treten dafür ein, dass sich Abgeordnete  
24 und Regierungsmitglieder auf einen Verhaltenskodex verständigen, der verbindliche  
25 Leitlinien im Umgang miteinander und gegenüber Medien und Wirtschaft regelt. Dazu  
26 gehören: Verzicht auf die persönliche Herabwürdigung des politischen Gegners, Re-  
27 spekt vor der Privatsphäre von Politikern, Offenlegung von bezahlten Nebentätigkeiten  
28 bei Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Offenlegung der Einkommens-  
29 verhältnisse von Parlaments- und Kabinettsmitgliedern sowie von hauptamtlichen  
30 Kommunalpolitikern sowie Einrichtung einer unabhängigen Kommission, die nach  
31 dem Ausscheiden aus einem Regierungsamt Empfehlungen für Art, Umfang und Zeit-  
32 punkt der Aufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit abgibt und strittigen Fällen nach-  
33 geht.

34 Notwendig ist auch die Schaffung von klaren und transparenten Regeln für die politi-  
35 sche Interessenvertretung und deren Finanzierung (z.B. durch ein Lobbyregister) sowie  
36 wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption (z.B. durch Erstellung eines  
37 Korruptionsregisters und ein Korruptionsbekämpfungsgesetz). Noch wichtiger ist es,  
38 dass Bürgerinnen und Bürger verstärkt in die Entscheidungsfindung einbezogen wer-  
39 den. Bei zentralen Reformprojekten ist die Bevölkerung umfassend einzubeziehen.

40 Internetbasierte und mobile Technologien wollen wir nutzen, um Bürgerinnen und  
41 Bürger stärker in den gesamten politischen Prozess zu integrieren. Digitale Beteili-  
42 gungsverfahren (Open Government) können die Transparenz, Möglichkeiten der Parti-  
43 zipation und die Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Bürgerinnen und Bür-  
44 gern sowie der Wirtschaft befördern.

45

46 Teilhabe verlangt aber auch Informationen. Die SPD wird für Hessen die bereits von  
47 Schwarz-Gelb abgelehnte Initiative für ein umfassendes Informationsfreiheitsgesetz  
48 wieder aufgreifen, das einen Auskunftsanspruch gegenüber öffentlichen Stellen des  
49 Landes und den Kommunen begründet.

1 Eine wichtige Säule der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist und bleibt das  
2 ehrenamtliche Engagement. Dies gilt es zu stärken und zu würdigen. Wir möchten dies  
3 in einem umfangreichen Ehrenamtsgesetz tun, um die Arbeit vor Ort zu erleichtern  
4 aber auch um Teilhabe zu gewähren. Wir wollen die ehrenamtliche Arbeit erleichtern,  
5 indem wir bürokratische Hindernisse abbauen und Beteiligungsrechte stärken.

# 1. Gute Bildung von Anfang an

Bildungspolitik ist der Kernbereich von Landespolitik. In keinem anderen Bereich hat ein Bundesland so viel Gestaltungsmöglichkeiten und so viel Gestaltungsspielraum. Mit einer guten Bildungspolitik werden die Grundlagen gelegt für Chancengleichheit, für gute Arbeit und persönlichen Wohlstand. Ein gutes Bildungssystem gibt die Freiheit, den eigenen Lebensweg zu finden. Es dient der Gerechtigkeit, indem es gleiche Chancen herstellt.

Zur Realisierung eines solchen Bildungssystems brauchen wir die Zusammenarbeit aller Ebenen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass der Bund in die Verantwortung für gute Bildung einbezogen und das Kooperationsverbot aufgehoben wird.

## Bildung in Hessen – eine schlechte Bilanz

Entgegen allen wortreichen Erklärungen ist die Bilanz der amtierenden CDU-FDP-Landesregierung blamabel. In Ländervergleichen erreichen hessische Schüler bestenfalls mittlere Plätze, die soziale Ungleichheit nimmt eher zu, viel zu viele Kinder werden auf dem Bildungsweg zurückgelassen, weil sie nicht entsprechend ihrer Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden. Frühe Selektion und eine zunehmende Zersplitterung prägen das hessische Schulsystem. Die Durchlässigkeit nach oben wird mehr und mehr abgebaut, Sackgassen entstehen.

Die Spitze der Negativbilanz ist die Verkürzung der Gymnasialzeit (G8). Das Ergebnis der schlecht geplanten Verkürzung der Mittelstufe sind überlastete Schüler, deren Persönlichkeitsentwicklung leidet, denen die Zeit für Sport, Musik und für soziales Engagement genommen wird. Die hohe Zahl der Sitzenbleiber und Querversetzungen ist ein Warnzeichen.

Wie wenig ernst gemeint die Bedeutung des Elternwillens ist, zeigt der untaugliche Versuch, die aussterbende Hauptschule durch die Konstruktion der Mittelstufenschule am Leben zu erhalten. Durch Abstufung aus anderen Bildungsgängen wird der Bildungsgang Hauptschule gegen den Schulwunsch der Eltern ab der Klasse 7 einfach aufgefüllt.

Das Recht auf Unterricht in der Regelschule aus der UN-Konvention über die Rechte Behinderter wird über einen Ressourcenvorbehalt einfach ausgehebelt. Damit wird die gesellschaftliche Akzeptanz für inklusiven Unterricht gefährdet und Schulen und Eltern allein gelassen.

Auch das Projekt Selbstständige Schule droht als Mangelverwaltung zu scheitern, da die versprochene 105-prozentige Lehrerversorgung nicht zur Verfügung steht. Statt die Qualität der einzelnen Schulen zu stärken, werden mit dem neuen Wasserkopf eines Landesschulamts Stellen in der Verwaltung geschaffen.

## 1 1.1. Unser Ziel: Gerechtigkeit und Chancengleichheit

2 Jedes Kind hat ein Recht auf die Achtung seiner Persönlichkeit und bestmögliche Bil-  
3 dung. Für uns sind alle Kinder gleich viel wert, völlig unabhängig von ihrer Leistungs-fä-  
4 higkeit und ihrer Begabung und ungeachtet ihrer sozialen und ethnischen Herkunft  
5 oder ihres Geschlechts. Ihre Förderung und ihr Wohlergehen sind der Maßstab unseres  
6 politischen Handelns.

7 Unser Ziel ist, jedem Kind eine möglichst breite Bildung mit auf den Lebensweg zu ge-  
8 ben, um ihm so die umfassende Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und Fähigkei-  
9 ten zu sichern. Damit stärken wir die Voraussetzungen für eine umfassende demokra-  
10 tische, soziale und kulturelle Teilhabe in unserer Gesellschaft, für ein selbstbestimmtes  
11 Leben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass jedes Kind einen berufsqualifizie-  
12 renden schulischen Abschluss erreicht, der ihm die Chance auf eine positive Lebensper-  
13 spektive und die Teilhabe am Arbeitsmarkt eröffnet.

14 Alle Kinder sind wissbegierig und motiviert, wenn ihre Freude am Lernen geweckt, er-  
15 halten und gefördert wird. Wir wollen eine Schule, die das kann. Nicht die Kinder müs-  
16 sen der Schule angepasst werden, sondern die Schule muss der Unterschiedlichkeit der  
17 Kinder Rechnung tragen.

18 Wir wissen, dass unser Bildungssystem sich an vielen Stellen verändern und verbessern  
19 muss, um dieses Ziel zu erreichen. Pädagogische, inhaltliche und strukturelle Maß-  
20 nahmen sind notwendig, um ein leistungsfähiges Bildungssystem von hoher Qualität  
21 zu schaffen, das der Vielfalt der Kinder gerecht wird und gleiche Bildungschancen ü-  
22 berall in Hessen schafft. Unser Konzept „Haus der Bildung“ beschreibt die Schritte, von  
23 der frühkindlichen Erziehung bis zum Einstieg in den Beruf.

24

### 25 **Gute Bildung von Anfang an**

26 In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungs-  
27 weg gelegt. Unser Ziel ist die optimale individuelle Förderung aller Kinder von allem  
28 Anfang an. Im Mittelpunkt steht das einzelne Kind mit seinem Bedürfnis nach Bindung  
29 und Geborgenheit, seiner Freude am Spielen und am Lernen, seinem Wunsch nach  
30 Gemeinsamkeit und Freundschaft. Stärken werden gestärkt, individuelle Beeinträchti-  
31 gungen früh erkannt und Fehlentwicklungen vermieden, soziale Benachteiligungen  
32 ausgeglichen. Individuelle Förderung leistet so einen herausragenden Beitrag zur  
33 Chancengleichheit durch Bildung. Wir wollen zugleich die Entlastung von Familien bei  
34 der Kinderbetreuung und die bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kinderer-  
35 zziehung.

36

37 Wir wollen für jedes Kind unter sechs Jahren den Rechtsanspruch auf individuelle  
38 ganztägige Förderung und Betreuung umsetzen, in Kindertagesstätten oder in der Kin-  
39 dertagespflege. Wir wollen die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familien-  
40 zentren, in denen neben der Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder auch Treff-  
41 punkte, Kommunikations- und Beratungsangebote für Eltern und Familienangehörige  
42 sowie für Menschen aller Altersgruppen im Stadtteil gemacht werden. Der Bildungs-  
43 und Erziehungsplan ist Grundlage für die inhaltliche Arbeit und die Kooperation zwi-  
44 schen Kita und Grundschule.

45 Deshalb haben der bedarfsgerechte Ausbau der Plätze und die Steigerung der Qualität  
46 der Arbeit durch Verbesserung der Personalausstattung und Verkleinerung der Grup-  
47 pen weiter Priorität. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern wird durch Ange-

1 bote auf Fachhochschulniveau und flexible Weiterqualifizierungsmaßnahmen ergänzt  
2 und aufgewertet. Perspektivisch streben wir die Gebührenfreiheit für alle Angebote  
3 der frühen Bildung an.

4

## 5 **Jedes Kind mitnehmen**

6 Kein Kind darf zurückgelassen werden. Immer noch werden viele Kinder in der Schule  
7 zu wenig gefördert, sie werden beschämt und verletzt. Schulversagen und zerstörte  
8 Motivation sind häufig die Folge. Das Wiederholen einer Klasse oder der Wechsel in  
9 eine andere Schulform tragen meist nicht dazu bei, die Freude am Lernen zu erhalten.

10 Wir wollen deshalb Schulen ermöglichen, alle Kinder mitzunehmen und sie in ihrer  
11 Entwicklung zu fördern. **Sitzenbleiben und Querversetzung sollen durch individuelle**  
12 **Fördermaßnahmen ersetzt werden.** Jede Schule verpflichtet sich, ihre Schüler und  
13 Schülerinnen erfolgreich zu einem Abschluss zu führen.

14 Dazu brauchen Schulen neben Lehrern Angehörige vielfältiger Berufe, die Hand in  
15 Hand zusammen arbeiten. Damit die Bildungs- und Erziehungsprozesse optimal gelin-  
16 gen können, bedarf es eines breiten Spektrums an Unterstützungsmöglichkeiten und  
17 vor allem einer Vernetzung und Koordination der bereits existierenden Instrumente.  
18 **Wir wollen kommunale Schulträger beim schrittweisen Ausbau der Schulsozialarbeit**  
19 **unterstützen.**

20

## 21 **Kinder brauchen Zeit zum Lernen – G8 beenden!**

22 Kinder haben verschiedenste Interessen, Begabungen und Fähigkeiten. Sie entwickeln  
23 sich unterschiedlich schnell. Auch das Lerntempo ist verschieden ausgeprägt. Individuell  
24 fördern bedeutet auch, im Unterricht und in der Schulorganisation flexible Lernzei-  
25 ten anzubieten, um jedem Kind seine Zeit zum Lernen zu geben.

26 Deswegen wollen wir, dass Kinder sowohl die Grundschul- wie auch die gymnasiale  
27 Oberstufenzeit unterschiedlich schnell durchlaufen können.

28 **In der Grundschule werden wir die ersten zwei Schuljahre zu einer Schuleingangsstufe**  
29 **weiterentwickeln, mit halbjährlichen Einschulungsterminen, in der die Kinder je nach**  
30 **Entwicklungsstand zwischen ein und drei Jahre bleiben können.**

31 Mehr Zeit zum Lernen brauchen Schüler und Schülerinnen insbesondere in der Mittel-  
32 stufe. **Wir wollen in Hessen den missglückten G8-Versuch beenden.** Die Mittelstufe soll  
33 wieder auf sechs Jahre ausgelegt werden. Ob das Abitur nach zwölf, dreizehn oder vier-  
34 zehnte Schuljahren abgelegt wird, richtet sich nach der individuellen Entwicklung der  
35 Schülerinnen und Schülers. **Eine modularisierte Oberstufe ermöglicht nicht nur eine**  
36 **größere Wahlfreiheit bei der Fächerkombination, sondern auch unterschiedlich lange**  
37 **Verweildauern.**

38

39 Ganztagschulen machen die Zeit in der Schule flexibel und verbinden Lernen, Fördern,  
40 Freizeit und Gruppenaktivitäten in einem pädagogisch bestimmten Tagesrhythmus.  
41 Wir wollen einen Schulalltag, der ganzheitliche Förderung realisiert, zum Beispiel durch  
42 fächerübergreifendes und auch projektorientiertes Lernen. Ganztagschulen geben  
43 auch mehr Raum, um die sozialen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern zu  
44 stärken. So wollen wir die Qualität von Lern- und Erziehungsprozessen insgesamt stei-

1 gern. Jedem Kind soll wohnortnah eine ganztägig arbeitende Schule angeboten wer-  
2 den, dabei haben Grundschulen beim Ausbau Priorität.

3

#### 4 **Gemeinsam lernen in einer Schule der Vielfalt**

5 Wir wollen längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen. Daher streben  
6 wir eine Schulstruktur an, in der alle weiterführenden Schulen bis zur Klasse 10 eine  
7 gemeinsame Mittelstufe anbieten. Wir wissen, dass wir eine grundlegende Verände-  
8 rung des Schulsystems und der damit verbundenen Erwartungshaltung an bestmögli-  
9 che Bildungserfolge nur gemeinsam mit Eltern, Lehrkräften und Schülern und Schüle-  
10 rinnen erreichen können. Deswegen werden wir solche Veränderungen nicht von oben  
11 verordnen.

12 Unsere Schule wird eine Schule der Vielfalt sein. Damit kann sie auf jedes einzelne Kind  
13 eingehen. Wir sehen die Unterschiedlichkeit der Kinder als Chance. Jedes Kind leistet  
14 einen wertvollen Beitrag in der Schulgemeinschaft und macht seine Schule bunter und  
15 lebendiger. Jedes Kind kann für seine eigene Entwicklung von den vielfältigen Kennt-  
16 nissen, Interessen und Fähigkeiten anderer Kinder profitieren und seine eigenen Stär-  
17 ken vermitteln und ausbauen.

18 Deutschland hat sich durch die Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte Be-  
19 hinderter verpflichtet, kein Kind mit Behinderungen und besonderem Förderbedarf aus  
20 der Regelschule auszuschließen. Wir wollen, dass Schulen erfolgreich inklusiv arbeiten  
21 können. Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte sind ebenso wichtig wie eine ange-  
22 messene personelle und sachliche Ausstattung. Inklusion darf nicht an einem Haus-  
23 haltsvorbehalt scheitern, denn sie ist ein individuelles Recht jedes einzelnen Kindes.  
24 Wir werden die Schulträger bei der schrittweisen Umsetzung der Inklusion unterstüt-  
25 zen.

26

#### 27 **Verantwortung in Selbständigkeit**

28 Die Rahmensetzungen für das Bildungssystem bleiben öffentliche Aufgabe in Verant-  
29 wortung des Landes. Innerhalb dieses organisatorischen, curricularen und pädagogi-  
30 schen Rahmens erhalten die Schulen die Freiheit selbst zu entscheiden, mit welchen  
31 pädagogischen und organisatorischen Instrumenten sie ihren Schülern und Schülerin-  
32 nen den bestmöglichen Bildungsweg bieten können. Dies ist Freiheit und Verantwor-  
33 tung zugleich. Wir wollen, dass Schulen im Rahmen weitreichender organisatorischer  
34 und pädagogischer Freiheiten und auch von schulformübergreifenden Bildungsstan-  
35 dards die Möglichkeit haben, ihr eigenes Profil zu bestimmen. Wir werden den selb-  
36 ständigen Schulen ein Gesamtbudget zur Verfügung stellen, aus dem sie eigenständig  
37 Personal- und Sachmittelaufwendungen bestreiten. Ein neues Lehrerzuweisungsver-  
38 fahren wird auch soziale Indikatoren einbeziehen und den besonderen Förderbedarf  
39 der Schüler und Schülerinnen berücksichtigen. Selbstständige Schule darf nicht zum  
40 Deckmantel für Mangelverwaltung werden. Schulen müssen verlässlich so ausgestat-  
41 tet sein, dass sie ihren pädagogischen Auftrag tatsächlich in eigener Verantwortung  
42 erfüllen können.

43 Die selbstständige Schule ist eine demokratische Schule und lebt von der Beteiligung  
44 der gesamten Schulgemeinde. Eltern, Schülerschaft und Lehrkräfte müssen stärker als  
45 bisher in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Demokratie steht nicht nur  
46 auf dem Stundenplan, sie wird von der Schulgemeinde gelebt. Daher wollen wir die  
47 Schulkonferenz als zentrales Entscheidungsgremium stärken. Staatliche Schulämter

1 und die Schul- und Jugendhilfeträger sind wichtige Partner für die selbständige Schule.  
2 Wir wollen eine verlässliche und gleichberechtigte Kooperation sicherstellen, um  
3 Schulentwicklung in der Region und notwendige Unterstützungssysteme für die Schu-  
4 len zu verbessern.

5

## 6 **Berufliche Bildung weiterentwickeln**

7 Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung fest. Die  
8 duale Ausbildung hat viele Vorteile und ist für uns nach wie vor das Regelsystem der  
9 beruflichen Ausbildung. Dort, wo es aufgrund der Arbeits- und Ausbildungsmarktlage  
10 erforderlich ist, wollen und müssen wir vollschulische berufliche Bildungsgänge anbie-  
11 ten. Wir wollen dabei durch die Entwicklung von Bildungswegen an Produktionsschu-  
12 len zusätzliche Chancen vor allem für bildungsbenachteiligte Jugendliche eröffnen.

13 Vollschulische berufliche Bildungsgänge sind Bestandteil eines vielfältigen Bildungs-  
14 angebotes und wohnortnah durch die verschiedenen beruflichen Schulformen zu si-  
15 chern. Hierzu gehören auch die Fachschulen als wichtiger Teil der Erwachsenenbildung.

16 Wir wollen zur Sicherung der weiteren Bildungschancen für Schülerinnen und Schüler  
17 und Studierende der beruflichen Bildungsgänge die Anschlussmöglichkeiten zu den  
18 Hochschulen sichern und Übergänge erleichtern.

19

20 Jeder Jugendliche hat das Recht auf eine wohnortnahe Berufsausbildung. Zur Siche-  
21 rung eines flächendeckenden qualifizierten Berufsschulangebots ist ein Landesschul-  
22 entwicklungsplan als Orientierungshilfe für kommunale Entscheidungsträger erforder-  
23 lich, den wir auflegen werden.

24

## 25 **Eine qualifizierte Erstausbildung**

26 Eine Berufsqualifikation ist Voraussetzung zur Teilhabe am Arbeitsleben und damit an  
27 der Gesellschaft. Wir garantieren jedem Jugendlichen einen Berufsabschluss. Dazu ma-  
28 chen wir öffentliche Angebote, wenn es mit einem betrieblichen Ausbildungsplatz  
29 nicht klappt. Jugendliche werden während der Ausbildung auf ihren Weg zum Ab-  
30 schluss unterstützt und gefördert. Dazu stärken wir die Berufsschulen. Maßnahmen in  
31 denen das Land ausbildungslose Jugendliche lediglich geparkt hat, werden massiv zu-  
32 rückgebaut.

33

34 Ein besonderes Augenmerk gilt den Menschen, die keinen Berufsabschluss haben. Für  
35 Jugendliche die noch Zeit und Reife zur Aufnahme einer Berufsausbildung benötigen,  
36 schaffen wir klare und verständliche Angebote, die sich am Bedarf der Jugendlichen  
37 orientieren. Inhalts- und theoriegeminderte Berufe werden der zukünftigen Arbeits-  
38 welt nicht gerecht. Deshalb lehnen wir sie ab. Betriebe die keinen eigenen Beitrag zur  
39 Fachkräftegewinnung leisten wollen oder können, werden wir auf anderen Wegen an  
40 den Ausbildungskosten beteiligen.

41

42 Auch Auszubildende müssen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Deshalb set-  
43 zen wir uns für die Durchsetzung einer Mindestausbildungsvergütung ein.

44

## 1 Schulen in freier Trägerschaft

2 Das öffentliche Schulsystem hat für uns Priorität. Schulen in freier Trägerschaft ergänzen wirkungsvoll das Angebot der staatlichen Schulen. Besondere pädagogische Profile und alternative pädagogische Angebote sind ausdrücklich erwünscht. Sie brauchen ein transparentes und verlässliches Finanzierungssystem und die Möglichkeit, an Landes-  
schulprogrammen zu partizipieren. Wir wollen aber auch sicherstellen, dass durch die Höhe der Elternbeiträge keine neue Selektion entsteht. Eine Einbindung von Ersatz-  
schulen in die Schulentwicklungsplanung ist wünschenswert.

9

## 10 Neue Lehrerbildung

11 Wir wollen Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen sozialen, sprachlichen und familiären Hintergründen individuell und effektiv unterrichten können. Sie müssen mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten umgehen und besonderen Förderbedarf erkennen können. Lehrerinnen und Lehrer leiten zum eigenverantwortlichen Lernen an. Wir wollen die Gleichwertigkeit der Lehrämter in einer stufenorientierten Ausbildung abbilden. Vor und während des Studiums soll durch Beratung und Praktika die Eignung der Studierenden für den Lehramtsberuf reflektiert werden. Wir wollen eine praxisorientierte Lehrerausbildung und wollen im Anschluss an das Masterstudium eine von den Studienseminaren begleitete Berufseinstiegsphase mit geringerer Unterrichtsverpflichtung einrichten. Jede Lehrkraft hat ein Recht darauf, auf die vielfältigen und immer neuen pädagogischen Herausforderungen vorbereitet zu werden. Wir wollen Lehrerfortbildung schulnah und praxisnah organisieren. Neue Aufgabenstellungen müssen von entsprechenden Fortbildungsangeboten begleitet werden. Dazu gehören auch Angebote der Supervision.

25

## 26 Lebensbegleitendes Lernen

27 Chancengleichheit bedeutet für uns auch, das Recht auf öffentlich verantwortete Fort- und Weiterbildung zu garantieren und nachholende Bildungsangebote zu organisieren. Die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen muss deutlich erhöht werden. Wir wollen regionale Weiterbildungsnetzwerke, in denen die regionalen Bildungsbedarfe analysiert und Angebote entwickelt werden. Eine der zentralen Aufgaben ist es, Bildungsberatung landesweit zu etablieren. Wir werden die Unterstützung der nach dem Weiterbildungsgesetz geförderten Träger sukzessive ausbauen, um den Bildungsauftrag der Volkshochschulen und freien Träger zu unterstützen.

35 Bildung im Alter unterstützt eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und am technischem Fortschritt. Auch wird die Nutzung der zukünftigen Assistenzsysteme erleichtert und Präventionsmaßnahmen im gesundheitlichen Bereich werden zusätzlich gefördert.

39

40

41

## 42 1.2. Wir wollen gute Studienbedingungen

43 Gute Studienbedingungen sind die Grundvoraussetzung für ein gelingendes Studium. Dafür zu sorgen, ist Aufgabe des Landes. Daneben sind Hochschulen wichtige Impulsgeber für wirtschaftliche Innovationen und regionale Entwicklungen.

45

1

## 2 **Hochschulen – Große Worte – schlecht im Vergleich**

3 Der Eindruck von dem Selbstlob der Landesregierung für ihre Ausgaben im Hochschul-  
4 bereich hält nur so lange, bis man mit anderen Bundesländern vergleicht. Das ange-  
5 sichts der lauten Töne überraschende Ergebnis ist, dass Hessen eher zu den Schlusslich-  
6 tern zählt. Bei den Hochschulausgaben pro Einwohner auf Platz 13 der Bundesländer,  
7 bei den Ausgaben pro Studierenden noch weiter hinten. Während die SPD seit über  
8 zwei Jahren fordert, die Hochschulen auch finanziell so auszustatten, dass sie mit dem  
9 Anstieg der Studierenden zurechtkommen, zeigt sich die CDU-Ministerin noch Ende  
10 2012 „überrascht“ von dem Ansturm. Folgerichtig hat sie die Mittel für die Hochschulen  
11 erst mal um 30 Millionen gekürzt, um sie erst jetzt wieder etwa 10 Millionen über den  
12 alten Stand anzuheben. Wenn die Hochschulen den Ansturm der Studierenden trotz-  
13 dem irgendwie gemanagt haben, dann ist das ihr Verdienst, nicht das der Landesregie-  
14 rung.

15 Auf der anderen Seite werden mehr als 25 Millionen zur Förderung einer überflüssigen  
16 juristischen Fakultät an der privaten European Business School zugesagt, obwohl dort  
17 immer wieder Rückforderungen früherer Fördergelder anstehen.

18 Hinzu kommt, dass eines der Renommierprojekte der CDU-geführten Landesregierung,  
19 die Privatisierung des Uni-Klinikums Gießen-Marburg, in weiten Teilen gescheitert ist.  
20 Eine zentrale Investition wird vertragswidrig nicht getätigt, wodurch eine Rückzah-  
21 lungsverpflichtung von 107 Millionen ausgelöst wird, auf der anderen Seite wird entge-  
22 gen allen früheren Erklärungen der Klinikleitung eine größere Zahl von Stellen gestri-  
23 chen.

24

## 25 **Studiengebühren nein – BAföG verbessern**

26 Wir wollen, dass jeder selbst entscheiden kann, ob er die Freiheit zu studieren in An-  
27 spruch nimmt. Deshalb ist auch die Finanzierung von Bildung an Hochschulen eine öf-  
28 fentliche Aufgabe. Eine der wichtigsten politischen Leistungen im Jahr 2008 war, dass  
29 unter Federführung der SPD mit Stimmen von SPD, Grünen und Linken die Studienge-  
30 gebühren in Hessen wieder abgeschafft wurden. Für die SPD bleibt es auch in Zukunft  
31 dabei: **Das Studium an hessischen Hochschulen bleibt gebührenfrei.** Nur so kann der  
32 Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für jeden offen  
33 gehalten werden. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für gleiche Bildungschan-  
34 cen.

35 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das BAföG kontinuierlich angehoben  
36 und ein neues Schüler-BAföG eingeführt wird. Beides sind wichtige Instrumente zur  
37 Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Wir wollen die Zahl der jungen  
38 Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung aus finanziell schwächer gestellten El-  
39 ternhäusern deutlich erhöhen.

40

## 41 **Soziale Öffnung der Hochschulen**

42 Die SPD wird die Durchlässigkeit im Bildungssystem weiter verbessern. So werden wir  
43 den Zugang zur Hochschule für Menschen ohne Abitur erleichtern. Qualifizierten Be-  
44 rufstätigen muss ein Studium leichter möglich sein. Wir werden den Übergang zwi-  
45 schen Fachhochschule und Universität erleichtern und bessere Möglichkeiten für ein  
46 berufsbegleitendes (Teilzeit)-Studium schaffen.

1 Die Hessen-SPD will die soziale Öffnung der Hochschulen. Neben materiell ausreichen-  
2 den Bedingungen muss es auch Unterstützung durch Beratung, Betreuung und durch  
3 nach Lebenssituation differenzierte offene und flexible Bildungsangebote geben.

4 Wir wollen, dass unsere Studierenden nicht nur eine wissenschaftlich begründet be-  
5 rufliche Qualifizierung erhalten, sondern dass sie eine umfassende Persönlichkeitsbil-  
6 dung erfahren, dass kritische Reflexion und Selbstreflexion und die Entfaltung mög-  
7 lichst vieler Talente gefördert werden.

8 Wir wollen eine Hochschule für alle. Dazu gehören angemessene Bedingungen für Stu-  
9 dierende mit Kindern, Barrierefreiheit und Unterstützung für behinderte und chronisch  
10 kranke Studierende und gezielte Förderung für Studierende aus Migrantenfamilien und  
11 ausländische Studierende.

12 Wir werden die Studentenwerke stärken. Sie sollen ihre vielfältigen Beratungsfunktio-  
13 nen sowie die Schaffung studentischen Wohnraums und die Kinderbetreuung an den  
14 Hochschulen ausbauen können.

15 Zur sozialen Öffnung der Hochschulen gehört für die SPD aber auch die Öffnung in die  
16 Gesellschaft. Wir unterstützen die Einrichtungen von so genannten Bürger-  
17 Universitäten als Angebote der Hochschulen für interessierte und qualifizierte Men-  
18 schen, die sich an wissenschaftlichen Diskursen beteiligen möchten.

19

## 20 **Verlässliche Finanzierung**

21 Steigende Studierendenzahlen in den nächsten fünf Jahren verlangen verlässliche  
22 Rahmenbedingungen. Zusätzliche Räumlichkeiten und ein stetiger Mittelanstieg sind  
23 für die Hochschulen nötig. Auch nach 2018 wird sich die Zahl der hessischen Studie-  
24 renden auf hohem Niveau verstetigen. Unabhängig von zukünftig möglicherweise zu-  
25 rückgehenden Studierendenzahlen wollen wir das Finanzierungsniveau halten, um es  
26 für Qualitätsverbesserungen zu nutzen.

27

28 Wir werden ein neues Finanzierungskonzept mit einer soliden Grundfinanzierung und  
29 einem kleineren wirkungsüberprüften Leistungsteil auflegen. Ruinösen Wettbewerb  
30 zwischen den Hochschulen lehnen wir ab.

31

32 Wir stehen zur gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern für die Hoch-  
33 schulfinanzierung. Deswegen halten wir an dem Hochschulpakt 2020 des Bundes fest  
34 und setzen uns für eine Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbotes im  
35 Grundgesetz ein. Land und Bund müssen künftig wieder gemeinsam Verantwortung  
36 für die Hochschulen übernehmen dürfen.

37

## 38 **Bologna-Prozess korrigieren**

39 Die Ziele der Bologna-Erklärung halten wir für richtig. Die Forderung nach mehr inter-  
40 nationaler Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaft-  
41 lern, die europaweite Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen, die Erwei-  
42 terung der europaweiten Beschäftigungsmöglichkeiten von Hochschulabsolventinnen  
43 und -absolventen, die schrittweise Entwicklung eines „europäischen Hochschul- und  
44 Forschungsraumes“, in dem – frei von nationalen Beschränktheiten – Wissenschaft in  
45 gesellschaftlicher Verantwortung betrieben werden kann, all dies geht in die richtige

1 Richtung. Wir werden die bei der Umsetzung von Bologna gemachten Fehler korrigie-  
2 ren und die von den Studierenden und Gewerkschaften initiierten „Bologna-  
3 Werkstätten“ fortsetzen. Die Ergebnisse wollen wir in Verhandlungen auf gleicher Au-  
4 genhöhe zwischen den Hochschulgremien und der Landesregierung weiterentwickeln.

5 Neben dem Zugang zur Hochschule auch ohne Abitur und dem Recht auf Zugang zum  
6 Masterstudiengang wollen wir die Modularisierung der Studienangebote so überarbei-  
7 ten, dass mehr Zeit für „forschendes Lernen“ möglich wird, sowie die starren Beschrän-  
8 kungen der Studienzeiten aufheben.

9 Wir werden mittelfristig Studienbedingungen schaffen, die es allen Studierenden er-  
10 möglicht, in angemessenen Schritten und Zeiten die angestrebten Studienabschlüsse  
11 zu erzielen.

12 Die neue Studienstruktur verlangt verschärft, das Teilzeitstudium neu zu organisieren.  
13 Hierbei müssen neue Modelle, auch neue Typen von netzbasierten Studiengängen er-  
14 möglicht werden. Gegebenenfalls muss das Teilzeitstudium in einem neuen Hoch-  
15 schulfinanzierungssystem gesondert berücksichtigt werden. Die Regelungen des BAföG  
16 sind entsprechend anzupassen.

17 Wir wollen den Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung als eine Teilaufgabe von  
18 Hochschulen. Hierzu gehören auch die von uns ausdrücklich unterstützten Modelle der  
19 kooperativen Studiengänge. Hierfür anfallende Kostenbeiträge sollen von den Arbeit-  
20 gebern übernommen werden.

21

## 22 **Forschung und Lehre gehören zusammen**

23 Für die SPD sind Forschung und Lehre gleich viel wert. Sie sind stärker als bisher zu ver-  
24 zehren und als Einheit zu sehen. Das bedeutet, dass neben einer kontinuierlichen Ver-  
25 besserung der Lehre an den Hochschulen auch die Forschung insbesondere an den  
26 Fachhochschulen gestärkt werden muss. Spitzenforschung und die damit verbundenen  
27 Forschungsschwerpunkte wollen wir nachhaltig fördern, „exzellente Lehre“ durch ein  
28 Bonus-System honorieren. Zur Verbesserung der Lehre an den Hochschulen werden wir  
29 die Hochschuldidaktik stärken und sie zu einem festen Bestandteil der Ausbildung für  
30 eine hochschulische Laufbahn machen.

31

## 32 **Politik zurück in die Verantwortung**

33 Die Politik kann sich der Verantwortung für eine gute Bildung nicht entziehen. Wir wol-  
34 len deshalb die Rechte des Hessischen Landtags in der Hochschulpolitik stärken und die  
35 Steuerungsmöglichkeiten der Legislativen verbessern. Hierfür brauchen wir eine neue  
36 Art von Zielvereinbarungen, in denen der Landtag Eckpunkte beschließt. Die Landesre-  
37 gierung hat die Aufgabe, diese in konkrete Vereinbarungen umzusetzen. Dies setzt den  
38 klaren Rahmen für die Hochschulen, in dem wir eine neue Balance zwischen gesell-  
39 schaftlicher Verantwortung für Bildung und der Autonomie der Hochschule herstellen.

40 Wir werden einen Landeshochschulentwicklungsplan erstellen, in dem wir die wesent-  
41 lichen Entwicklungslinien in den Hochschulregionen und an den Hochschulstandorten  
42 festlegen. Dieser Plan wird auch ein Konzept zum räumlichen Ausbau beinhalten.

43

## 1 **Demokratische und soziale Hochschule**

2 Wir wollen die demokratische und soziale Hochschule. Wir werden die demokratisch  
3 legitimierten Gremien der Hochschulen stärken - auch gegenüber den Dekanaten und  
4 Präsidien und den Hochschulrat auf eine rein beratende Funktion zurückführen.

5 Wir werden die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten an den Hochschulen verbes-  
6 sern. Wir werden eine konsequente Personalentwicklung beim wissenschaftlichen  
7 Nachwuchs und insbesondere der Förderung von Frauen im Hochschuldienst bei besser  
8 besoldeten Stellen betreiben. Dabei wollen wir einen eigenen Status für alle Promovie-  
9 rende schaffen und für den sog. Mittelbau den Arbeitsplatz Wissenschaft attraktiver  
10 gestalten. Wir wollen angemessen lange Vertragslaufzeiten und Stellenzuschnitte. Es  
11 muss ausreichend Zeit für die eigene Qualifikation zur Verfügung stehen und für Dau-  
12 eraufgaben sollen unbefristete Stellen eingerichtet werden.

13 Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir vergleichbare Kriterien für Qualitäts- und  
14 Leistungsmaßstäbe entwickeln. Dabei sollen auch die Probleme mit einer leistungsge-  
15 rechten und transparenten Besoldung und Ausstattung der Professuren neu geregelt  
16 werden.

17

## 18 **Nichtstaatliche Einrichtungen**

19 Auch im Hochschulbereich hat das öffentliche System für uns Priorität. Private Einrich-  
20 tungen können in Einzelfällen eine sinnvolle Ergänzung sein. Die staatliche Finanzie-  
21 rung des Ausbaus von Einrichtungen, die keine Innovation gegenüber öffentlichen An-  
22 geboten bieten, halten wir nicht für sinnvoll. Dies gilt für die Law-School der EBS.

23

24 Das privatisierte Universitätsklinikum Gießen-Marburg wollen wir, wenn möglich,  
25 wieder enger an die Universität anbinden.

## 2. Wirtschaft, Forschung und Innovation

### 2.1. Hochschulen als Motoren für regionale Entwicklungen

#### Hochschulen sind mehr als Bildungseinrichtungen!

Hochschulen sind wichtige Treiber für Innovationen und für regionale Entwicklungen. Damit können sie einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Hessens leisten.

Die Hochschulforschung ist eine wichtige Ressource für wirtschaftliche und soziale Innovationen Hessens. Wir treten ein für eine transparente, plurale, kritisch-reflexive Wissenschaft, deren Ergebnisse öffentliches Gut bleiben. Dieses öffentliche Gut soll auch der gesamten Gesellschaft zur Verfügung gestellt und dort, wo es angebracht ist, auch über Patentierung und Lizenzierung einer Vermarktung zugunsten der Hochschulen zugeführt werden. Wir werden die hierfür bestehenden Einrichtungen in Hessen (bspw. TransMit, UniKasselTransfer) unterstützen und konzeptionell in eine landesweite Struktur einbinden. In Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Landtag sollen „Regeln für die Annahme und Durchführung von Drittmittelforschung“ vereinbart werden.

Wir treten dafür ein, eine engere Kooperation von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Entwicklung und Forschung, in Universitäten und Fachhochschulen, in Forschungsinstituten und in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Unternehmen mit allen an der Forschung Interessierten zu diskutieren und zu vereinbaren. Eine regional- und strukturpolitisch begründete Landesforschungs koordinierung soll längerfristige Perspektiven eröffnen und damit für Synergie und Nachhaltigkeit sorgen.

Wir werden eine nachhaltige Vernetzung von Hochschulen mit regionalen Institutionen und Akteuren fördern, Forschung und Entwicklung gemeinsam betreiben, Ausgründungen und Kooperationen unterstützen, um gerade die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit vieler kleiner und mittlerer Unternehmen und die regionale Wertschöpfung zu stärken.

### 2.2. Unsere Wirtschaftspolitik

Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle bleiben die zentralen Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Industriepolitik. Eine starke industrielle Basis, ein leistungsfähiger Mittelstand, gute und gerechte Arbeit und ein handlungsfähiger Staat bilden dabei die Grundlage für unser erfolgreiches Wirtschafts- und Sozialsystem. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Die soziale Marktwirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern sie muss der Gesellschaft dienen. Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung gehören untrennbar zusammen. Zum wirtschaftlichen Wandel gehört für uns Sicherheit für die Beschäftigten.

## 1 CDU-Landesregierung ohne Ideen

2 Von der wichtigen Rolle der Hochschulen für die wirtschaftliche Entwicklung Hessens  
3 hat die hessische CDU-Landesregierung keine Vorstellung. Genauso versagt sie bei den  
4 aktuellen Herausforderungen für Wirtschaftspolitik.  
5

6 Anstatt die Globalisierung zu gestalten, Hessens Stärken als Hochtechnologie-, Wis-  
7 senschafts- und Forschungsstandort auszubauen und für eine Regulierung der Finanz-  
8 märkte zu streiten, um den Finanzstandort Frankfurt zu stabilisieren, ist die hessische  
9 Wirtschaftspolitik geprägt von Ideenlosigkeit und Klientelpolitik. Der starke Mit-  
10 telstand, der einen großen Teil neuer Arbeitsplätze bereitstellt und einen großen Teil  
11 der betrieblichen Ausbildung schultert, ist fast völlig außerhalb des Blickfeldes.  
12

13 Statt gute Arbeit zu fördern und damit privaten Wohlstand und öffentliche Haushalte  
14 zu stabilisieren, glänzt die Landesregierung durch Tatenlosigkeit. Die Landesregierung  
15 hat bisher jegliche Gesetzesinitiative über den Bundesrat zur Einführung eines gesetz-  
16 lichen Mindestlohnes und gegen Lohndumping abgelehnt. Anstatt die Möglichkeiten  
17 von Vergaberegulungen und Kontrollen zu nutzen und mit dem guten Vorbild der Lan-  
18 desverwaltung anständig bezahlte Arbeit zu sichern und zu schaffen, verweigert sie,  
19 diejenigen landespolitischen Instrumente zu nutzen, die bessere Arbeit ermöglichen.  
20

21 Die amtierende Landesregierung hat tatenlos zugesehen, wie Jahr für Jahr tausende  
22 junge Menschen ohne Berufsausbildung geblieben sind. Hessen ist in allen Fragen der  
23 Fachkräfteausbildung ins Hintertreffen geraten.  
24

25 Anstelle Hessen auf den demographischen Wandel vorzubereiten, durch bessere Bil-  
26 dung und Ausbildung – ein Leben lang – auch durch verbesserte Arbeitsbedingungen  
27 und eine Erhöhung der Produktivität sowie einer höheren Frauenerwerbsquote, bleibt  
28 die Landesregierung auch hier tatenlos. Stattdessen wirbt die aus Hessen stammende  
29 Bundesfamilienministerin für eine Herdprämie und bekommt dabei die Rückende-  
30 ckung ihrer Parteifreunde vor Ort.  
31

32 Anstelle Hessen durch die Forcierung der Energiewende und mit Hilfe einer Wachs-  
33 tumsstrategie, die Wachstum von Ressourcen- und Energieverbrauch abkoppelt, auf  
34 die Zukunft vorzubereiten, blockiert die Landesregierung die Umstellung auf Erneuer-  
35 bare Energien und gefährdet damit mittelfristig die Bezahlbarkeit von Energie.  
36

## 37 Innovation in der Wirtschaft

38 Hessen hat eine starke und innovative Wirtschaft mit einem starken industriellen Kern  
39 und einem wachsenden Dienstleistungssektor, die wir erhalten, für die wir Verantwor-  
40 tung übernehmen und die wir weiter entwickeln wollen. Dafür braucht Hessen eine  
41 steuernde und gestaltende Wirtschaftspolitik, die zukunftsfähige und gesellschaftlich  
42 sinnvolle wirtschaftliche Schwerpunkte setzt, wie beispielsweise  
43

- 44 • die Stärkung des Automobil- und Luftfahrtstandorts durch die Förderung  
45 neuer und alternativer Verkehrs- und Antriebssysteme (Elektromobilität,  
46 innovative ÖV-Systeme) und Ressourceneffizienz,
- 47 • die Förderung der Kreativ- und Netzwirtschaft, die sich zu einem der be-  
48 bedeutendsten Wirtschaftszweige im Rhein-Main-Gebiet entwickelt hat  
49 oder

- 1 • die Förderung des Technologie- und Wissenschaftstransfers zwischen  
2 Hochschulen/Instituten und der Wirtschaft durch eine regionale Cluster-  
3 Strategie und –Förderung (Cluster werden definiert als räumliche Kon-  
4 zentration miteinander direkt oder indirekt verbundener Unternehmen  
5 und Institutionen, die in einem bestimmten wirtschaftlichen Feld agie-  
6 ren).
- 7 • Institutionen wie das House of Logistics and Mobility (HOLM), das House  
8 of Finance oder das House of IT als Beispiele für intelligente und zu-  
9 kunftsfähige Vernetzung verschiedener Akteure in Wissenschaft, Wirt-  
10 schaft, Gesellschaft und Politik zur Stärkung der Innovationsfähigkeit des  
11 Industrie- und Forschungsstandorts Hessen.  
12

### 13 **Faire Bedingungen für den Mittelstand**

14 Etwa zwei Drittel aller hessischen Beschäftigten sind in kleineren und mittleren Betrie-  
15 ben beschäftigt. Der Wettbewerb um Aufträge wird immer häufiger von den Betrieben  
16 entschieden, die ihre Angebote auf der Grundlage von Lohndumping und unkontrol-  
17 lierten Subunternehmern abgeben. Dies behindert seit Jahren die Innovationskraft un-  
18 serer hessischen Betriebe.

19  
20 Wir brauchen andere Wettbewerbsfaktoren. Der Betrieb mit den besten Ideen, der qua-  
21 lifiziertesten Belegschaft und der innovativsten Unternehmensleitung muss wieder die  
22 Möglichkeit erhalten, bei der Auftragsvergabe die Nase vorn zu haben. Gerade kleine  
23 und mittlere Unternehmen sehen sich in einer besonderen Verantwortung für ihre Be-  
24 schäftigten aber auch für die Region, in der sie ansässig sind. Ihre Existenz ist für das  
25 Wohl eines Landes unverzichtbar. Sie müssen in die Lage versetzt werden wieder ihre  
26 Stärken unter Beweis zu stellen.

27  
28 Wir wollen eine Überprüfung und Neuordnung der Schwerpunktsetzung der Wirt-  
29 schaftsförderung. Hessen braucht ein europarechtskonformes **Mittelstandsförderungs-**  
30 **und Vergabegesetz**, das auch für unsere heimischen Unternehmen faire Wettbe-  
31 werbsbedingungen schafft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Lohndumping  
32 schützt.  
33

### 34 **Außenwirtschaft und Standortsicherung**

35 Um langfristig in einer globalisierten Wirtschaft Betriebe, Arbeitsplätze und Einkom-  
36 men in Hessen zu sichern, müssen hessische Unternehmen Marktchancen weltweit  
37 nutzen. Auch vermag Hessen hervorragende Voraussetzungen für ausländische Firmen  
38 zu bieten, die hier investieren wollen und damit Arbeitsplätze schaffen.

39  
40 Hessen muss sich profilieren als internationaler Wirtschaftsstandort, attraktiv auch für  
41 ausländische Unternehmen und zunehmend benötigte Fachkräfte, geprägt von einer  
42 Willkommenskultur und von interkulturellen Angeboten.

43  
44 Mittelständische Firmen, die durch ihr Auslandsengagement ihren Standort in Hessen  
45 und die damit verbundenen Arbeitsplätze festigen und ausbauen, brauchen Unterstüt-  
46 zung bei der Erschließung von Auslandsmärkten.

47  
48 Viele hessische Unternehmen haben mit innovativen Produkten und neuen Technolo-  
49 gien ein großes Potential, um die weltweit wachsende Nachfrage im Bereich eines

1 nachhaltigen, ressourceneffizienten Wirtschaftens zu bedienen. Dieses Potential der  
2 hessischen Wirtschaft wollen wir gezielt unterstützen.

3  
4 Wir treten ein für eine langfristige Stärkung der hessischen Außenwirtschaftsförde-  
5 rung, um gerade auf den wachstumsstarken Märkten dem hessischen Mittelstand den  
6 Zugang zu erleichtern, im fairen Wettbewerb mit den entwickelten Industrienationen  
7 und um den Entwicklungsländern, unseren Handelspartnern von morgen, durch solida-  
8 rische wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit eine reale Chance zum  
9 Entwickeln ihrer eigenen Marktpotentiale eröffnen zu helfen.

## 11 **Transparenz und Beteiligung im Planungsrecht**

12 Wir wollen durch ein neues Planungsrecht mehr Beteiligung, Transparenz und Be-  
13 schleunigung bei der Umsetzung von Großprojekten und Infrastrukturmaßnahmen  
14 erreichen. Wir wollen öffentliche Beteiligung so früh, wie nur möglich. Dadurch und  
15 durch eine bessere Personalausstattung der planenden Behörden wollen wir eine Be-  
16 schleunigung erreichen. Das gesamte Verfahren von Planung bis Durchführung muss  
17 transparent und nachvollziehbar sein. Die zügige Umsetzung der Energie- und Ver-  
18 kehrswende ist nur durch Beteiligung und Beschleunigung zu erreichen.

19  
20 Unter schwarz-gelb wurde das Landesplanungsrecht bis heute weitestgehend als In-  
21 strument zur Verhinderung der Energiewende, insbesondere der Windkraft genutzt.  
22 Unser oberstes Ziel ist es, das vom hessischen Energiegipfel unter maßgeblicher Betei-  
23 ligung der SPD festgeschriebene Ziel, zwei Prozent der Landesfläche als Windvorrang-  
24 gebiete auszuweisen, in den nächsten fünf Jahren auch umgesetzt wird.

25  
26 Für die Umsetzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien kommt den Regionalver-  
27 sammlungen in den drei hessischen Planungsregionen eine entscheidende Bedeutung  
28 zu. Wir wollen ihre Rechte und ihren Einfluss bei der Ausweisung von Windvorrangflä-  
29 chen wieder stärken. Die Regionalversammlungen sind eine wichtige Klammer zwi-  
30 schen Kommunen und Land, um möglichst mit den Menschen die Energiewende um-  
31 zusetzen. Auch in der Regionalplanung wollen wir die Bürgerbeteiligung ausbauen.

## 33 **Ausbau des Breitbandnetzes**

34 Die SPD setzt sich für einen beschleunigten Ausbau des Breitbandnetzes in allen Teilen  
35 des Landes ein. Ein schneller Internetzugang ist Grundvoraussetzung für die Teilnahme  
36 an der digitalen Gesellschaft. Wir halten eine generelle Grundversorgung als Daseins-  
37 vorsorge für unabdingbar. Ziel ist eine 100prozentige Versorgung des Landes mit  
38 schnellen Verbindungen (50 MBit/s). Wir wollen eine gesetzlich verbindliche Grundver-  
39 sorgung und unabhängig von den regionalen Gegebenheiten einen gleichen Zugang  
40 für alle. Wir setzen uns für eine finanzielle Förderung unterversorgter Gebiete gemein-  
41 sam mit Bundesprogrammen ein.

## 1 2.3. Finanzen für die Zukunftssicherung

2

### 3 Finanzplatz Frankfurt/Rhein-Main

4 Eine starke Wirtschaft, vor allem die mittelständische, braucht hinter sich ein Banken-  
5 system, das sich als Dienstleister der Realwirtschaft versteht. Wir stehen für das Drei-  
6 Säulen-Modell in der Bankenlandschaft, das private Geschäftsbanken, den Genossen-  
7 schaftssektor und das öffentlich-rechtliche Kreditwesen wie die Sparkassen nebenein-  
8 ander enthält.

9

10 Der Finanzplatz Frankfurt ist über die Stadt und Region hinaus ein wichtiger Teil der  
11 hessischen Wirtschaft. Um ihn zu stärken, seine Arbeitsplätze zu erhalten und zu-  
12 kunftssicher zu machen wollen wir stärkere Regeln für die Finanzmärkte im Bundesrat  
13 durchsetzen. Wir wollen über die Börsenaufsicht des Landes eine Stärkung des Handels  
14 an der Börse und eine Zurückdrängung des außerbörslichen Handels und damit eine  
15 stabilere und transparentere Finanzwirtschaft erreichen.

16

### 17 Neue Herausforderungen

18 Die Sparkassen sind für die Menschen und Betriebe in allen Teilen des Landes ein ver-  
19 lässlicher und zugleich innovativer Partner. Die Sparkassen haben sich - gemeinsam  
20 mit dem ebenfalls dezentral aufgestellten Genossenschaftsbanken - insbesondere in  
21 der Finanzkrise als verlässlich erwiesen und ihre Kreditaktivitäten sogar aufgestockt.  
22 Die Landesbank Hessen-Thüringen ist im Unterschied zu manchen anderen Landes-  
23 banken gut durch die Krise gekommen dank einer vorher bereits risikoarm ausgelegten  
24 Orientierung sowie einer Ausrichtung auf die Region.

25

26 Die Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt sind hoch:

27

28 Die klassischen Banken werden in der Folge der Finanzkrise nur noch einen geringeren  
29 Teil der Kreditnachfrage der Wirtschaft bedienen können, nicht zuletzt weil gestiegene  
30 aufsichtsrechtliche Anforderungen sie zu Recht davon abhalten, ihre Bilanzen immer  
31 weiter auszuweiten; das wird insbesondere den langfristigen Kredit für die Modernisie-  
32 rung der Infrastruktur treffen und den größeren Mittelstand, der für die deutsche Wirt-  
33 schaft mit ihren Exporterfolgen bedeutsam ist.

34

35 Die hessische Infrastruktur muss dringend modernisiert und weiterentwickelt werden  
36 und die Wirtschaft bei Investitionen in innovativen Feldern unterstützt werden, und  
37 das in Zeiten extrem angespannter öffentlicher Finanzen. Der Umbau der Energiewirt-  
38 schaft erfordert hohe Investitionen in dezentrale Steuerungs- und Regelsysteme in den  
39 Gemeinden und Stadtquartieren. Die Modernisierung der Verkabelung, um eine flä-  
40 chendeckende Breitbandversorgung zu erreichen, die Erneuerung und Erweiterung des  
41 schienengebundenen öffentlichen Verkehrs, die Energieeffizienz in Gebäuden und die  
42 Modernisierung des Wohnungsbestandes sowie der selektive Neubau in den Zuzugs-  
43 regionen skizzieren die Herausforderungen. Die Sparkassen in der Kommune und Regi-  
44 on sind aufgerufen, ihre Aktivitäten auszuweiten. Die Landesbank muss auf Ebene des  
45 Landes gemeinsam mit den anderen Säulen des Bankenwesens ein aktiver Partner in  
46 ihrer Rolle als Geschäftsbank bleiben und sich stärker der Infrastrukturfinanzierung  
47 zuwenden. Die WI-Bank als Förderbank muss ihre wettbewerbsneutralen Aktivitäten,

1 die allen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen, im Rahmen von Förderpro-  
2 grammen für diese Ziele ausweiten.  
3

#### 4 **Sparkassen**

5 Sparkassen sind als Zugang für alle Bevölkerungskreise zu Bankdienstleistungen un-  
6 entbehrlich. Wir wollen die Sparkassenlandschaft in Hessen leistungsfähig und regio-  
7 nal verankert erhalten. Sie gehört zu einer guten, an den Bedürfnissen der Menschen  
8 wie der kleinen und mittelständischen Unternehmen orientierten Infrastruktur. Wir  
9 werden die öffentlich-rechtlichen Sparkassen für die Zukunft sichern und die enge Ver-  
10 bindung mit ihren kommunalen Trägern fördern.  
11

12 Die Sparkassen waren maßgeblich daran beteiligt, dass es in der Krise in Hessen zu kei-  
13 ner Kreditklemme für die kleineren und mittleren Unternehmen kam. Eine Konzernbil-  
14 dung im Sparkassenwesen lehnen wir ab, weil wir die dezentrale Geschäftspolitik stär-  
15 ken wollen, die unmittelbar an den Bedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft vor  
16 Ort ausgerichtet ist.  
17

#### 18 **Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)**

19 Wir unterstützen die Zusammenarbeit im Verbund zwischen Sparkassen und der Lan-  
20 desbank Hessen-Thüringen (Helaba) mit einer regionalen Schwerpunktsetzung der He-  
21 laba, bei gleichzeitigem Zugang zu europäischen und weltweiten Märkten der Refinan-  
22 zierung und Finanzierung. Dieses überlegene und in der Krise bewährte Geschäfts-  
23 modell werden wir gemeinsam mit den kommunalen Trägern der Sparkassen weiter ent-  
24 wickeln. Nur mit dem einerseits europatauglichen, andererseits aber auch vorsichtigen  
25 Verhalten kann langfristig die Helaba auch in ihrer relativen Position zu anderen Lan-  
26 desbanken und der Finanzplatz Frankfurt insgesamt gestärkt werden.  
27

28 Angesichts der Herausforderungen zur Begleitung einer erhöhten Investitionstätigkeit  
29 für Wirtschaft und Infrastruktur in Hessen und Deutschland befürworten wir die Stär-  
30 kung einer in diesem breiten Sinne ausgerichteten Geschäftsbank-Sparte der Helaba.  
31 Sie stützt zudem das Drei-Säulen-Modell des deutschen Bankensystems:  
32 Genossenschaftsbanken, öffentlich-rechtliche Banken und Sparkassen sowie  
33 Privatbanken. Wir befürworten deshalb auch den Ausbau der Zusammenarbeit mit  
34 Sparkassen über das Stammgebiet der Bank in Hessen und Thüringen hinaus, was die  
35 Sparte der Verbundbank der Helaba stärkt und die Verankerung der Bank im Sparkas-  
36 senwesen verbreitert.  
37

#### 38 **WI Bank wird zur Hessenbank**

39 Die WI Bank als zentrale Förderbank innerhalb der Helaba ist als Instrument der Wirt-  
40 schafts-, der Infrastruktur- und der Wohnungsbauförderung sowie der Innovationsfi-  
41 nanzierung notwendiger denn je. Ihre Aktivitäten müssen auch in Zukunft strikt wett-  
42 bewerbsneutral und diskriminierungsfrei ausgelegt sein, aber auch dem erhöhten Be-  
43 darf Rechnung tragen. Es muss auf Dauer sichergestellt werden, dass das Land Hessen  
44 allein für die strategische Steuerung dieser Sparte der Helaba zuständig ist.  
45

46 Die Kernbedingungen eines in die Helaba integrierten Förderinstituts sind für die Sozi-  
47 aldemokratie:  
48

- 1 • Das Land kann seine günstigen Refinanzierungsbedingungen auch für die För-  
2 dervorhaben ausdehnen.
- 3 • Das Land übernimmt die Gewährträgerhaftung und entscheidet im Gegenzug  
4 über Ausrichtung und Volumen der Förderaktivitäten, wobei es sich auf die  
5 Bankexpertise der Helaba stützt.
- 6 • Das Fördervermögen bleibt unangetastet und steht dauerhaft für landespoli-  
7 tisch gestaltete Förderaktivitäten zur Verfügung.

## 9 **Für eine leistungsfähige Landesentwicklungsgesellschaft**

10 Eine zukunftsfähige steuernde und gestaltende Wirtschaftspolitik benötigt die Unter-  
11 stützung einer effizienten Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Diese ist am effektivsten,  
12 wenn viele Instrumente der Wirtschaftsförderung in einer Steuerungsinstanz ge-  
13 bündelt und monetäre und nicht monetäre Förderung zusammengefasst werden.

14  
15 Die Hessen-Agentur hat dies nicht erfüllen können. Dies ist nicht das Versagen der en-  
16 gagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern liegt an der Organisationsstruk-  
17 tur. Wir werden daher die Hessen-Agentur auflösen, ohne dass die Beschäftigten Angst  
18 um ihre Arbeitsplätze haben müssen.

19  
20 **Wir wollen wesentliche Aufgaben der Hessen-Agentur in die Wirtschafts- und Infra-**  
21 **strukturbank integrieren.** Dazu gehören insbesondere die Landes- und Kommunalent-  
22 wicklung, die unternehmensnahe Technologieförderung und die Wirtschafts- und Re-  
23 gionalforschung. Die Wirtschafts- und Infrastrukturbank soll zu einer Landesentwick-  
24 lungsgesellschaft weiterentwickelt werden, um Ziele einer gestaltenden Wirtschafts-  
25 politik optimal unterstützen zu können. Dazu gehört eine **Stabstelle Cluster-**  
26 **Management und Regionalentwicklung.** In die Landesentwicklungsgesellschaft wird  
27 die Hessische Landgesellschaft integriert.

28  
29  
30

## 31 **2.4. Neue Energie für Hessen!**

32

### 33 **Abschalten allein reicht nicht**

34 Mit dem endgültigen Ende des ältesten Atomkraftwerks in Biblis haben die hessischen  
35 Sozialdemokraten eine jahrzehntelange Forderung aus der Opposition heraus durch-  
36 setzen können. Aber ein Atomausstieg allein ist keine Energiewende. Hessen ist noch  
37 immer Schlusslicht unter den bundesdeutschen Flächenländern in Bezug auf die Er-  
38 zeugung Erneuerbarer Energien.

39

### 40 **Energiewende als Chance**

41 Die Energiewende wird zu einem zweiten Wirtschaftswunder in Deutschland – wenn  
42 jetzt die Weichen richtig gestellt werden. Wir sehen im vollständigen Umstieg auf eine  
43 Versorgung aus Erneuerbarer Energie eine große wirtschaftliche Chance für Hessen, die  
44 wir aktiv gestalten wollen. Bis spätestens 2050 wollen wir unser Bundesland im Strom-  
45 und Wärmebereich zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien versorgen. Dies wollen

1 wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen sowie der Industrie  
2 und dem Mittelstand schaffen.  
3

#### 4 **Es muss bezahlbar bleiben**

5 Energie muss bezahlbar bleiben. Das gilt sowohl für die Industrie wie auch für alle pri-  
6 vaten Haushalte. Entlastungen für die Industrie dürfen aber nicht auf die privaten  
7 Haushalte umgelegt werden. Ebenso sollte die Belastung bei Wohnungssanierungen  
8 die eingesparten Energiekosten nicht überschreiten. Durch die Endlichkeit der fossilen  
9 Energieträger wie Kohle und Gas wäre es auch ohne die sogenannte Energiewende zu  
10 Kostensteigerungen im Energiebereich gekommen. Wir sind uns sicher: Nur die Ener-  
11 giewende garantiert langfristig stabile Energiepreise.  
12

#### 13 **Chance für Kommunen**

14 Die Energieversorgung ist ein Teil der Daseinsvorsorge und gehört somit in öffentliche  
15 Hand. Eine Schlüsselrolle für die Umsetzung der Energiewende hat die kommunale E-  
16 bene. Die dezentrale Energieproduktion macht uns unabhängig von den großen Ver-  
17 sorgern, fördert den Mittelstand und das Handwerk, schafft kommunale Wertschöp-  
18 fung, zahlreiche neue Arbeitsplätze und führt zu neuen Einnahmequellen für die  
19 Kommunalhaushalte. Wir wollen die Kreise, Städte und Gemeinden in die Lage verset-  
20 zen, selbst verstärkt Akteure bei der Energieerzeugung zu werden.  
21

22 Wir werden die kommunale Selbstverwaltung stärken. Kommunen benötigen Hand-  
23 lungsspielräume, um die Energiewende mit maßgeschneiderten Konzepten für die Be-  
24 lange vor Ort selbst gestalten zu können. Dazu werden wir die rechtliche Grundlage für  
25 die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in den Bereichen Erzeugung, Netz und  
26 Vertrieb schaffen. Gleichzeitig geben wir den Kommunen das Satzungsrecht, um Ener-  
27 gie- und Solarsatzungen zu erlassen. Wir werden Kommunen, die ihre Netze rekommunalisieren wollen um wieder mehr Einfluss auf die Energieproduktion zu gewinnen, frühzeitig durch Beratungsangebote, insbesondere in Rechts- und Finanzfragen, zur Seite stehen.  
30

31  
32 Wir werden die landespolitischen Rahmenbedingungen dafür setzen, dass der Rück-  
33 kauf der hessischen Regionalversorger E.ON Mitte und SÜWAG zusammen mit starken  
34 Partnern aus der Kommunalwirtschaft ermöglicht wird.  
35

#### 36 **Chance für Demokratie**

37 Die Energiewende bietet die Chance zur Demokratisierung der Energieversorgung. Die  
38 Bürgerinnen und Bürger sollen auf allen Stufen beteiligt werden: durch Informationen  
39 im Vorfeld, durch Beteiligung am Ausbau und Betrieb der Erneuerbarer Energien vor  
40 Ort sowie an den Gewinnen. Bei allen Formen der dezentralen Energieerzeugungen  
41 unterstützen wir die Gründungen von Bürgerbeteiligungsgesellschaften oder Genos-  
42 senschaften. Wir werden Beteiligungsformen für Bürgerinnen und Bürger so auszugestalten, dass sich diese bereits mit geringen Beträgen aktiv an der Energiewende beteiligen können.  
44

45  
46 Weiterhin werden wir mit der freiwilligen Einführung von lokalen Energieräten den  
47 Kommunen die rechtlichen Grundlagen geben, um bürgerliches Engagement und Wis-  
48 sen in Energiefragen zu bündeln.

## 1 **Keine Investitionen in die Vergangenheit**

2 Wir brauchen keine neuen Kohlekraftwerke. Bei den bestehenden Blöcken des Kraft-  
3 werks Staudinger in Großkrotzenburg werden wir die bestehenden Vollzugsdefizite im  
4 Umweltrecht auflösen und so eine vollständige Kontrolle der gesundheitlichen und  
5 umweltbezogenen Auswirkungen sicherstellen. Wir werden Gespräche mit dem Kraft-  
6 werksbetreiber E.ON führen, aber auch alle landesrechtlichen Mittel nutzen, damit der  
7 geplante Block VI nicht gebaut wird. Der gasbetriebene Block IV kann modernisiert  
8 werden und als flexible Reserve zur Verfügung stehen.

9  
10 Techniken wie die Verpressung von CO<sub>2</sub> in den Boden (CCS) oder wie derzeit in  
11 Nordhessen geplante Suche nach Erdgas durch das Verpressen von Chemikalien ins  
12 Erdreich, dem sogenannten „Fracking“-Verfahren, deren Folgen für Mensch und Um-  
13 welt noch gar nicht abzusehen sind, lehnen wir ebenfalls ab.

## 14 15 **Erst mal einsparen**

16 Ohne eine Steigerung der Energieeffizienz wird die Energiewende teurer und langwie-  
17 riger. Wir werden ein neues gebündeltes Energieeinspar- und Energieeffizienzpro-  
18 gramm des Landes Hessen auflegen, in dem Beratungs- und Förderleistungen mit an-  
19 gemessenen Verpflichtungen der Gebäudeeigentümer zur Energiewende kombiniert  
20 werden. Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung wirken wie ein Kon-  
21 junkturprogramm, insbesondere für das mittelständisch strukturierte Handwerk.  
22 Wichtig ist, dass Mieter durch energetische Gebäudesanierungen nicht zusätzlich fi-  
23 nanziell belastet werden.

## 24 25 **Die Vielfalt bringt es**

26 Um die mittelfristige Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien zu erreichen setzen  
27 wir auf die Kombination aller Erzeugungsarten der Erneuerbaren Energien. Bis zu einer  
28 100%-Versorgung aus Erneuerbaren Energien sind dezentrale Gaskraftwerke mit  
29 Kraftwärmekopplung eine wichtige Brückentechnologie. Gaskraftwerke können so-  
30 wohl mit Erdgas als auch mit Biogas betrieben werden. Den Bau von Gas-und-  
31 Dampfturbinen-Kraftwerken (GuD) zur Laststeuerung werden wir im Einzelfall prüfen.

32  
33 **Windkraftnutzung an Land** ist die derzeit preisgünstigste und effektivste Form der  
34 Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Wir haben das Ziel, mindestens 2 Prozent  
35 der Landesfläche zur Erzeugung von Windstrom zu nutzen. Diese Vorgabe werden wir  
36 verbindlich festschreiben. Wir setzen uns auch für den Ausbau von Kleinwindkraftan-  
37 lagen ein.

38  
39 **Windkraft im Wald** ist wichtiger Baustein für die Energiewende. 42 % der Fläche Hes-  
40 sens ist Wald. Eine höhere Verpachtungsrate mit entsprechendem Gewinn für den  
41 Landeshaushalt ist möglich. Allerdings sind die benachbarten Kommunen von Wind-  
42 kraftanlagen des Hessen-Forstes – nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz mit 30% an  
43 den Pachteinnahmen zu beteiligen.

44  
45 Wir sehen ein großes Potenzial für den Ausbau der Photovoltaik nach dem Vorbild der  
46 Solarregion Nordhessen. Der Schwerpunkt des Ausbaus sollte auch weiterhin in der  
47 Nutzung der vielen noch ungenutzten Dachflächen liegen. Wir werden das hessische  
48 Denkmalrecht so ändern, dass der Denkmalschutz nicht als Verhinderungsinstrument  
49 missbraucht wird. Wir werden die Hessische Bauordnung so ändern, dass die Statik von

1 Logistikhallen und Industriebauten so ausgelegt werden muss, dass sie Anlagen der  
2 Photovoltaik und Solarthermie tragen. Zusätzlich werden wir darauf hinwirken, dass  
3 vor allem die Streifen entlang der Autobahnen und Bahnstrecken sowie Lärmschutz-  
4 wände und Einhausungen für die Photovoltaik genutzt werden.

5  
6 Wir werden die Energiegewinnung aus landwirtschaftlichen Rohstoffen und Abfällen  
7 der „Biomasse der zweiten Generation“ durch ordnungspolitische Maßnahmen und  
8 gezielte Förderung voranbringen. In diesem Bereich gibt es noch viele ungenutzte Po-  
9 tenzials, wir wollen die Forschung an hessischen Hochschulen insbesondere im Bereich  
10 von Energiepflanzen stärken. Als wissenschaftlich-technischen Grundstock für die  
11 wachsende Bedeutung energetischer und stofflicher Biomassenutzung gründen wir  
12 eine öffentliche Saatgutbank.

13  
14 Wir werden die Wasserkraft in hessischen Flüssen im Rahmen der von der EU geforder-  
15 ten Bewirtschaftungspläne in Abstimmung mit den hessischen Umweltverbänden re-  
16 aktivieren. Mehr als 5 Prozent des hessischen Stromverbrauchs könnten mit Wasser-  
17 kraft gedeckt werden. Hierfür kann an vielen Flüssen die bereits vorhandene Querver-  
18 bauung genutzt werden. Wir werden auch die Vergabe und die Nutzung der Wasser-  
19 rechte auf den Prüfstand stellen. Die Potenziale der Fließgeschwindigkeit bestehender  
20 Wasser- und Abwasserleitungen sind zu heben.

21  
22 Wir werden ein vollständiges Landeskataster für Erneuerbare Energien einführen, In  
23 dem Kataster werden sowohl die regionalen Voraussetzungen für den Einsatz aller Er-  
24 zeugungsarten der Erneuerbaren Energien dargestellt, als auch potenzielle Orte für die  
25 Errichtung von Pump- und Druckluftspeichern, Fließwasserkraftwerke erfasst.

## 27 **Neue Speicher und Netze**

28 Die Schaffung verschiedenster Kurz- und Langzeitenergiespeicher ist einer der wich-  
29 tigsten Bausteine zur hundertprozentigen Umstellung auf Erneuerbare Energien. For-  
30 schung und Entwicklung müssen in diesem Bereich stärker gefördert werden. Hier gibt  
31 es zum Beispiel am Fraunhoferinstitut IWES in Kassel Forschungen im Bereich der Um-  
32 wandlung von Windstrom in Methan, das in unserem Erdgasnetz transportiert und  
33 gespeichert werden kann.

34  
35 Eine wesentliche Rolle bei der Energiewende spielt der Aus- und Umbau des Stromnet-  
36 zes. Wir setzen auf dezentrale Energieerzeugung, um Wertschöpfung in der Region zu  
37 erreichen und lange Transportwege und die damit verbundenen Energieverluste zu  
38 vermeiden. Je mehr Strom verbrauchsnahe erzeugt wird, umso geringer ist der Zubau  
39 neuer Übertragungsnetze. Wir werden mit den Netzbetreibern ein landesweites Szena-  
40 rio für das Verteilnetz entwickeln und die Öffentlichkeit hierbei einbinden. Wir stehen  
41 für einen intensiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und eine neue Beteili-  
42 gungs- und Diskussionskultur beim Netzausbau.

43  
44 Die Verteilnetze sind grundsätzlich als Erdkabel auszubauen, um den Landschafts-  
45 verbrauch und die Belastungen der Anwohner zu reduzieren. Auch bei Höchstspan-  
46 nungsverbindungen müssen die Möglichkeiten für Erdkabel so weit es geht genutzt  
47 werden. Schließlich müssen für Stromtrassen verbindlich Abstandsregelungen zu  
48 Wohnhäusern festgelegt werden.

## 1 **Intelligenter Verkehr**

2 Die Energiewende ist nur mit einer Wende im Verkehrssektor realisierbar. Daher setzen  
3 wir uns für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, eine flächendeckende  
4 Versorgung mit Tankstellen für Elektrofahrzeuge ein und unterstützen die hessischen  
5 Automobilhersteller bei der Entwicklung neuer energiesparsamer Fahrzeuge. Wir wer-  
6 den eine Enquete-Kommission zur Zukunft und Entwicklung des Verkehrs in Hessen  
7 einsetzen.  
8

## 9 **Forschung und Transparenz**

10 Wir werden **Forschung und Entwicklung** im Bereich der Erneuerbaren Energien aus-  
11 bauen. Die Ausgaben hierfür sind derzeit in Hessen noch unterdurchschnittlich. Wer  
12 jedoch Innovation und Fortschritt will, der muss in Forschung und Entwicklung inves-  
13 tieren. Hessen braucht kluge Köpfe und Konzepte, um bei den Themen Erneuerbare  
14 Energien, Energieeffizienz und Energiespeicher die Nase vorn zu haben.  
15

16 Wir wollen eine **landeseigene Energieberatungsagentur** einrichten. Diese soll die Bür-  
17 gerinnen und Bürger, die Industrie, die Unternehmen und das Handwerk in Energiefra-  
18 gen unterstützen.  
19

20 Als Landesregierung werden wir jährlich einen **Energiewende-Fortschrittsbericht** veröf-  
21 fentlicht. Dieser gilt als Arbeitsgrundlage für einen **hessischen Energierat**. Er berät  
22 mindestens einmal jährlich über die Umsetzung der Energiewende in Hessen.  
23

24 Wir werden die **Grundwasserabgabe** für Grundstückseigentümer und insbesondere  
25 industrielle Großverbraucher von Wasser wieder einführen und daraus Einspar- und  
26 Umwelt- sowie Energieprogramme finanzieren.  
27

28 Zur Beschleunigung der Energiewende werden wir ein echtes hessisches Energie-  
29 ministerium einrichten, in dem alle für die Energiewende bedeutsamen landespoliti-  
30 schen Aufgaben gebündelt werden.  
31

# 3. Arbeit und soziale Gerechtigkeit

## 3.1. Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

### Sichere und faire Arbeit

Eine starke Wirtschaft in Hessen braucht Sicherheit und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Nach 12 Jahren CDU-Regierung ist Hessen Spitzenreiter in unsicherer Arbeit. Sichere und faire Arbeitsverhältnisse werden immer stärker angegriffen: in der Industrie durch Leiharbeit und im Dienstleistungssektor durch Niedriglöhne. Befristungen, Werkverträge, Scheinselbständige, Niedriglöhne, Leiharbeit, Stress: jeder vierte in Hessen arbeitet in unsicherer Beschäftigung. Wir wollen eine neue Ordnung der Arbeit, die sichere und faire Arbeit schützt und Menschen in unsicherer Arbeit nicht alleine lässt. Unsere Wirtschaft ist stark genug, um allen Menschen sichere und faire Arbeit zu ermöglichen.

Deshalb brauchen wir neben einem gesetzlichen Mindestlohn auch klare Regeln für die Leiharbeit, damit es nicht länger Beschäftigte 1. und 2. Klasse gibt. Wir sorgen dafür, dass es bei gleicher Arbeit gleichen Lohn für alle gibt. Wir wollen die Ersetzung von Stammbeschafteten durch Leiharbeitskräfte durch gesetzliche Regelungen verhindern. Das Instrument der Leiharbeit muss wieder auf das ursprüngliche Ziel der Bewältigung von Produktionsspitzen zurückgeführt werden.

Das Geschäftsmodell „Lohndumping durch Werkvertrag“ darf keine Zukunft haben. Deshalb wollen wir auch hier präzise gesetzliche Regelungen, um Lohndumping durch Werkvertrag zu unterbinden. Wir wollen keine Berufskarrieren in befristeten Verträgen. Deshalb schaffen wir die sachgrundlose Befristung ab.

### Endlich dynamischer Mindestlohn

Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Durch zurückgehende Tarifbindung und zunehmende Dumpingtarifverträge geraten die Löhne immer mehr unter Druck. Deshalb brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen dynamischen Mindestlohn von mindestens 8,50 € - auch in Hessen. Deshalb werden wir Bundesratsinitiativen ergreifen, bis ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland durchgesetzt ist.

Die öffentliche Hand muss als Arbeitgeber Vorbild sein für eine gute Lohnentwicklung, Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen sowie eine faire Arbeitszeit. Das Land muss über die öffentliche Vergabe sowie die Wirtschaftsförderpolitik Einfluss darauf nehmen den Niedriglohnsektor und prekäre Arbeitsverhältnisse einzudämmen. Diesen Anspruch werden wir mit einem Tariftreue- und Vergabegesetz für Hessen umsetzen, das bei öffentlichen Aufträgen einen Mindestlohn von mindestens 8,50 € garantiert. Für die Umsetzung und weitere Anpassung werden wir eine Mindestlohnkommission unter Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitgebern einsetzen.

## 1 Familienfreundliche Arbeit

2 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss in Hessen dringend besser werden. Dazu  
3 brauchen wir flexiblere und selbstbestimmte Arbeitseinteilungen. Doch auch die Rah-  
4 menbedingungen müssen sich verbessern etwa durch Ganztagsbetreuung und Ganz-  
5 tagsschulen. Pflegende Angehörige brauchen ein Recht auf flexible Arbeitszeiteinteil-  
6 lung, Kündigungsschutz, Anrechnung auf die Rente und Lohnersatzleistungen.  
7

## 8 Ältere Arbeitnehmer

9 Arbeit bedeutet auch Bestätigung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir wer-  
10 den hessische Betriebe unterstützen und Programme fördern, die das Potential älterer  
11 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser würdigen und einsetzen. Arbeitsplätze  
12 müssen altersgerecht gestaltet werden, Wissen und Erfahrungen müssen ebenso  
13 wertgeschätzt werden wie körperliche Leistungsfähigkeit.  
14  
15  
16

## 17 3.2. Soziale Gerechtigkeit

18

### 19 14 Jahre soziale Verantwortungslosigkeit

20 Seit 1999 wurden in Hessen zentrale Elemente eines ausgleichenden und vorsorgenden  
21 Sozialstaats zerschlagen. Die Sozialpolitik von CDU und FDP ist geprägt von organisier-  
22 ter Verantwortungslosigkeit: Den Sozialhaushalt machten Roland Koch und Volker  
23 Bouffier zum Steinbruch der Haushaltspolitik. Das Land hat sich etlicher Aufgaben ent-  
24 ledigt und sie an die unterfinanzierten Kommunen abgeschoben. Wichtige Koordinie-  
25 rungs- und Kooperationsstrukturen wurden beseitigt. In Punkto Krippenplätze hinkt  
26 Hessen dem Bedarf junger Familien und auch der Mehrzahl der Bundesländer weit hin-  
27 terher. Eine Betreuungsquote für unter-3-jährige von nur 21,5 Prozent (2011) erschwert  
28 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für hessische Frauen erheblich. Übrig  
29 bleiben im wesentlichen Schaufensterprojekte ohne dauerhafte Konsequenzen und  
30 teure PR-Aktionen ohne nennenswerten Mehrwert wie die „Familienkarte Hessen“.  
31

### 32 Unser Leitbild: Eine solidarische Gesellschaft

33 Nur in einer solidarischen, gerechten Gesellschaft ist der soziale Frieden gewährleistet.  
34 Jeder soll die gleiche Chance auf ein erfülltes Leben haben und die zentralen Freiheits-  
35 und Chancenversprechen unserer Zeit nutzen können - unabhängig von Geburt, Ge-  
36 schlecht, sozialer Herkunft, Alter, Konstitution und Einkommen. Dazu benötigen wir  
37 einen aktiven und einen vorbeugenden Sozialstaat.  
38

39 Der aktive Sozialstaat unterstützt und fördert so weit wie nötig, ohne zu bevormun-  
40 den. Der vorbeugende Sozialstaat beseitigt Benachteiligungen, bevor sie entstehen,  
41 und baut Ungleichheiten ab, wenngleich Unterschiedlichkeiten bestehen bleiben kön-  
42 nen. Er hilft damit nicht nur denen die er fördert, sondern vermeidet für die ganze Ge-  
43 sellschaft zukünftige Reparaturkosten, wie sie etwa durch Krankheit, Arbeitslosigkeit  
44 oder Kriminalität entstehen. Der Sozialstaat garantiert Inklusion durch Teilhabe und  
45 Partizipation für alle.  
46

1 Inklusion ist der Leitbegriff unserer Sozialpolitik. Inklusion bedeutet, dass die durch  
2 Geburt, Geschlecht, soziale Herkunft, Alter, Konstitution und Besitz hervorgerufenen  
3 Unterschiede so ausgeglichen werden, dass jeder und jede die gleiche Chance auf ein  
4 selbstbestimmtes und erfülltes Leben nach seiner Façon hat.

5  
6 Die zentrale Aufgabe der Landessozialpolitik ist die soziale Infrastruktur, ohne die ein  
7 Leben in Freiheit und Gerechtigkeit nicht möglich ist. Kindertagesstätten und Jugend-  
8 hilfe, Krankenhäuser und Altenhilfe, Gesundheitsschutz und Prävention, Hilfsangebo-  
9 te für Menschen mit Behinderungen, Arbeitsförderung, Beratungsangebote, sozialer  
10 Wohnungsbau, diese Angebote der Daseinsvorsorge schaffen Sicherheit und Stabilität  
11 und ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben. Mit einem nachhaltig finanzierten Sozi-  
12 albudget werden wir die unter schwarz-gelb beseitigte soziale Infrastruktur wieder  
13 aufbauen.

14  
15 Gute soziale Arbeit ist nur bei guten Arbeitsbedingungen möglich. Wir werden uns  
16 deshalb dafür einsetzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen Ein-  
17 richtungen angemessen entlohnt und vor zu hohen Belastungen geschützt werden.

18  
19 Wir werden eine Sozialberichterstattung schaffen, die diesen Namen verdient. Sie ist  
20 die Grundlage einer bedarfsgerechten sozialen Förderung in ganz Hessen. Sie muss  
21 konsequent Armut, Reichtum und differenzierte soziale Indikatoren landesweit abbil-  
22 den.

23  
24 Ein neues soziales Netz für Hessen kann niemals allein von der Landespolitik geknüpft  
25 werden, sondern nur in enger Zusammenarbeit mit den Trägern, Verbänden und Orga-  
26 nisationen der freien Wohlfahrtspflege, den Kirchen, den Sozialpartnern, dem Land und  
27 den Kommunen sowie dem Landeswohlfahrtsverband. Mit uns wird das Land mit den  
28 Trägern der Wohlfahrtspflege in Dialog und Kooperation im Haus des Sozialen Hessens  
29 zusammenarbeiten und verloren gegangenes Vertrauen neu aufbauen.

## 31 **Hessen zum Familienland machen**

32 Familie ist dort, wo Kinder sind und dort, wo Menschen unterschiedlicher Generatio-  
33 nen füreinander eintreten. Unsere Familienpolitik ermöglicht und fördert die Ent-  
34 scheidung für Familie und für die Übernahme familiärer Verantwortung für Kinder und  
35 für Pflegebedürftige. Wir wollen, dass Frauen und Männern sich in jeder Lebenssituati-  
36 on für Kinder entscheiden können. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird  
37 deshalb die Vereinbarkeit von Beruf und Familie konsequent fördern und dabei bei mit  
38 ihren Beschäftigten in der Landesverwaltung eine Vorbildfunktion übernehmen. Wir  
39 werden das Studieren mit Kind an hessischen Hochschulen erleichtern. Eine gute und  
40 umfassende Kinderbetreuung ist fester Bestandteil in unserem „Haus der Bildung“.

41 Wir wollen, dass Familie zu werden von Anfang an erfolgreich ist. Deshalb werden wir  
42 ein flächendeckendes Angebot aufsuchender Hilfen durch Familienhebammen und  
43 Familienhelfer in Hessen etablieren und entsprechende Ausbildungskapazitäten schaf-  
44 fen.

## 46 **Kinder und Jugendliche im Zentrum**

47 Bestmögliche emotionale und soziale Förderung von Kindern ist weit mehr als die tra-  
48 ditionell krisenorientierte Kinder- und Jugendhilfe. Sie muss angemessen ausgebaut  
49 werden. Deshalb werden wir ein flächendeckendes Angebot sozialer Arbeit in der Schu-

1 le schaffen. Dadurch wird Schule zur ganzheitlichen Bildung erweitert, die inklusive  
2 Schule gefördert und die Brücke zur außerschulischen Jugendarbeit als eigenständige  
3 Bildungssäule hergestellt. Die strukturelle Förderung der außerschulischen Jugendar-  
4 beit wollen wir nachhaltig sichern. Die Einbindung von Jugendverbänden und Sport-  
5 vereinen halten wir für unverzichtbar für die Gestaltung von Ganztagschulen als Le-  
6 bensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen.

7  
8 Die neue Landessozialpolitik, die sich am ortsteilbezogenen Bedarf orientiert, unter-  
9 stützt auch die Kommunen in ihrer „offenen Jugendarbeit“. Wir reduzieren Jugendar-  
10 arbeit nicht auf die Frage, welche Probleme Jugendliche machen, sondern wollen dass  
11 darauf eingegangen wird, welche Probleme Jugendliche haben. Gemeinsam mit den  
12 Trägern politischer Jugendbildung wollen wir die politische Bildungsarbeit weiterent-  
13 wickeln.

14  
15 Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Kontext und die Mitbe-  
16 stimmung von Kindern und Jugendlichen am Schulleben werden wir stärken.

17  
18 Bei uns steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Daher werden wir ein Netzwerk Kinder-  
19 schutz bilden, das Maßnahmen bündelt, die Gewalt gegen und Missbrauch von Kin-  
20 dern entgegenwirken.

21  
22 Mit Aufklärungs- und Präventionsangeboten werden wir Kinder und Jugendliche vor  
23 Drogen- und Suchtgefahren schützen. Wir unterstützen die verstärkte Zusammenar-  
24 beit von Gewerbeaufsichtsdienst, Ordnungsamt, Jugendamt und Polizei, um zu kontrol-  
25 lieren, dass kein Ausschank alkoholischer Getränke an Kinder und Jugendliche erfolgt.

26  
27 Wir werden die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Hessen  
28 vorantreiben und ihre eigenständige Verankerung in der hessischen Verfassung prüfen.  
29

## 30 Politik für Ältere und Senioren

31 Immer mehr Menschen werden immer älter. Sie sollen in Hessen leben können, wo und  
32 wie sie wollen, in Selbstbestimmung und größtmöglicher Selbstständigkeit, durch eine  
33 entsprechende Wohn- und Versorgungsstruktur für Seniorinnen und Senioren. Viele  
34 Ältere sind fit und nehmen gleichberechtigt und aktiv am gesellschaftlichen und kul-  
35 turellen Leben teil. Sie sind eine wichtige Stütze des Zusammenlebens. Aber auch bei  
36 Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unterstützungsbedarf gilt es, die Autonomie und  
37 die Selbstbestimmung von Seniorinnen und Senioren zu schützen.

38  
39 Immer mehr Menschen wollen in ihrer Wohnung alt werden. Deshalb werden wir ge-  
40 meinsam mit der Wohnungswirtschaft Maßnahmen zur Anpassung von Wohnungen  
41 an die Bedürfnisse der älter werdenden Gesellschaft fördern. Älter werdende Men-  
42 schen wollen so lange wie möglich in ihrer bisherigen Wohnung und in ihrer vertrauten  
43 Umgebung bleiben. Wir werden sie dabei unterstützen:

- 44 - durch gezielte Wohnberatung und Wohnraumanpassung,
  - 45 - durch eine landesweite Vernetzung der Beratungsangebote und durch den Bau
  - 46 von barrierefreien Wohnungen,
  - 47 - durch entsprechende Förderprogramme auch für genossenschaftliche und/oder
  - 48 generationsübergreifende Wohnprojekte.
- 49

1 Die Nahversorgung muss von den Bedürfnissen der betroffenen Menschen her ge-  
2 dacht, entworfen und aufgebaut werden. Besonders in den ländlichen Räumen gibt es  
3 hier dringenden Handlungsbedarf. Dies gilt nicht nur für die Dinge des täglichen Le-  
4 bens, sondern gerade auch für Gesundheits- und Pflegedienstleistungen.

5  
6 Wir wollen, dass Ältere sich in allen gesellschaftlichen Bereichen beteiligen können.  
7 Dazu gehört die Förderung des lebenslangen Lernens genauso wie Chancen, in der  
8 nachberuflichen Phase ihr Erfahrungswissen zum Wohle unserer Gesellschaft einbrin-  
9 gen zu können. Wir werden flächendeckend Seniorenbeiräte als Instrument politischer  
10 Selbstvertretung einführen.

11  
12 Wir wollen Selbstbestimmung auch dann, wenn Menschen pflegebedürftig werden. Es  
13 gilt: jede und jeder soll so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben kön-  
14 nen. Pflegende Angehörige werden wir durch vermehrte Angebote in der Kurzzeit- und  
15 Tagespflege, aber auch durch Qualifizierung unterstützen. Für Menschen, die in einer  
16 stationären Einrichtung leben, werden wir das Hessische Heimgesetz novellieren. Wir  
17 werden die Mitwirkung verbessern und den Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer  
18 durchsetzen.

19  
20 Wir werden uns entschieden gegen jede Form der Altersarmut einsetzen. Wir unter-  
21 stützen die Einführung einer steuerfinanzierten Solidarrente für langjährige Beitrags-  
22 zahler. Wir werden außerdem ein Landesaktionsprogramm gegen die Folgen von Al-  
23 tersarmut starten. Damit wollen wir die Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen  
24 Leben, Mobilität, gemeinsamen Aktivitäten und guter Versorgung für alle sichern.

## 26 **Aktionsprogramm Armutsbekämpfung**

27 Die Zahl der armen oder an der Armutsgrenze lebenden Menschen hat in den letzten  
28 Jahren kontinuierlich zugenommen. Insbesondere Familien mit Kindern, vor allem Al-  
29 leinerziehende, zunehmend jüngere Erwachsene und Seniorinnen und Senioren sind  
30 betroffen. Probleme durch Arbeitslosigkeit, Überschuldung oder Sucht bedingen zahl-  
31 reiche weitere Probleme und den Verlust der sozialen Integration, bis hin zu Obdachlo-  
32 sigkeit.

33  
34 Eine zentrale Aufgabe der Armutsbekämpfung ist Teilhabe an Arbeit. Arbeitslosigkeit,  
35 insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, ist die wichtigste Ursache von Armut, aber auch  
36 von Krankheit und sozialer Exklusion. Wir wollen eine regionale Arbeitsmarktpolitik,  
37 die einen sozialen Arbeitsmarkt integriert und die Möglichkeiten kommunalwirtschaft-  
38 lichen Handelns stärkt. Die Instrumente der lokalen Akteure müssen ausgeweitet wer-  
39 den. Eine Stärkung der koordinierenden Rolle der Länder ist dazu unverzichtbar.

40  
41 Unser Ziel ist es, Strukturen und Angebote zu gewährleisten, die die Armutfolgen und  
42 Armutwirkungen beseitigen und allen eine gleiche Teilhabechance ermöglichen. Wir  
43 wollen, dass allen Menschen in Hessen Zugang zu Bildung, Mobilität, gesundheitlicher  
44 Versorgung und kulturellen Angeboten, Sport und Begegnung möglich ist.

45  
46 Wir werden die durch die „Operation düstere Zukunft“ von der CDU zerschlagene so-  
47 ziale Infrastruktur zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Armutfolgen  
48 wieder aufbauen. Dazu werden wir ein Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung auf-  
49 legen. Wir werden dazu insbesondere die Kinder- und Familienarmut und das drama-

1 tisch hohe Armutsrisiko von Alleinerziehenden und Rentnerinnen und armutsbedingte  
2 Obdachlosigkeit bekämpfen.  
3

#### 4 **Gesundheitsland Hessen**

5 Wir wollen eine gute, flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung für alle  
6 Patienten, gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, eine Stärkung der Patien-  
7 tenrechte und einen modernen Arbeitsschutz im Gesundheitswesen erreichen.  
8

9 Wir verstehen **gesundheitliche Prävention als Querschnittsaufgabe** für alle Politikbe-  
10 reiche. Deshalb werden wir bei allen öffentlichen Maßnahmen auch die gesundheits-  
11 bezogenen Wirkungen beachten.  
12

13 Eine kluge Gesundheitspolitik blendet auch die sozialen Ursachen von Krankheit nicht  
14 aus: Armut und Arbeitslosigkeit machen viele Menschen krank. Je nach Einkommen  
15 und sozialem Status eines Menschen unterscheidet sich seine bzw. ihre Lebenserwar-  
16 tung derzeit um 10 Jahre. Wir wollen diesen Unterschied in Hessen senken. Konsequen-  
17 te Armutsbekämpfung ist deshalb auch Gesundheitsvorsorge.  
18

19 Wir werden eine **gute Versorgung für alle** sichern. Dazu gehören gut erreichbare Kran-  
20 kenhäuser und eine sichere ambulante haus- und fachärztliche Versorgung in ganz  
21 Hessen. Die Kommunen müssen gestärkt werden, um sich z.B. an ärztlichen Zentren  
22 sowohl im ländlichen Raum wie in sozial benachteiligten Quartieren beteiligen zu kön-  
23 nen. Gesundheitliche Versorgung ist Daseinsvorsorge, deshalb ist dazu eine deutlich  
24 Ausweitung der Kompetenzen der Länder für Planung und Organisation der gesund-  
25 heitlichen Versorgung in allen Sektoren unverzichtbar. Wir wollen Hausärztinnen und -  
26 ärzte in ihrer Rolle als Lotse im Gesundheitssystem stärken und dafür ausbilden. Pallia-  
27 tivmedizinische Angebote und hospizliche Arbeit haben für uns eine große Bedeutung.  
28 Vor allem die kommunalen Krankenhäuser, wesentlich unterstützt durch die frei-  
29 gemeinnützigen Einrichtungen, sichern die hochwertige, wirtschaftliche und flächen-  
30 deckende Krankenhausversorgung in Hessen. Wir werden sie auf Grundlage eines an  
31 gesundheitspolitischen Kriterien orientierten Konzepts unterstützen und damit eine  
32 weitere Privatisierung verhindern.  
33

34 Wir sorgen für **gute Arbeitsbedingungen in Gesundheitswesen und Altenpflege**. Dazu  
35 gehören gesetzliche Personalmindeststandards und andere Qualitätsregelungen. Wei-  
36 terem Personalabbau, Leiharbeit in der Pflege und ähnliche Entwicklungen werden wir  
37 entschieden entgegenzutreten.  
38

39 Wir werden in Hessen den **gesundheitlichen Arbeitsschutz wieder herstellen**. Der Aus-  
40 bau des Arbeitsschutzes sichert gesunde Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz. Gerade  
41 im Niedriglohnbereich sind weit umfangreichere Kontrollen zur Sicherung der Gesund-  
42 heit der Beschäftigten notwendig.  
43

44 Wir wollen eine Stärkung der Patientenrechte. Ein **Hessischer Patientenbeauftragter**  
45 mit angemessener Ausstattung ist Ansprechpartner und Ombudsmann in allen Fragen,  
46 in denen Patientinnen und Patienten Zweifel an angemessener Versorgung haben.  
47

48 Wir wollen die **Zwei-Klassen-Medizin beenden**. Um unser Gesundheitswesen leistungs-  
49 fähig zu erhalten, muss es auf eine gerechtere, solidarische und dauerhaft stabile Fi-

1 nanzierungsgrundlage gestellt werden. Deshalb setzen wir uns für die Einführung der  
2 solidarischen Bürgerversicherung ein.  
3

#### 4 **Leitbild Inklusion: Politik für Menschen mit Behinderung**

5 Menschen mit Behinderung haben Anspruch auf ein selbst bestimmtes Leben in unse-  
6 rer Gesellschaft und auf die Unterstützung und Hilfe. Der Geltungsbereich des Hessi-  
7 schen Gleichstellungsgesetzes muss daher auf die Kommunen ausgedehnt werden.  
8 Wir werden mit den Betroffenen den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-  
9 Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln. Die Zusammenarbeit mit Selbsthilfe-  
10 gruppen und –verbänden werden wir ausbauen.  
11

12 Wir schaffen Barrierefreiheit für Menschen mit körperlichen, psychischen und chroni-  
13 schen Einschränkungen in allen Bereichen der Landespolitik. Wir werden alle wesentli-  
14 chen Veröffentlichungen des Landes auch in leichter Sprache vorhalten. Wir wollen  
15 einen Rechtsanspruch auf Bescheide und Dokumente hessischer Behörden in leichter  
16 Sprache einführen.  
17

18 Wir werden die Frühförderung, Betreuung im Regelkindergarten und gemeinsamen  
19 Unterricht in der Regelschule so weiterentwickeln, dass jedem Kind entsprechende An-  
20 gebote wohnortnah zur Verfügung stehen. Dies erfordert neben der Barrierefreiheit  
21 auch die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit den notwendigen therapeuti-  
22 schen, pflgerischen und sächlichen Mitteln.  
23

24 Wir werden unsere Anstrengungen zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen  
25 für Menschen mit Behinderungen weiter verstärken mit dem Ziel, möglichst vielen  
26 Menschen eine geeignete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten zu  
27 können. Dazu gehört die Gründung virtueller Behindertenwerkstätten, der Ausbau von  
28 Assistenzen, unterstützter Beschäftigung, persönliches Budget für Arbeit, ein flächen-  
29 deckendes Angebot an Integrationsbetrieben und der Ausbau des Integrationsfach-  
30 dienstes. Das Land Hessen hat als Arbeitgeber bei der Ausbildung und Beschäftigung  
31 von Behinderten eine Vorbildfunktion.  
32

33 Wir setzen uns dafür ein, dass arbeitsfähige Menschen mit Behinderungen, die bei ih-  
34 ren Eltern leben, bei der Höhe der Regelleistungen nach ALG II nicht schlechter gestellt  
35 werden, als gleichaltrigen nicht behinderte Leistungsempfänger, die ebenfalls mit ih-  
36 ren Eltern zusammenleben.  
37

38 Wir garantieren das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung beim  
39 Wohnen und werden ein differenziertes Angebot an Wohnformen für Menschen mit  
40 Behinderung voranbringen.  
41

42 Auch in Zukunft halten wir den Landeswohlfahrtsverband als überörtlichen Träger der  
43 Sozialhilfe, insbesondere mit seiner Zuständigkeit für die stationäre Behindertenhilfe  
44 und das betreute Wohnen, sowie als Träger der Kriegsopferfürsorge, der Schwerbehin-  
45 dertenhilfe und als Krankenhaus- und Einrichtungsträger für die Sicherung gleichwer-  
46 tiger Lebensverhältnisse in Hessen für unverzichtbar.  
47

48 Wir werden die politische Vertretung und die Mitspracherechte von Behinderten auf  
49 allen Ebenen stärken und ausbauen.  
50

### 1 3.3. Sport verbindet

2

3 Sport ist mehr als nur physische Aktivität. Er ist wesentlicher Bestandteil einer gesun-  
4 den Lebensführung, bereichert die Lebensqualität und schafft Gemeinschaft in hessi-  
5 schen Dörfern und Städten.

6

7 Sport leistet mit seiner verbindenden Wirkung einen bedeutenden Beitrag zur Inklusi-  
8 on. Er vereinigt Menschen verschiedenster Herkunft, jeden Alters und mit oder ohne  
9 Behinderung. Um seine vielfältigen Potentiale zur Wirkung zu bringen, kann Sportpoli-  
10 tik nicht nur Fachpolitik sein, sondern muss zukünftig u. a. in die Planungs-, Sozial-,  
11 Jugend-, Bildungs-, Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitspolitik eingebunden werden.

12

13 Sport ist Bildung und trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Sportliches Engagement  
14 fördert Kreativität, Teamfähigkeit, aber auch Toleranz, Konfliktfähigkeit und leistet  
15 einen wichtigen Beitrag zum Erlernen sozialer Kompetenz und demokratischer Prinzi-  
16 pien. Die vorhandenen Strukturen für „Mehr Bewegung in die Kitas“ und für die Zu-  
17 sammenarbeit von Vorschulen, Schulen und Sportvereinen und Trägern der Erwachse-  
18 nenbildung wollen wir weiterentwickeln.

19

20 Die umfassende Bedeutung des Sports erfordert ein sportfreundliches Umfeld. Daher  
21 ist es für uns wichtig, dass eine entwickelte Sportstätten-Infrastruktur, ein umfangrei-  
22 ches Sportangebot sowie eine zukunftsorientierte Förderung des Vereins-, Breiten- und  
23 Spitzensports sichergestellt wird. Die Erhaltung und Modernisierung vorhandener  
24 Sportstätten – barrierefrei und so weit wie möglich multifunktional – unterstützen wir  
25 genauso wie die verantwortungsvolle Erschließung neuer Räume für Sport und Bewe-  
26 gung.

27

28 Der Sport in den Vereinen wird nach wie vor getragen vom freiwilligen und ehrenamt-  
29 lichen Engagement vieler Frauen und Männer. Gleichermaßen sind Fachkompetenzen  
30 und beruflich entwickeltes und eingesetztes Know-how unentbehrlich geworden. Bei-  
31 des werden wir unterstützen durch die Weiterentwicklung einer Anerkennungskultur,  
32 die Förderung von Netzwerken sowie von Maßnahmen in der Personal- und Organisa-  
33 tionsentwicklung.

34

35 Die Förderung von Wettkampf- und Spitzensport muss jungen Menschen die Möglich-  
36 keit der freien Entwicklung ihrer Talente geben. Wir bekennen uns zum humanen Leis-  
37 tungssport ohne Doping.

38

39 Gleichermaßen wollen wir sicherzustellen, dass für ältere Menschen angemessene und  
40 wohnortnahe Bewegungsangebote bereit gehalten werden. Richtig dosierter Sport und  
41 richtig dosierte Bewegung dienen dem Erhalt und der Wiederherstellung der Gesund-  
42 heit und der Bekämpfung von Krankheiten. Wir setzen uns dafür ein, dass Sport und  
43 Bewegung anerkannte Bestandteile des deutschen Gesundheitssystems werden.

44

### 45 Ehrenamt macht Spaß

46 Rund 36 Prozent der Bevölkerung engagieren sich ehrenamtlich, in Sportvereinen, Ju-  
47 gendgruppen, Seniorenbeiräten, der Kinderbetreuung und der Bildung, der Betreuung  
48 hilfebedürftiger Älterer und von Menschen mit Behinderungen oder den Rettungs-

1 dienen, weil sie Freude und Bestätigung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben finden. Da-  
2 bei wollen wir helfen, z. B. durch eine flächendeckende Ehrenamtsberatung vor Ort.

3  
4 Das Ehrenamt darf jedoch nicht überfordert werden und darf auch nicht an begrenzten  
5 eigenen Mittel scheitern. Das Ehrenamt ist nicht der Ausfallbürge der öffentlichen Auf-  
6 gabenwahrnehmung. Denn wir wollen, dass in Zukunft Ehrenamt Spaß macht!

7  
8 Ehrenamtliches Engagement von Kindern und Jugendlichen und die Nachwuchsarbeit  
9 der Vereine anerkennen und fördern wir, indem wir die Jugendleitercard und Ehre-  
10 namts card für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln und der Kooperation von  
11 Schulen mit Vereinen und Verbände in unserem Ganztagschulkonzept breiten Raum  
12 und Unterstützung geben.

### 17 3.4. Gutes Wohnen für alle

#### 19 Bezahlbare Wohnungen

20 Wohnen ist Grundbedürfnis aller Menschen in Hessen. Deshalb wollen wir, dass alle  
21 Menschen gut Leben und somit Wohnen können. Wohnungspolitik ist damit ein Kern-  
22 bereich der Daseinsvorsorge. In Hessen ist, bedingt durch die demographische Entwick-  
23 lung, die Situation in den einzelnen Landesteilen sehr unterschiedlich zu beurteilen.  
24 Dem muss eine zukünftige Wohnraumentwicklung Rechnung tragen. Nach der Föderal-  
25 ismusreform liegt die alleinige Verantwortung für die Wohnraumversorgung beim  
26 Land Hessen. Deshalb werden wird ein Wohnraumfördergesetz vorlegen, das folgen-  
27 den Kriterien gerecht wird:

- 28 • Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung,
- 29 • Ausbau des sozialen Wohnungsneubaus und dementsprechend höhere Mittel-  
30 zuweisung an die Kommunen,
- 31 • staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte wie beispielsweise „Wohnen  
32 für Hilfe“, Mehrgenerationenhäusern
- 33 • verpflichtende Evaluationen von Förderprogrammen und -projekten.
- 34 • Nachhaltige energetische Qualifizierung von Wohnraum bei Neu- und Umbau-  
35 ten
- 36 • Kooperation von Kommunen mit Energieversorgern

37  
38 Für uns ist der Erhalt und Neubau von bezahlbarem Wohnraum in allen Landesteilen  
39 Kernpunkt unserer Wohnungspolitik. Dazu bedarf es einer Wohnungsförderung, die  
40 darauf zielt, die auslaufenden Sozialbindungen durch den Bau neuer Sozialwohnungen  
41 mindestens auszugleichen. Wir werden die Zahl der jährlich zu fördernden Sozialwoh-  
42 nungen in der nächsten Legislaturperiode verdoppeln. Diese Aufgabe wird durch eine  
43 Schwerpunktsetzung im Sondervermögen „Wohnen“ der WI Bank sichergestellt. Dar-  
44 über hinaus bedarf es aber auch eines eigenen Engagements der Kommunen, in denen  
45 neue Sozialwohnungen benötigt werden.

46  
47 Wir werden darüber hinaus die Einrichtung eines Landesförderprogramms für bezahl-  
48 baren Wohnraum prüfen. Insbesondere in der Metropolregion Rhein-Main können sich

1 kleine und mittlere Einkommen keinen Wohnraum mehr leisten. Dem muss durch ei-  
2 nen zweiten Förderweg Rechnung getragen werden.

3  
4 Die SPD wird sich für die Wiedereinführung eines Wohnraumzweckentfremdungsge-  
5 setzes in Hessen einsetzen. Dabei muss die Entscheidung für eine entsprechende  
6 kommunale Satzung den Gemeinden überlassen bleiben. Wir werden mit geeigneten  
7 landespolitischen Maßnahmen (Genehmigungsvorbehalt) einer Verdrängung von  
8 Mietwohnungen durch Eigentumswohnungen begegnen.

9  
10 Wir fördern Wohnen in genossenschaftlich organisierten Formen. Hier sind Bewohne-  
11 rinnen und Bewohner durch ihre Anteile Eigentümer der Genossenschaft und genießen  
12 dadurch tendenziell mehr Mitbestimmungsrechte. Mit dieser Beteiligung am Eigentum  
13 geht ein höherer Mieterschutz einher, den es zu fördern gilt.

14  
15 Die demographische Entwicklung zwingt Wohnungswirtschaft und Stadtplanung sich  
16 zukünftig auf die zunehmende Zahl älterer Menschen einzustellen. Wir wollen selbst-  
17 bestimmtes Wohnen im Alter ermöglichen. In Städten und Landkreisen muss erreicht  
18 werden, dass eine zukünftige kommunale Altenhilfeplanung eine kleinräumige Pla-  
19 nung vorsieht, die diese Kriterien erfüllt.

20  
21 Wir begrüßen, dass immer mehr junge Menschen den Weg in ein qualifiziertes Studi-  
22 um in Hessen suchen. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau der sozialen Infrastruktur  
23 bei den Studentenwerken, insbesondere dem Neubau von Studentenwohnungen ein.  
24 In Anbetracht der steigenden Mietpreise an den hessischen Hochschulstandorten muss  
25 hier ein deutlicher Akzent gesetzt werden. Wir benötigen mindestens ein Drittel mehr  
26 Wohnheimplätze als momentan vorhanden. Wir werden daher ein Landesförderpro-  
27 gramm für studentischen Wohnraum auflegen.

28  
29 Die Wohnungspolitik ist ein in hohem Maße unterschätzter Politikbereich, wenn es um  
30 den Einfluss auf Klimaschutz geht. Doch die Möglichkeiten, über sozialen Wohnungs-  
31 bau, Förderungen von energetischen Maßnahmen und die Förderung des Einsatzes  
32 von regenerativen Energien sind enorm. Wir wollen darüber hinaus Projekte fördern,  
33 die direkt den persönlichen Energieverbrauch beeinflussen. Für alle öffentlichen Woh-  
34 nungen müssen bereits jetzt Energiepässe erstellt werden.

## 36 **Öffentliche Wohnungswirtschaft**

37 Wir haben gemeinsam mit den Gewerkschaften und dem Hessischen Mieterbund den  
38 Verkauf der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte verhindert. Hessen braucht  
39 auch in Zukunft eine starke öffentliche Wohnungswirtschaft. Die NH leistet dazu einen  
40 wesentlichen Beitrag. Wir wollen das Unternehmen der NH darin unterstützen, als Im-  
41 pulsgeber für eine fortschrittlich Wohnraumentwicklung in Hessen wirken zu können.  
42 Wir streben an, die Städte und Gemeinden auch mit weiteren, eigenen Gesellschafter-  
43 anteilen in die Gesamtverantwortung des Unternehmens mit einzubeziehen.

44  
45 Der NH ProjektStadt als einem der zentralen Projektentwickler in den Bereichen der  
46 Integrierten Stadtentwicklung, der Innenstadtentwicklung, der Infrastrukturentwick-  
47 lung im ländlichen Raum sowie in der Sozialen Stadt kommt für die konzeptionelle Ar-  
48 beit eine tragende Rolle zu. Dazu zählt auch die Erarbeitung von Dienstleistungsange-  
49 boten, sowie die Vernetzung von kleinräumlichen und gesamtstädtischen Klima-  
50 schutzkonzepten für den Wohnungsbestand auf der Stadt-, der Quartiers- und Gebäu-

1 deebene. Das Unternehmen Nassauische Heimstätte und die NH Projektstadt werden  
2 damit ein wichtiges Instrument des Landes Hessen im Bereich des Klimaschutzes und  
3 der Energiewende. Dies wollen wir erhalten und vor allem fortentwickeln.  
4

## 5 **Soziale Stadt**

6 Unsere Politik ist auf Teilnahme und Autonomie gerichtet. Wir wollen Menschen hel-  
7 fen, ihr Leben selbst in den Griff zu bekommen und ihnen dabei so viel Hilfe wie nötig  
8 geben. Dazu werden wir eine am jeweiligen Sozialraum orientierte Politik voranbrin-  
9 gen.

10  
11 Wir werden den Kommunen bei der kleinräumigen Erstellung von Stadtteil- und Quar-  
12 tierskonzepten Hilfestellung geben, um die Gestaltung von Wohnquartieren zu errei-  
13 chen. Wir setzen uns für den Fortbestand des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“  
14 ein. Das Programm soziale Stadt soll zum Leitprogramm für alle Städtebauförderpro-  
15 gramme werden. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf müssen auch in Zu-  
16 kunft gezielt gefördert werden, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu  
17 verbessern und weitere Negativentwicklungen aufzuhalten. Das Programm der „Sozia-  
18 len Stadt“ wird dabei gezielt auf Maßnahmen im energetischen, städtebaulichen, inf-  
19 frastrukturellen, barrierefreien und ökonomischen Bereich angewendet. Soziale Fakto-  
20 ren und nachbarschaftliches Engagement sowie Maßnahmen der sozialen Vielfalt  
21 werden gezielt gefördert. Die Basis, auf der diese Maßnahmen umgesetzt werden, ist  
22 auf kommunaler Ebene angesiedelt und somit sehr bürgernah. Gefördert werden also  
23 städtebauliche, stadtplanerische sowie soziale Projekte.  
24

## 25 **Schutz der Mieter**

26 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist in Zeiten rückläufiger Zahlen  
27 von EigenheimbesitzerInnen und steigenden Zahlen von Mietverhältnissen eine zent-  
28 rale Aufgabe der Schutz der Mieterinnen und Mieter. Alle Zeichen sprechen dafür, dass  
29 schwarz-gelbe Koalitionen die Verantwortung weiterhin auf das Individuum übertra-  
30 gen wollen und bei all den Freiheitsrufen die soziale Absicherung und Verantwortung  
31 der Politik gegenüber der Gesellschaft gänzlich verkennen. Doch Fragen nach überteu-  
32 erten Mietpreisen, Rechten und Pflichten von Mieterinnen und Mietern gegenüber den  
33 VermieterInnen, Zwangslagen wie finanzielle Nöte und deren Folgen u.v.m. lösen sich  
34 nicht von alleine. Eine SPD-geführte Landesregierung wird über den Bundesrat einen  
35 mieterfreundlichen Mieterschutz durchsetzen.

36 Darüber hinaus unterstützen wir die Initiative, dass in Zukunft Maklerkosten nicht vom  
37 Mieter sondern vom Vermieter getragen werden.  
38  
39

## 1 **4. Gutes Leben in Stadt und Land**

2  
3 Das Leben in den Großstadtregionen und in den ländlichen Gebieten ist sehr unter-  
4 schiedlich, aber immer geht es um die gleichen Aufgaben: Es geht darum, vergleichbare  
5 Lebensbedingungen zu schaffen, die regionale Unterschiede zu erhalten und gleichzei-  
6 tig vergleichbare Lebensbedingungen zu schaffen, gute Zugänge zu Bildung, Arbeit und  
7 Kultur verbunden mit einer guten Infrastruktur. Dazu gehört eine vernünftige Partner-  
8 schaft von Städten und Land, von der beide profitieren.  
9

### 10 **4.1. Den ländlichen Raum stärken**

#### 11 12 **14 Jahre Schwarz-Gelb schaden dem ländlichen Raum**

13 14 Jahre schwarz-gelbe Politik in Hessen haben auch im ländlichen Raum dunkle Spu-  
14 ren hinterlassen: Gemeinden, Städte und Kreise sind inzwischen chronisch unterfinan-  
15 ziert und hoch verschuldet, Landesbehörden und Gerichte wurden zentralisiert und  
16 verschwinden aus der Fläche und mit ihnen Kaufkraft und viele Arbeitsplätze. Das  
17 Dorferneuerungsprogramm wurde von CDU und FDP zusammengestrichen und der  
18 Zugang zu den Fördermitteln erschwert. Auch wenn sich CDU und FDP als Heilsbringer  
19 für den ländlichen Raum aufspielen: Schwarz-Gelb entzieht den Kommunen jährlich  
20 344 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich und zwingt viele mit dem  
21 Kommunalen Schutzschirm unter ein Spardiktat. Das in der Verfassung verankerte  
22 Konnexitätsprinzip wird von Schwarz-Gelb missachtet: Das Land überträgt immer  
23 mehr Aufgaben an die Kommunen, ohne die Finanzierung sicherzustellen.  
24

25 Wir stellen dem unser Bild von einem gerechten Hessen entgegen: Ein Land, das part-  
26 nerschaftlich mit seinen Kommunen umgeht, die politische und finanzielle Handlungs-  
27 fähigkeit der Kommunen sichert und insbesondere den ländlichen Raum fördert. Denn  
28 etwa zwei Drittel der hessischen Bevölkerung lebt auf dem Land.  
29

#### 30 **Gerechtes Hessen: Partnerschaft solidarisch gestalten**

31 Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen unsere Aufgabe hingegen  
32 darin, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Räumen Hessens zu schaffen. Damit  
33 stellen wir uns auch weiterhin in die Tradition von Georg August Zinn. Viele Menschen  
34 leben gerne auf dem Land und möchten dies auch in Zukunft: Sie engagieren sich für  
35 ihre Heimat, ihre Region, für ihr Lebensumfeld.  
36

37 „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in allen Regionen Hessens, das ist für uns daher die  
38 Konsequenz eines „gerechten Hessens“. So vielfältig der ländliche Raum ist, so vielfäl-  
39 tig sind auch die damit verbundenen Herausforderungen. Die Menschen auf dem Land  
40 brauchen daher eine Politik, die die regional spezifische Lösungsansätze ermöglicht  
41 und gleichzeitig die Verantwortung des Landes betont. Wir sprechen uns daher für eine  
42 Stärkung der integrierten regionalen Entwicklung ländlicher Regionen aus und werden  
43 europäische Förderinstrumente (ELER, EFRE, ESF) zur Entwicklung der ländlichen Räume  
44 einsetzen. Ebenso werden wir auch sicherstellen, dass erfolgreiche LEADER-Regionen  
45 ihre Arbeit fortsetzen können.  
46

1 Der ländliche Raum wird von uns gefördert. Insgesamt benötigen wir aber nicht nur  
2 einzelne Entwicklungs- und Förderprogramme, sondern ein ineinander greifendes Kon-  
3 zept, das die verschiedenen Programme bündelt und ländliche Räume endlich in ihrer  
4 Gesamtheit sieht und unterstützt. Die Zentralisierung von Landeseinrichtungen wollen  
5 wir stoppen.

6

## 7 Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten

8 Zentral für die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume sind der Erhalt, die Entwicklung und  
9 die Sicherung der Lebensqualität. Die Bevölkerung hat – genauso wie in den Ballungs-  
10 gebieten – das Recht auf öffentliche Daseinsvorsorge; der Zugang zu Arbeit, Bildung,  
11 Betreuung, Gesundheitsversorgung, Kultur und Sport muss möglich sein. In den ländli-  
12 chen Gebieten, die eher durch Strukturschwäche, abnehmende Bevölkerung und eine  
13 deutliche Altersstrukturverschiebung gekennzeichnet sind, stellt die Sicherstellung der  
14 Daseinsvorsorge eine besondere Herausforderung dar. Wir werden daher diese Regio-  
15 nen dabei unterstützen Daseinsvorsorgeplanungen zu erarbeiten und den Umbau der  
16 Infrastruktur zu realisieren, ähnlich den Ansätzen der Modellvorhaben der Raumord-  
17 nung MORO, die dies bspw. im Werra-Meißner-Kreis bereits erfolgreich umgesetzt ha-  
18 ben.

19

20 Wir Sozialdemokraten halten eine gute Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur für die  
21 Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse unverzichtbar. Wir müssen den  
22 Kindern in allen Teilen Hessens die bestmögliche Bildung und Betreuung ermöglichen.  
23 Wir werden die Kommunen deshalb darin unterstützen, ausreichend ganztägige und  
24 verlässliche Betreuungsangebote im Bereich Krippe und KiTa zu schaffen. Wir werden  
25 wohnortnahe Bildungsangebote, z.B. in der Grund- und Sekundarstufe, erhalten. Mit  
26 dem „Haus der Bildung“ entwickelt die SPD sie gezielt für den ländlichen Raum zu ei-  
27 nem flächendeckenden, vollständigen Bildungsangebot weiter. Darüber hinaus wollen  
28 wir uns für universitäre Strukturen einsetzen, die auch für die ländlichen Räume geziel-  
29 te Angebote machen. Zudem wollen wir die Universitäten beim Wissenstransfer in die  
30 ländlichen Räume unterstützen.

31

32 **Mobilität** ist und bleibt ein Grundbedürfnis, das allen Bürgerinnen und Bürgern zu-  
33 steht. Die Politik muss deshalb eine angemessene und ausreichende **Versorgung mit**  
34 **öffentlichen Verkehrsangeboten** sicherstellen. So werden wir die Kürzung der ÖPNV-  
35 Finanzierungsmittel um jährlich 20 Mio. Euro zurücknehmen. Alternative, flexible Ver-  
36 kehrssysteme, die das bestehende ÖPNV-Angebot ergänzen (z.B. Anruf-Sammel-Taxi,  
37 Rufbus, zivilgesellschaftliche Verkehrsangebote wie Fahrdienste) wollen wir besonders  
38 fördern.

39

40 Wir werden uns der Herausforderungen des demographischen Wandels annehmen.  
41 Hierzu gehört die Gewährleistung einer umfassenden, wohnortnahen Gesundheitsver-  
42 sorgung. Hier müssen Landes- und Bundespolitik ineinander greifen und mit Akteuren  
43 wie der Kassenärztlichen Vereinigung tragfähige Zukunftskonzepte erarbeiten, etwa  
44 bei dem Vergütungssystem für Landärzte, der Vernetzung von Gesundheitsangeboten,  
45 der Förderung primärärztlicher Versorgungszentren. Wir verstehen die Gesundheits-  
46 versorgung in ländlichen Räumen auch als Teil einer ganzheitlichen Strategie, die das  
47 selbstbestimmte altern in der gewohnten Umgebung ermöglichen soll. Bei einer Alter-  
48 strukturverschiebung hin zu einer deutlich älter werdenden Bevölkerung, benötigen  
49 wir ein altersgerechten Umbau in den ländlichen Gebieten. Wir werden Angebote wie  
50 betreutes Wohnen, dezentrale Pflege, altersgerechte Assistenzsysteme, neue Wohn-

1 formen, barrierefreie (Wohn-)Gebäude, fachqualifizierter Wohnberatung und dezentrale  
2 Lebensmittellieferung fördern und unterstützen. Der ländliche Raum muss Lebensraum  
3 für alle Generationen bleiben: Der Dialog zwischen Jung und Alt ist insgesamt zu stärken.  
4

5  
6 Eine gute Internetversorgung muss als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge aufgefasst  
7 werden, denn Breitband und Internet sind eine Grundvoraussetzung für den privaten  
8 Informationszugang und die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen.  
9 Wir werden die Hessische Gemeindeordnung dementsprechend anpassen und hessische  
10 Förderprogramme weiterentwickeln.

## 11 **Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfungsprozesse fördern**

12  
13 Im ländlichen Raum müssen wir Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfung sichern und  
14 entwickeln, um in allen Teilen Hessens wohnortnahe Arbeitsplätze zu erhalten und zu  
15 schaffen. Die Stärken des ländlichen Raums liegen dabei bei den regenerativen Energien,  
16 den kleinen und mittelständigen Unternehmen, der Land- und Forstwirtschaft, dem  
17 Tourismus und der ortsnahen Verwaltung. Dazu gehört der Erhalt und Ausbau von  
18 Bildungseinrichtungen und Infrastruktur auf dem Land sowie eine weitere Stärkung  
19 des Tourismus in Hessen.

20  
21 Ebenso finden sich Potenziale in der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher und  
22 forstwirtschaftlicher Produkte. Wir werden daher den Aufbau regionaler Wertschöpfungs-  
23 ketten unterstützen und hierzu gezielte Initiativen anbieten.

24  
25 Wichtige Zukunftsbranchen wie die Energiewirtschaft müssen in den ländlichen Räumen  
26 weiterentwickelt werden. Nur eine dezentrale Energiewende wird eine erfolgreiche  
27 Energiewende sein, die zugleich größere Wertschöpfung und mehr Arbeitsplätze im  
28 ländlichen Raum entstehen lässt. Wir möchten das Potenzial des ländlichen Raums  
29 im Bereich der Erneuerbaren Energien fördern, indem wir Kommunen die wirtschaftliche  
30 Betätigung in diesem Bereich erleichtern und eine Anlaufstelle gründen, die den  
31 verschiedenen kommunalen Projekten die nötige Hilfestellung bieten. Wir setzen dabei  
32 auf unterschiedliche Formen der erneuerbaren Energien unter größtmöglicher Beteiligung  
33 der Bürgerinnen und Bürger. Wir sprechen uns für den interkommunalen Aufbau  
34 von Windparks sowie die wirtschaftliche Stärkung der Kommunen über die konsequente  
35 Nutzung vorhandener kommunaler Dachflächen für Solaranlagen, betrieben über  
36 Bürger-Solargenossenschaften ein. Den Rückkauf und damit die  
37 (Re-)Kommunalisierung der Stromnetze begrüßen wir.  
38

## 39 **Innenentwicklung hat Priorität**

40 Um Dörfer, Gemeinden und Städte attraktiv zu erhalten, muss die Innenentwicklung  
41 durch das Land unterstützt werden. Damit Ortskerne und Stadtzentren auch in Zukunft  
42 Mittelpunkt gemeinschaftlichen Zusammenlebens bleiben, benötigt jeder Ort einen  
43 Kommunikationsort. Die Dorfgemeinschaftshäuser, die in Tradition von Georg August  
44 Zinn die Dörfer aufgewertet haben, müssen in ihren Funktionen weiterentwickelt werden.  
45 Wir wollen vor allem die sozialen Prozesse und Konzepte zur Belebung unterstützen.  
46 Dorfgemeinschaftshäuser sollen in Zukunft noch stärker als dauerhaft belebte  
47 Kommunikationsorte gestaltet und wenn möglich als Multifunktionszentren (Cafe,  
48 kleiner Laden, Veranstaltungsräume, Praxisräume, etc.) dienen.  
49

1 Wir werden daher gezielt Förderinstrumente für die Entwicklung der Dörfer zur Verfü-  
2 gung stellen. So wollen wir das Dorferneuerungsprogramm mit den Programmen der  
3 einfachen Stadterneuerung neu aufstellen. Außerdem werden wir darauf achten, dass  
4 der Zugang zum Programm erleichtert wird. In diesem Rahmen werden wir auch bür-  
5 gerschaftliches Engagement unterstützen und in der Ausrichtung der Förderinitiativen  
6 explizit berücksichtigen. Wir werden Leerstandkataster verbindlich einführen und den  
7 Kommunen Satzungen für ihre (Dorf-)Kerne ermöglichen und gezielt dafür sorgen,  
8 dass junge Menschen verstärkt leerstehende alte Häuser in den Innerortskernen kau-  
9 fen. Hierfür wird ein Förderprogramm wie z. B. „Jung kauft Alt“

10  
11 Um in diesem Bereich aktiv werden zu können, ist der Denkmalschutz als strategischer  
12 Partner zu gewinnen. Außerdem werden wir die energetische Sanierung sowie den al-  
13 tersgerechten Umbau von Alt-Gebäudesubstanz zu einem Förderziel machen.  
14

## 15 **Bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement stärken**

16 Viele Bürgerinnen und Bürger in Hessen engagieren sich ehrenamtlich vor Ort in ihren  
17 Dörfern, Städten und Gemeinden. Dieses Engagement als Motor für Lebensqualität  
18 werden wir anerkennen, unterstützen und stärken. Auch hierzu ist es wichtig, die fi-  
19 nanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen etwa im Bereich des Brandschutzes, des  
20 Sports, der Kultur und der allgemeinen Vereinsförderung zu stärken.  
21  
22  
23

## 24 **4.2. Stadt- und Regionalpolitik**

### 26 **Gegen die soziale Spaltung**

27 Wir Sozialdemokraten wollen eine Stadt- und Regionalpolitik, die die zentralen Hand-  
28 lungsfelder unserer Ballungsräume aufgreift und in Partnerschaft mit dem ländlichen  
29 Raum gerecht löst. Eines unserer wichtigsten Ziele muss es sein, der **sozialen Spaltung**  
30 **in unseren Städten entgegen zu wirken**. Wir wollen die Durchmischung der Wohnvier-  
31 tel, die integrative Stadtentwicklungsplanung und eine sozialräumlich orientierte Ge-  
32 meinwesenarbeit. Präventionsarbeit und Integration der verschiedenen Gruppen der  
33 Stadtgesellschaft ist für uns wichtig, denn eine gelungene Integration ist die beste Prä-  
34 ventionsarbeit und sorgt für sichere Städte.  
35

36 Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum und bezahlbare Mobilität in unseren Städ-  
37 ten ein. Viele Städte und insbesondere der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ist  
38 nach wie vor von Wachstum geprägt. Dieses Wachstum auch für unterschiedliche Ziel-  
39 gruppen gerecht zu gestalten, wird unsere Aufgabe sein.  
40

41 Wichtiges Handlungsfeld auch in Großstädten ist die Verkehrspolitik. **Mobilität**, die  
42 sich allein auf das Auto konzentriert, löst die Probleme nicht. Wir wollen integrierte  
43 **Verkehrssysteme**, die das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr erleichtert. Des Wei-  
44 teren setzen wir uns im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main für einen Ausbau des  
45 ÖPNV im Randgebiet ein, um hier die Verkehrsverbindungen in der Metropole zu stär-  
46 ken. Wir wollen schnellere S-Bahn-Querverbindungen, die Regionaltangente West, das  
47 3. Gleis Frankfurt-Friedberg, die verbesserte Anbindung an den Flughafen, Terminal 3  
48 sowie die Darmstadt-Frankfurt-Wallauer-Spange.

1 Unser Einsatz für die Energiewende hat Konsequenzen auch für Großstadtpolitik, denn  
2 Städte haben einen immensen Energiebedarf wie aber auch immense Energieeinspar-  
3 potenziale.

4 Wir wollen eine aktive städtische Energiepolitik sowie kommunale Erzeugergesell-  
5 schaften mit Bürgerbeteiligung für erneuerbare Energien. Wir sprechen uns für die  
6 Kommunalisierung der Stromnetze aus.

7  
8 Sozialdemokratische Stadtpolitik ist immer eine Politik mit den Bürgerinnen und Bür-  
9 gern. Wir wollen den Dialog und die Teilhabe und werden auf Landesebene neue Betei-  
10 ligungsmöglichkeiten wie bspw. die Einführung stadtteilbezogener Bürgerhaushalte  
11 stärken. Hier können Bürgerinnen und Bürger direkt über die Verwendung von öffentli-  
12 chen Mitteln in ihrem Stadtteil, ihrem Quartier mitentscheiden.

## 14 Die Regionen gestalten

15 Wir Sozialdemokraten wissen jedoch auch, dass sich der Lebens- und Berufsalltag der  
16 Menschen stärker regional orientiert. Weitere Strecken bis zum Arbeitsplatz zu pen-  
17 deln, Freizeitgestaltung und der Besuch kultureller Veranstaltung in Region sind üblich.  
18 Auch Freundeskreise werden nicht mehr nur am Wohnort gepflegt, sondern physisch  
19 wie virtuell über größere Entfernungen.

20  
21 Insbesondere für Menschen, die in Ballungsgebiete zugezogen sind, hat häufig eher die  
22 Region als die Kommune die größere Bedeutung. Gewachsene administrative Abgren-  
23 zungen entsprechen diesem Alltag in der Regel nicht mehr.

24  
25 Wir wollen diesem Sachverhalt daher in Hessen auf verschiedenen Ebenen begegnen.  
26 Zum einen wissen wir um die vielfältigen Verflechtungen zwischen Städten und ihrem  
27 Umland/Gemeinden des Umlandes. Wir benötigen eine adäquate finanzielle Ausstat-  
28 tung in den Regionen, in den Ballungsgebieten vor allem für besondere Herausforde-  
29 rungen in den Bereichen Innovation, Mobilität und Forschung.

30  
31 In einer Politik für Städte und Regionen gestalten wir immer auch Heimat für Bürge-  
32 rinnen und Bürger, hier sind die Orte an denen sich Gemeinschaft bildet. Die Identi-  
33 tätsbildung ist ein wichtiger Faktor für die Entwicklung von Städten und Regionen, die-  
34 se muss vor allem vor Ort geschehen. Wir unterstützen jedoch Ansätze wie bspw. in der  
35 Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main die Durchführung einer Internationalen Bauaus-  
36 stellung oder einem „Rhein-Main-Tag“.

37  
38 Darüber hinaus sind wir Sozialdemokraten in Hessen der Auffassung, dass sich die  
39 Strukturen stärker den heutigen Anforderungen anpassen müssen. Wir werden daher  
40 kooperative Ansätze in Regionen und interkommunale Zusammenarbeit stärken. Dar-  
41 über hinaus sprechen wir uns dafür aus, informelle Verflechtungen stärker in formale  
42 Strukturen zu überführen.

43  
44 Die Städte und Gemeinden sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben in eigener Ver-  
45 antwortung zu bestimmen, wie und mit welchen anderen Kommunen sie ihre Aufga-  
46 ben erfüllen wollen. Auch neue Zusammenschlüsse zu regionalen Verbänden sollen  
47 möglich sein.

48 Dazu wollen wir die Landesgesetze anpassen, damit insbesondere die finanzielle Aus-  
49 stattung und die Ausgleichsmechanismen die gleichen Ergebnisse erzielen wie vor den  
50 Umstrukturierungsprozessen.

1 Die Verwaltungsstrukturen des Landes müssen den Menschen dienen und nicht die  
2 Menschen den Strukturen. Daher wollen wir Flexibilität in den Verwaltungsstrukturen  
3 des Landes. Regionalpolitik für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main wird zudem  
4 zwingend anders aussehen als für den Ballungsraum Kassel.  
5

## 6 **Region Rhein-Main**

7 Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist die Metropolregion, die Hessen durch  
8 ihre wirtschaftlich und gesellschaftliche Dynamik prägt. Allerdings verfügt die Metro-  
9 polregion nach wie vor über keinen ausreichenden organisatorischen Rahmen, daran  
10 hat auch das von der CDU-FDP-Regierung in 2011 verabschiedete Metropolgesetz nichts  
11 geändert.  
12

13 Wir Sozialdemokraten fordern daher die Neuordnung der Rhein-Main-Region. Dabei  
14 geht es weniger um organisatorische und räumliche Zuschnitte, sondern darum einen  
15 Prozess zu organisieren, der die Zusammenarbeit in der Region stärkt.  
16

17 Wir wollen dabei die demokratische Legitimation erhöhen und werden die Einführung  
18 eines direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten „Regionalparlamentes“ vor-  
19 sehen.  
20

21 Der Regionalverband wird als Pflichtverband ausgestaltet. Es bleibt bei der bisherigen  
22 Abgrenzung, aber Wiesbaden soll endlich aufgenommen werden. Für weitere Kommu-  
23 nen besteht die Möglichkeit beizutreten.  
24

25 Der Regionalverband wird Steuerungsinstanz für alle regionalen Gesellschaften. Er soll  
26 im Kernbereich alleine zuständig für die Regionalplanung sein, so dass Doppelzustän-  
27 digkeiten, wie sie bisher der Fall waren, vermieden werden.  
28

29 Zusätzlich soll der Regionalverband regionale Aufgaben übernehmen. Die Aufgaben  
30 sind die Wirtschaftsförderung und das Standortmarketing, Energie, Verkehr und Mobi-  
31 lität, Landschaftsplanung, Regionalpark, Sport/Freizeit/Erholung, Kultur, Tourismus-  
32 marketing, Innovation und Wissenstransfer sowie Europa. Weitere Zuständigkeiten  
33 könnten folgen.  
34

35 Dem Regionalverband können Kommunen außerhalb des Kernbereichs freiwillig bei-  
36 treten, z.B. durch direkten Anschluss an das Planungsgebiet als auch durch Beitritt zu  
37 einzelnen Gesellschaften. Der räumliche Wirkungskreis der Gesellschaften kann daher  
38 vom Planungsbereich des Regionalverbandes abweichen.  
39

40 Wir Sozialdemokraten halten es zudem für erforderlich, auch stärker emotional in der  
41 Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zusammen zu rücken. Wir benötigen viel stärker  
42 als bisher gelebt ein gemeinsames Zukunftsbild von der Metropolregion Frank-  
43 furt/Rhein-Main, das durch die Akteure getragen und von den Menschen gelebt wird.  
44 Wir benötigen dazu einen Selbstverständigungsprozess, wie es die Durchführung einer  
45 IBA ermöglichen kann. Das Abbrechen der Vorbereitungsprozesse zur Durchführung  
46 einer IBA durch die CDU-FDP-Landesregierung war ein Fehler. Wir werden die IBA als  
47 ein wichtiges Projekt unter Federführung eines neuen Regionalverbandes Frank-  
48 furt/Rhein-Main durchführen.  
49  
50

## 1 **Region Kassel**

2

3 Die Bildung der Region Kassel wird von der SPD in Hessen unterstützt. Eine von der SPD  
4 geführte Landesregierung wird die Blockadehaltung der Landes-CDU beenden und auf  
5 der Basis der von den beiden Gebietskörperschaften geleisteten Vorarbeit ein Gesetz  
6 zur Bildung der Region Kassel - ein neues Kassel-Gesetz - vorlegen.

7

8

9

10

## 11 **4.3. Mobilität sichern**

12

### 13 **Politik der Worthülsen**

14 Die Landesregierung in Hessen ist im Bereich Mobilität und Verkehr nicht durch inno-  
15 vative Konzepte, sondern durch Tatenlosigkeit und Worthülsen wie „Staufreies Hes-  
16 sen“ aufgefallen. Hier leben CDU und FDP von der Hand in den Mund: Schon die Wei-  
17 terreichung von Bundesmitteln wird als Erfolg verkauft.

18

19 Bei notwendigen Schienenprojekten herrscht seit Jahren Stillstand: Der mehr als über-  
20 fällige Ausbau der Bahnstrecke Fulda – Frankfurt kommt nicht voran; bei der ICE – Ver-  
21 bindung Rhein-Main – Rhein-Neckar gibt es keine Bewegung. Eine Perspektive für den  
22 notwendigen S-Bahn Anschluss an das Terminal 3 am Frankfurter Flughafen ist nicht  
23 absehbar. Bei der „Mitte-Deutschland-Verbindung“ hat ein Abbau von Verbindungen  
24 stattgefunden, statt dass sie attraktiver geworden wäre.

25

26 Die Bedeutung des ÖPNV in Hessen - unter sozialdemokratischer Regierungsverant-  
27 wortung noch vorbildlich mit eigenen Landesmitteln gefördert – hat unter Regierungs-  
28 verantwortung von CDU und FDP abgenommen. Es gibt auf Landesebene kein Konzept,  
29 wie der ÖPNV in Zukunft die unterschiedlichen Herausforderungen z.B. im Ballungs-  
30 raum und ländlichen Raum bewältigen soll.

31

32 Der Ausbau der A 44 und der Ausbau der A 49 sind wichtige Infrastrukturmaßnahmen,  
33 die wir unterstützen und vorantreiben werden. Leider gab es beim Ausbau der A 44  
34 wegen nicht gerichtsfester Planfeststellungsbeschlüsse erhebliche Verzögerungen.  
35 Dafür ist die schwarz-gelbe Landesregierung verantwortlich. Bei der A 49 ist die Finan-  
36 zierung der gesamten Maßnahme noch nicht gesichert.

37

38 Beim Zustand der Verkehrsinfrastruktur in Hessen liegen Anspruch und Wirklichkeit  
39 weit auseinander. Hier bekommt Hessen katastrophale Beurteilungen. Beim Bundes-  
40 länderranking Mobilitätsindex liegt Hessen auf dem letzten Platz. In Hessen gibt es die  
41 höchste Anzahl an sanierungsbedürftigen Brücken. Insgesamt beträgt der Sanierungs-  
42 stau bei der Straßeninfrastruktur in Hessen bei mindestens 4 Milliarden Euro. Allein für  
43 überregionale Schienenausbauprojekte fehlen in Hessen über 6 Milliarden Euro.

44

## 1 **Moderne Verkehrspolitik**

2 Hessen ist das wichtigste Transitland in Deutschland; Hessen ist leistungsstarkes Bun-  
3 desland wirtschaftlicher und kreativer Dynamiken im Zentrum Deutschlands und Eu-  
4 ropas. Um die zukünftigen Herausforderungen bewältigen zu können benötigen wir  
5 ein umfassendes, integriertes Verkehrskonzept.

6

7 Eine intakte Verkehrsinfrastruktur ist notwendige Voraussetzung für Strukturwandel  
8 und wirtschaftliche Prosperität; Mobilität sichert den Menschen auch soziale und kul-  
9 turelle Teilhabe. Mobilität ist eine notwendige Bedingung für Teilhabe am ökonomi-  
10 schen und sozialen Leben. Unser Ziel ist eine bezahlbare und umweltfreundliche Mobi-  
11 lität für alle Menschen zu sichern. Dabei setzen wir auf ein integriertes Verkehrskon-  
12 zept, in dem die Verkehrsträger nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern ge-  
13 mäß den jeweiligen Herausforderungen ihre Bedeutung haben. Unser Ziel ist Mobilität  
14 aus einem Guss, bei der sich die jeweiligen Verkehrsträger sinnvoll ergänzen. Hierbei  
15 soll das HOLM (House of Logistics and Mobility) eine wichtige Rolle spielen.

16

## 17 **Schienerverkehr**

18

19 Die bestehenden Kapazitäten im Schienenverkehr reichen nicht aus, um den zukünftigen  
20 Bedarf im Personen- und Güterverkehr zu bewältigen. Die Kapazitäten müssen  
21 deutlich erhöht werden.

22 Neben der Unterstützung für den Neu- und Ausbau bestehender Verbindungen wer-  
23 den wir die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken prüfen.

24 Der in den letzten Jahren gestiegene Bahnverkehr führt für die Anwohner an den be-  
25 troffenen Strecken durch die Zunahme von Bahnlärm zu gesundheitlichen Beeinträch-  
26 tigungen. Wir werden alle Maßnahmen, auch die Prüfung von Alternativstrecken un-  
27 terstützen, die zur Reduzierung von Bahnlärm führen.

## 28 **Verlagerung von Güterverkehr**

29 Allein von 1992 – 2008 ist der Güterverkehr auf den Straßen um 92% gestiegen. Ir-  
30 gendwann werden die Straßen diese Belastungen nicht mehr bewältigen können. Mit  
31 dem wachsenden LKW-Verkehr steigen auch die gesundheitlichen Beeinträchtigungen  
32 der Menschen. Der steigende Güterverkehr wird die Mobilität von Menschen und Gü-  
33 tern einschränken, wenn wir nicht gegensteuern. Hessen braucht ein Logistikkonzept.

34

35 Wir werden den Ausbau von Güterverkehrszentren und regionalen Logistikzentren  
36 fördern, um möglichst viele Güter auf andere Verkehrsträger wie Schiene und Wasser  
37 zu lenken. Insbesondere ist hier ein Angebot für kleine und mittlere Unternehmen zu  
38 machen.

39

## 40 **Ballungsraum und ländlicher Raum**

41 Die regionale Verflechtung bestimmt das Verhältnis von Wohnen, Arbeiten und Frei-  
42 zeit. Die große Herausforderung ist, dass sowohl im Ballungsraum wie auch in den  
43 Kommunen auf dem Land die Menschen ihre Arbeitsplätze in zumutbaren Zeiten und

1 zu bezahlbaren Konditionen erreichen und ihr Alltagsleben meistern können. So muss  
2 eine angemessene Grundversorgung vor Ort erhalten bleiben. Auch dürfen fehlende  
3 Verkehrsanbindungen nicht dazu führen, dass Bildungschancen beeinträchtigt werden.

4 Die verschiedenartigen Herausforderungen verlangen unterschiedliche Antworten. Wir  
5 setzen im Ballungsraum auf einen leistungsstarken ÖPNV, um hier Mobilität zu ge-  
6 währleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass der ländliche Raum aus den Großstadtregi-  
7 onen auch spät abends noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden kann.  
8

9 Um die Mobilität vom ländlichen Raum in den Ballungsraum zu gewährleisten, ist eine  
10 bessere Verzahnung der verschiedenen Verkehrsträger notwendig, die das Umsteigen  
11 von einem Verkehrsträger auf den anderen erleichtern. Daher werden wir z.B. den Aus-  
12 bau der „Park and Ride“ und Mitfahrer-Parkplätze forcieren.

13 Im ländlichen Raum werden wir innovative Konzepte, wie zum Beispiel die Einrichtung  
14 von Bürgerbussen, wenn dies vor Ort gewünscht wird, unterstützen.

15

## 16 **Hessische Verkehrsverbünde**

17 Die hessischen Verkehrsverbünde haben in der Vergangenheit wesentlich dazu beige-  
18 tragen, vor Ort ein qualitativ hochwertiges ÖPNV Angebot vorzuhalten. Die Verbünde  
19 können die Situation vor Ort am besten beurteilen und zielgenaue Lösungen anbieten.  
20 Wir werden daher die bewährte Struktur der hessischen Verkehrsverbünde beibehal-  
21 ten.

22

## 23 **Sanierungsstau abarbeiten**

24 In Hessen ist unter CDU/FDP Verantwortung aufgrund von unterlassenen Sanierungs-  
25 maßnahmen ein riesiger Sanierungsstau im Bereich der Verkehrsinfrastruktur entstan-  
26 den. Wenn wir hier nicht gegensteuern, hinterlassen wir nachfolgenden Generationen  
27 einen unverantwortlichen Werteverzehr bei der Infrastruktur. Hier müssen zukünftig  
28 Prioritäten gesetzt werden.

29 Zur Finanzierung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen ist eine Ausweitung der  
30 LKW Maut auf alle Straßen notwendig. Ein LKW verursacht im Bereich der Straßeninf-  
31 rastruktur Schäden im Gegenwert von 60000 PKW. Nach dem Verursacherprinzip ist es  
32 folgerichtig, den Verursacher stärker als bisher an den Sanierungskosten zu beteiligen.  
33 Eine LKW Maut auf allen Straßen wird auch dazu führen, dass die ärgerlichen Aus-  
34 weichverkehre zukünftig entfallen.

35

## 36 **Menschen bei Infrastrukturmaßnahmen mitnehmen**

37 Die Beteiligung der Menschen vor Ort im Vorfeld des Planungsprozesses von Infra-  
38 strukturmaßnahmen kann die Akzeptanz der jeweiligen Maßnahme erhöhen. Ziel  
39 muss sein, die immer häufiger auftretenden Konflikte zwischen der Politik und den  
40 Bürgern zu entschärfen. Für uns steht eine umfassende Beteiligung der betroffenen  
41 Bürgerinnen und Bürger nicht unbedingt im Gegensatz zu kurzen Planungs- und Bau-  
42 zeiten; im Gegenteil: Umfassende Information und Beteiligung im Vorfeld der Maß-  
43 nahme kann spätere langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen ersparen.

44

## 1 **Lärmschutz**

2 Der Verkehr in Hessen muss leiser werden. Wir werden uns für Lärmreduktion durch  
3 alle technisch möglichen Maßnahmen und Betriebsweisen in allen Verkehrsbereichen  
4 einsetzen, die den Lärm weitest möglich reduzieren. Maßnahmen zur Verringerung der  
5 sonstigen Emissionen von Verkehr (CO<sub>2</sub>, Luftschadstoffe) werden wir unterstützen.

6 Lärm spielt als Gesundheitsrisiko eine bedeutende Rolle. Das gilt insbesondere für den  
7 Frankfurter Flughafen, die Bahnstrecke im Mittelrheintal und den LKW-Verkehr. Wir  
8 setzen uns dafür ein, dass Lärmverursacher für einen ausreichenden Lärmschutz sorgt.  
9 Aktiver Lärmschutz hat bei uns Vorrang vor Maßnahmen des passiven Schallschutzes.

10

11

## 12 **Regionalflughafen Kassel-Calden**

13 Der im April 2013 fertig gestellte ausgebauten Regionalflughafen Kassel-Calden, zu dem  
14 sich die Region nach wie vor bekennt - ist ein wichtiger Baustein für die nordhessische  
15 Verkehrsinfrastruktur. Um die Wirtschaftlichkeit des Flughafen Kassel-Calden zu erhö-  
16 hen, werden wir den vom Hessischen Landtag gefassten Beschluss umsetzen und mit  
17 der Wirtschaft, der Universität Kassel und dem HOLM ein Konzept zur Ansiedlung für  
18 luftfahrtaffine technologieorientierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen  
19 entwickeln.

20

## 21 **Verkehrssicherheit**

22 Die Verbesserung der Verkehrssicherheit war kein Schwerpunkt der schwarz-gelben  
23 Landesregierung; in vielen Regionen Hessens sind die Unfallzahlen und auch die Zahl  
24 der Verkehrstoten erstmals seit langem wieder angestiegen. Wir werden die Ursachen  
25 analysieren und alles tun, die Verkehrsunfälle und ihre Folgen zu reduzieren.

26

## 27 **Fahrradverkehr**

28 Immer mehr Menschen begeistern sich für das Radfahren. Auch unter Umweltaspekten  
29 kommt dem Radverkehr eine zunehmende Bedeutung zu. Unsere Zielvorgabe ist Rad-  
30 fahren unter guten Verkehrsbedingungen auf einem sicheren und attraktiven Radwe-  
31 genetz in Hessen zu ermöglichen. Hierbei setzen wir auf die Verbesserung der Beleuch-  
32 tungssituation, der Fahrbahndecken und den Ausbau von Fahrradabstellanlagen. Wir  
33 werden kontinuierlich das Radwegenetz in Hessen ausbauen und für eine bessere Be-  
34 schilderung sorgen. Wir unterstützen die Nutzung von Elektrofahrrädern (Pedelecs)  
35 unter anderem durch den Ausbau von Ladestationen.

36

## 37 **Fußgängerinnen und Fußgänger**

38 Fußgängerinnen und Fußgänger haben im Verkehrssystem die geringste Lobby, umfas-  
39 sen aber meist gerade die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer wie  
40 Kinder und ältere Menschen. Fast die Hälfte der Todesfälle bei Kindern ist auf solche  
41 Verkehrsunfälle zurückzuführen. Fußgängerzonen und Wege dürfen nicht länger als  
42 Restfläche von Auto- und Fahrradwegen betrachtet werden. Wir wollen eine Stadtpla-  
43 nung in der der Fußverkehr einen Anspruch auf kurze, logische und sichere Wege hat,  
44 die miteinander verbunden und allein dem Fußverkehr vorbehalten sind.

## 1 Flughafen Frankfurt

2 Bei ihren Entscheidungen über die Entwicklungen des Frankfurter Flughafens hat sich  
3 die hessische SPD immer von der Idee einer nachhaltigen zukunftsfähigen Entwicklung  
4 leiten lassen, bei der ökonomische, ökologische und soziale Ziele zusammengeführt  
5 werden. Wir wollen eine leistungsstarke Wirtschaftsstruktur mit einer positiven Ent-  
6 wicklung guter Arbeit und gute Lebensqualität. Deshalb haben wir die abgewogene  
7 Entscheidung der Mediationsgruppe zur Entwicklung des Frankfurter Flughafens be-  
8 grüßt und als einzige Partei bis heute mitgetragen und verteidigt.

9 Die Mediationsgruppe hatte ein fünf Aspekte umfassendes Gesamtpaket vorgelegt. Es  
10 bestand aus den Komponenten Optimierung des Systems, Kapazitätserweiterung  
11 durch Ausbau, Nachtflugverbot, Anti-Lärm-Pakt und dem Regionalen Dialogforum.

12 Weil eine Mehrbelastung durch die neue Landebahn absehbar war, hätten aus unserer  
13 Sicht schon vor Jahren bereits mit dem Beginn des Ausbaus die Lärmschutzmaßnah-  
14 men in Gang gesetzt und Transparenz über die Flugrouten hergestellt werden müssen.

15 Deshalb hat für uns jetzt der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor der Lärmbelastung  
16 Priorität. Das betrifft nicht nur die Landespolitik. Wir wollen ein gesamteuropäisches  
17 Flughafensystem ebenso wie eine bundesdeutsche Lärmschutzgesetzgebung, die die  
18 Nachtstunden besser schützt.

19 Kern des Ausgleichs für die zunehmende Gesamtzahl der Flugbewegungen und die  
20 damit verbundene Lärmbelastung ist ein absolutes Nachtflugverbot zwischen 23 und 5  
21 Uhr. Für diese Zeit dürfen keine Flüge geplant werden. Darüber hinaus wollen wir die  
22 Kontingentierung von Fluglärm und lokale Lärmobergrenzen. Auch müssen die sensib-  
23 len Tagesrandstunden weiter entlastet werden.

24 Wir wollen den Vorrang von aktivem vor passivem Schallschutz. Die lärmabhängigen  
25 Landegebühren müssen ständig weiter angepasst, besonders laute Flugzeugtypen  
26 gänzlich von Frankfurt ferngehalten werden. Auch Flugverfahren und Routen müssen  
27 in Hinblick auf Lärmschutz optimiert werden. Wir wollen passiven Schallschutz für die  
28 gesamten betroffenen Gebäude und ein Immobilienmanagement für besonders Be-  
29 troffene sowie eine Ausweitung des CASA-Programms. Für soziale Einrichtungen wol-  
30 len wir ein Lärmschutzsofortprogramm.

31 Die Lärmschutzstudie NORAH soll belastbare Daten für eine Weiterentwicklung des  
32 Lärmschutzes liefern.

## 5. Solidarisches Zusammenleben und Gleichberechtigung

### 14 Jahre lila Pause unter Schwarz-Gelb

Nach wie vor werden Frauen in wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft benachteiligt. Die CDU-geführte Landesregierung hat in den letzten 14 Jahren dafür gesorgt, dass sich daran nichts ändert: Die Frauenförderung wurde weiter zurückgefahren. Angebote zum Wiedereinstieg in den Beruf wurden gestrichen. Beratungs- und Hilfsangebote wie Frauenhäuser und Schwangerenkonfliktberatung wurden massiv gekürzt. Die CDU hält im Bund wie in Hessen weiter an der „Versorgerehe“ fest, wie sich etwa an der neuen Arbeitsmarkt-Fernhalteprämie, dem Betreuungsgeld, zeigt.

### Ein neuer frauenpolitischer Aufbruch für Hessen

Ein Schlüssel zum solidarischen Zusammenleben aller Menschen in Hessen ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Abbau von Diskriminierung.

Unsere Gesellschaft benötigt eine stärkere Erwerbstätigkeit von Frauen in allen Bereichen, um zukunftsfähig zu bleiben. Unser Sozialstaat verlangt dies bereits von den Frauen, wollen sie nicht der Gefahr der Altersarmut ausgesetzt sein. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie setzt eine partnerschaftliche, egalitäre Aufgabenteilung in der Ehe voraus. Wir nehmen nicht länger hin, dass familienbedingte Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit und Minijobs das Armutsrisiko von Frauen erhöhen.

Nach wie vor verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit fast ein Viertel weniger als Männer. Wir stehen zum Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.“ In Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Tarifparteien werden wir Kampagnen für Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern und für mehr Frauen in Führungsfunktionen durchführen.

Das Ehegattensplitting in seiner jetzigen Form ist das Gegenteil moderner Familienpolitik. Von ihm profitieren hauptsächlich Gutverdiener-Ehen mit traditioneller Rollenteilung. Alleinerziehende, Kinder und gleichverdienende Ehepaare mit gleichem Einkommensniveau gehen leer aus. Wir setzen uns für die Abschaffung des Ehegattensplittings und für die Verwendung der freiwerdenden Mittel für Bildung und Kinderbetreuung ein.

Wir unterstützen eine bessere Entlohnung in den typischen „Frauenberufen“. Die von der SPD geforderte Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns wird vor allem im von Frauenarbeit dominierten Niedriglohnssektor den schlimmsten Auswüchsen einen Riegel vorschieben.

Wir wollen eine emanzipative Frauenpolitik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit sorgt. Die Frauenperspektive muss in allen Politikbereichen eingebracht werden und erkennbar sein. Frauenpolitik ist Querschnittsaufgabe, Frauenförderung ist Führungsaufgabe. Wir stehen hinter der Gleichheitspolitik der EU und unterstützen die Strategien des Gender-Mainstreaming und des Gender-

1 **Budgeting** in der Landespolitik sowie eine geschlechtersensible Haushaltsführung in  
2 Kreisen und Kommunen.  
3

4 Wir setzen uns auch zukünftig dafür ein, dass das alte Rollenbild in der Gesellschaft  
5 aufgebrochen wird. Ohne die Änderung der gesellschaftspolitischen und gesetzlichen  
6 Rahmenbedingungen kann Diskriminierung nicht überwunden werden. Im ständigen  
7 Dialog mit den in den Verbänden, Gewerkschaften, Kommunen und Institutionen akti-  
8 ven Frauen wollen wir eine Wahl- und Gestaltungsfreiheit von Frauen für alle Phasen  
9 des Lebensverlaufs erreichen.

10 Wir stärken Mädchen in Schule und Ausbildung durch intensive und niedrigschwellige  
11 Beratung. Wir fördern eine emanzipatorische Jugendarbeit für Mädchen, weil zur Per-  
12 sönlichkeitsentwicklung junger Frauen geschützte Räume notwendig sind und fördern  
13 eine Jungenarbeit, die frühzeitig überkommene Geschlechterklischees aufbricht.

14 Dies beinhaltet auch, dass wir dafür Sorge tragen, dass Männer bislang weiblich ge-  
15 prägte Berufe der Erziehung und Pflege ergreifen.  
16

17 In vielfältigen Einzelmaßnahmen wollen wir die Entscheidungsfreiheit von Frauen in  
18 besonderen Lebenssituationen erhöhen. Wir wollen den Wiedereinstieg in den Beruf  
19 nach Pflege- oder Erziehungsphasen erleichtern. Die berufliche Förderung von Frauen  
20 in ländlichen Regionen unterstützen wir. Wir helfen Frauen mit Behinderung bei der  
21 Schaffung von barrierefreien Arbeitsplätzen. Und wir erarbeiten ein Integrationspro-  
22 gramm, das die speziellen Lebenslagen von zugewanderten Frauen und Mädchen be-  
23 rücksichtigt und sie durch Sprach- und Integrationskurse unterstützt. Insgesamt för-  
24 dern wir Frauenbildungsprojekte und Frauennetzwerke auf verlässlicher Basis.

25 Wir werden das Hessische Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) wieder zu einem zeitge-  
26 mäßigen Instrument der qualitativen Frauenförderung und Personalplanung im öffentli-  
27 chen Dienst machen. Die Vorschriften müssen verbindlicher werden und den Frauen-  
28 beauftragten konkrete Sanktionsmöglichkeiten eröffnen. Eine Stärkung der Frauenbe-  
29 auftragten, eine angemessene Ausstattung sowie Kontrollmechanismen müssen im  
30 HGIG festgeschrieben und der Geltungsbereich des Gesetzes erweitert werden.  
31

32 Wir wollen, dass bei der Besetzung von allen Gremien Frauen entsprechend repräsen-  
33 tiert sind. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Einführung einer gesetzlicher Frau-  
34 enquoten in Aufsichtsräten und Vorständen ein. Zur Erhöhung des Frauenanteils in  
35 Kommunalparlamenten wollen wir Möglichkeiten zur Einführung von Frauenquoten  
36 im Kommunalwahlgesetz überprüfen.  
37

38 Die paritätische Besetzung von Positionen ist gleichzeitig auch integraler Bestandteil  
39 unserer Regierungspolitik. Wir sind uns als SPD unserer eigenen Vorbildfunktion be-  
40 wusst und werden daher unseren Anspruch bei der eigenen Besetzung von politischen  
41 Ämtern, Gremien, öffentlichen Aufsichtsräten und wichtigen Positionen entsprechend  
42 umsetzen.

43 Obwohl der Anteil von Frauen an den Studierenden ständig gestiegen ist, sind Profes-  
44 sorinnen immer noch eher Ausnahme denn Regel. Wir werden weibliche Führungskräfte  
45 an den hessischen Hochschulen gezielt fördern.  
46

47 Wir bekämpfen Gewalt gegen Frauen konsequent. Wir treten für einen Rechtsanspruch  
48 für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder auf Schutz, Zuflucht, Beratung und Un-  
49 terstützung ein. Wir wollen mehr Präventions-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die  
50 sich mit Gewalt gegen Frauen befasst. Unser Augenmerk gilt auch den von Gewalt be-

1 getroffen Frauen und Mädchen mit Behinderung. Polizeibeamtinnen und -beamten  
2 wollen wir für Maßnahmen zur Verhinderung von häuslicher Gewalt qualifizieren. Wir  
3 werden die Genitalverstümmelung bei Frauen konsequent bekämpfen und vermehrte  
4 Hilfsangebote für Opfer von Menschenhandel bereitstellen. Wir stehen zu einer ausrei-  
5 chenden Finanzierung des Unterstützungssystems.  
6

## 1 **6. Für ein tolerantes Hessen**

2  
3 Hessen hat lange genug unter einer Politik der Intoleranz gelitten. Die Ablehnung von  
4 Minderheiten ist Stilmittel der konservativ-liberalen Landesregierung gewesen. Damit  
5 wird Schluss sein.

6  
7 Wir wollen eine Politik der Toleranz in Hessen. Deshalb streiten wir für eine weltoffene  
8 Haltung gerade in Fragen der sexuellen Identität. Eine SPD geführte Landesregierung  
9 wird einen Aktionsplan gegen sexuelle Diskriminierung in Hessen einführen. Es ist die  
10 Aufgabe moderner Gesellschaften, Diskriminierungen und Ausgrenzungen aufgrund  
11 von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, Lebensweise, ethnischer Herkunft und Welt-  
12 anschauung entgegenzuwirken. Hessen als eine der führenden Regionen Europas muss  
13 wieder tolerant und weltoffen geführt werden. Und dafür steht die SPD.

14  
15 Wir stehen für eine tolerante und offene Gesellschaft, in der die Menschen ihr Leben  
16 unabhängig von ihrer sexuellen Identität gleichberechtigt gestalten können. Deshalb  
17 werden wir uns für eine Gleichbehandlung aller Lebensgemeinschaften stark machen.  
18 Das gilt auch für die hessischen Beamtinnen und Beamten. Der Familienzuschlag muss  
19 seit Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes 2001 rückwirkend gewährt werden.

20  
21 Eine SPD geführte Landesregierung wird sich zudem für eine Ergänzung des Antidis-  
22 kriminierungsartikels 3 Abs. 3 des Grundgesetzes, sowie Art. 1 des Hessischen Verfas-  
23 sung um dem Zusatz „der sexuellen Identität“ einsetzen.

24  
25 Die hessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für Weltoffenheit  
26 und Menschenrechte. Deswegen ist es selbstverständlich, dass wir uns der Berliner Ini-  
27 tiative zur Rehabilitation der Menschen, die nach 1945 nach dem § 175 StGB verurteilt  
28 worden sind, anschließen werden.

29  
30 Die Grundlagen für ein tolerantes Miteinander werden früh gelegt. In den Schulen sol-  
31 len alle Lebensweisen wertneutral vermittelt werden, mit dem Ziel sexuelle Diskrimi-  
32 nierung zu ächten. Zur sozialen Kompetenz gehört die Fähigkeit, unterschiedliche Le-  
33 bensentwürfe, Beziehungsformen und sexuelle Identitäten zu akzeptieren. Wir werden  
34 hier die Umsetzung der Bildungs- und Unterrichtsrichtlinien zum Thema „Homosexua-  
35 lität“ einleiten. Hierbei setzen wir gleichermaßen auf die Förderung der Zusammenar-  
36 beit und Vernetzung zwischen Schulen, Universitäten, Organisationen, Jugendhilfe und  
37 Eltern. Weiterhin wollen wir eine qualifizierte Ansprechperson für Schülerinnen und  
38 Schüler in den Schulen. Daher wollen wir verpflichtende Fortbildung für Lehrerinnen  
39 und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen und So-  
40 zialpädagogen. Ferner werden wir für eine frühkindliche weltoffene Wertevermittlung  
41 sorgen.

42  
43 Wir wollen Beratungsangebote bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei Arbeitslo-  
44 sigkeit und zur Erlangung beruflicher Selbstständigkeit fördern.

45  
46 Wir werden uns zudem für ein würdiges Leben im Alter für Lesben, Schwule, Bisexuelle  
47 und Transgender (LSBT) einsetzen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen im Alter  
48 auf Grund ihrer sexuellen Orientierung wieder diskriminiert werden.

49

1 Regenbogenfamilien sind in Hessen keine Ausnahme, in der Bundesrepublik Deutsch-  
2 land gibt es derzeit rund 700 000 Kinder in LSBT Familien. Die Stiefkindadoption er-  
3 möglicht den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern Verantwortung für ein Kind zu  
4 übernehmen. Leider gibt es immer wieder Hindernisse für LSBT Familien in unserer Ge-  
5 sellschaft. Auch eine normale Adoption ist derzeit nicht möglich, deshalb brauchen wir  
6 ein volles Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartner.  
7  
8 Darüber hinaus wird sich eine SPD geführte Landesregierung dafür einsetzen, die voll-  
9 ständige Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe zu erreichen. Die SPD  
10 setzt sich für die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare ein. Ehe – als  
11 gesellschaftliche Institution und Organisation des Zusammenlebens – muss heterose-  
12 xuelle wie homosexuelle Paare umfassen.  
13  
14

## 1 **7. Weltoffenes Hessen**

### 3 **14 Jahre vergebene Chancen für die Integration**

4 Integrationspolitik reduziert sich unter der amtierenden Landesregierung auf eine Mi-  
5 schung aus einzelnen Schaufensterprojekten bei gleichzeitiger Stagnation in den zent-  
6 ralen Bereichen. Beispielhaft hierfür sind etwa die „Modellregionen Integration“. Die  
7 vielleicht positiven Erkenntnisse aus den Modellregionen können nur dann hilfreich  
8 sein, wenn sie in eine langfristige Politik umgesetzt werden und Kommunen und freie  
9 Träger finanziell vom Land dabei unterstützt werden. All dies ist in Hessen nicht er-  
10 kennbar. Die Integrationspolitik der Landesregierung ist auf medienwirksame Projekt-  
11 finanzierung beschränkt, es geht mehr um Eigenvermarktung als um dauerhaften Er-  
12 folg. Die ausländerfeindliche Kampagne der Hessen-CDU von 1999, an der sich auch  
13 der amtierende Ministerpräsident beteiligt hat, bleibt unvergessen.

14 Die endlosen Verzögerungen bei der Einführung des bekenntnisorientierten islami-  
15 schen Religionsunterrichts zeigen beispielhaft die Handlungsunfähigkeit der Landesre-  
16 gierung in Integrationsfragen auf. Insbesondere der starke rechtskonservative Flügel  
17 der Hessen-CDU stemmt sich gegen nahezu jede Maßnahme für erfolgreiche Integrati-  
18 on in Hessen und hängt wie ein Klotz am Bein einer offenen Gesellschaft.

### 20 **Mehr Integration für Hessen - Unser Grundverständnis**

21 Integration ist eine Aufgabe, die sich nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund  
22 stellt – alle Menschen sehen sich vor der Aufgabe, einen eigenen Platz in unserer Ge-  
23 sellschaft zu finden.

24 Bezogen auf Migration ist Integration die Verständigung und der Interessenausgleich  
25 zwischen lang ansässiger Bevölkerung und den in sich wiederum sehr unterschiedli-  
26 chen Gruppen von Zuwanderern über die Grundlagen, Formen und Regeln des Zusam-  
27 menlebens. Ihre Grundlagen sind Gleichberechtigung, Toleranz, gegenseitiger Respekt  
28 und die Anerkennung von eigenständiger kultureller Identität und Diversität.

29 Menschen mit Migrationshintergrund müssen die Chance zur gleichberechtigten akti-  
30 ven Teilhabe am gesamten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Le-  
31 ben der Gesellschaft auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen haben. Unser  
32 Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammen-  
33 leben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund in  
34 einer am Grundgesetz ausgerichteten Rechts- und Wertegemeinschaft.

35 Integration ist keine Einbahnstraße. Damit Integration gelingt, sind beide Seiten in der  
36 Verantwortung. Sie müssen die Voraussetzungen für Austausch und Teilhabe Aller  
37 gemeinsam schaffen. Integration ist also ein wechselseitiger Prozess, der alle Teile der  
38 Bevölkerung und alle gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen, Institutionen und Or-  
39 ganisationen erfassen muss.

40 Die meisten Probleme, denen sich Menschen mit Migrationshintergrund konfrontiert  
41 sehen und die das gleichberechtigte Zusammenleben nach wie vor erschweren, ent-  
42 springen deren sozioökonomischer und soziokultureller Lage. Dies ist bedeutsam für  
43 die Frage des richtigen Ansatzes einer sinnvollen Integrationspolitik.

1 Zur konsequenten Umsetzung unserer integrationspolitischen Konzepte wollen wir  
2 eine verbindliche landesgesetzliche Grundlage schaffen.

3

#### 4 **Integration durch Bildung und Sprache**

5 Unsere Integrationspolitik setzt einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen.  
6 Möglichst frühe und individuelle Förderung von Kindern in gut ausgestatteten Einrich-  
7 tungen der frühkindlichen Betreuung, Erziehung und Bildung ist eine wesentliche Vor-  
8 aussetzung dafür, dass späterer Bildungsmisserfolg vermieden werden und jedes Kind  
9 seine Begabungen und Neigungen voll entfalten kann. Wir unterstützen deshalb den  
10 **verstärkten und möglichst frühen Besuch von Kindern mit Migrationshintergrund in**  
11 **Einrichtungen der frühkindlichen Bildung.** Er ist sowohl unter dem Aspekt der sozialen  
12 Integration als auch unter dem Aspekt des zukünftigen Bildungserfolgs dringend er-  
13 forderlich. Wir wollen die gezielte Ansprache und verstärkte Beratung der Eltern und  
14 verbesserte Eltern- und Familienbildung und eine stärkere Einbeziehung der Eltern in  
15 die Arbeit der Einrichtungen anregen.

16 In Hessen gibt es eine Vielzahl von Kindern aus unterschiedlichen Herkunftsländern.  
17 Das gemeinsame Lernen all dieser Kinder in den Kindergartengruppen und Schulklas-  
18 sen ist alltägliche Realität. Deswegen benötigen wir mehr Lehrer und Erzieher, die das  
19 Know How für den täglichen Umgang mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und  
20 Mentalitäten haben. **Wir werden interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit zu**  
21 **einem Schwerpunkt der Lehrer- und Erzieheraus- und -fortbildung machen und An-**  
22 **strengungen unternehmen, um mehr Lehrer/innen und Erzieher/innen mit Migrati-**  
23 **onshintergrund zu gewinnen.**

24 Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für Integrati-  
25 on. Unser Ziel ist es, dass **Angebote zur Sprachförderung für alle Kinder bedarfsgerecht**  
26 **in den Alltag der Kindertagesstätten und der Schuleingangsstufe integriert entwickelt**  
27 **werden.**

28 **Mehrsprachigkeit ist die kulturelle Realität vieler Kinder und der Einrichtungen insge-**  
29 **saamt. Wir betrachten sie nicht als Problem, sondern vorrangig als Chance: Die sichere**  
30 **Beherrschung von zwei Sprachen ist eine wesentliche Ressource für zukünftigen per-**  
31 **sönlichen und beruflichen Erfolg. Wir wollen deshalb, dass Mehrsprachigkeit in der Ar-**  
32 **beit der Einrichtungen nicht lediglich geduldet, sondern ermutigt und gefördert wird.**  
33 **Für die die Fachkräfte in den Einrichtungen wollen wir entsprechende Schulungsange-**  
34 **bote bereitstellen.**

35 Insgesamt wollen wir, dass die pädagogische Praxis in den Einrichtungen auf mehr  
36 **Sprach- und Lesefreude und -kompetenz ausgerichtet wird.**

37 Zentral für das Gelingen von Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrati-  
38 onshintergrund ist ein **Ende der aussondernden, trennenden Schulpolitik von CDU und**  
39 **FDP.** Das SPD-Schulkonzept „Haus der Bildung“ ermöglicht es den Schulen besser, auf  
40 die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund  
41 einzugehen und erleichtert den Übergang von der Kita in die Schule und von der Schule  
42 in den Beruf. Es ermöglicht über ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen  
43 und die Verzahnung mit der Jugendsozialarbeit, alle Kinder zu fördern und Schulabbrü-  
44 che und schulisches Scheitern von vornherein zu vermeiden. Unser Ziel: Kein Kind wird  
45 mehr zurück gelassen.

46

## 1 **Zugangschancen zum Arbeitsmarkt verbessern**

2 Eine weitere zentrale Aufgabe unserer Integrationspolitik ist die **gezielte Förderung**  
3 **von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen** von Jugendlichen und jungen Erwachse-  
4 nen aus Migrantenfamilien. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem erfolgreichen  
5 Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Dabei hilft unser Pro-  
6 gramm "Jugendarbeitslosigkeit Null". Wir forcieren die abschlussorientierte Nachquali-  
7 fizierung so genannter „Altfälle“. Jungen Erwachsenen ohne Schul- oder Berufsab-  
8 schluss wollen wir neue Chance eröffnen, um zum Beispiel einen Schulabschluss nach-  
9 zuholen.

10

11 Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss für die dringend benötigten Personen erleichtert  
12 werden, die ihre Berufsabschlüsse im Ausland erworben haben und nun in Deutsch-  
13 land arbeiten wollen. Das „Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz“ des Bundes, das  
14 für die erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse sorgen soll, ist dabei nur ein  
15 erster Schritt. Eine Anlaufstelle, die Betroffenen erste Informationen und Unterstüt-  
16 zung bietet, fehlt. Wir wollen den Betroffenen auch bei Nichtanerkennung Möglichkei-  
17 ten für die erforderlichen Anpassungs- und Nachqualifizierungsmaßnahmen eröffnen.  
18 Wir setzen uns auf Bundes- und Landesebene für einen Rechtsanspruch auf solche  
19 Maßnahmen und auf Beratung ein. Wir werden analog zum Bundesgesetz zudem Re-  
20 gelungen für die in die Zuständigkeit der Länder fallenden Berufe schaffen.

21

22 Wir setzen uns mit Nachdruck für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein. Der  
23 Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst ist gemes-  
24 sen an ihrem Anteil an der Erwerbsbevölkerung sehr gering. Wenn sie denn in der Ver-  
25 waltung tätig sind, besetzen sie nur sehr selten Führungspositionen. Wir wollen des-  
26 halb, dass Ausschreibungsverfahren entsprechend gestaltet werden und eine Quali-  
27 fizierung des Personals stattfindet.

28

## 29 **Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, Hass und Gewalt konse-** 30 **quent bekämpfen**

31 Das geltende Zuwanderungs-, Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht wirkt nach  
32 wie vor integrationshemmend bzw. –verhindernd. Wir wollen, dass ordnungsbehördli-  
33 che und integrative Maßnahmen so ausgestaltet werden, dass den betroffenen Men-  
34 schen der Zugang erleichtert wird und sie sich willkommen fühlen.

35

36 Diskriminierung, Rassismus, Hass und Gewalt können sich unabhängig vom sozialen  
37 Status gegen jeden Menschen mit Migrationshintergrund richten. Wir werden diskri-  
38 minierende rechtliche und tatsächliche Barrieren für das gleichberechtigte Miteinander  
39 abbauen und fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen in der Bevölkerung  
40 entgegen wirken. Die konsequente Bekämpfung und Verfolgung von Diskriminierung,  
41 Rassismus und Antisemitismus, Gewalt und Terror ist ein elementarer Bestandteil von  
42 Integrationspolitik.

43 Wir werden ein Landesantidiskriminierungsgesetz vorlegen um sicherzustellen, dass  
44 sich Betroffene auch in Bereichen rechtlich besser zur Wehr setzen können, die nicht  
45 vom allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes abgedeckt sind.

46

## 1 **Flüchtlinge**

2 Niemand flieht freiwillig. Viele Menschen verlassen ihr Heimatland, weil sie dort ver-  
3 folgt, misshandelt oder gefoltert werden oder sie vor Bürgerkrieg, Hunger und Natur-  
4 katastrophen oder vor drückender wirtschaftlicher Not flüchten müssen. Die hessische  
5 Flüchtlingspolitik ist jedoch nach wie vor von sehr restriktiven Ansätzen geprägt.

6 Die Residenzpflicht für Asylbewerber hat die Integration bislang stark beeinträchtigt.  
7 Für die Pflege sozialer und familiärer Kontakte oder auch nur für die Teilnahme an ei-  
8 nem Auswärtsspiel des Sportvereins setzt sie mitunter hohe bürokratische Hürden. Wir  
9 setzen uns für länderübergreifende Regelungen sowie eine bundesweite Aufhebung  
10 der Residenzpflicht ein.

11 Gerade beim Personenkreis der Geduldeten handelt es sich vielfach um qualifizierte  
12 Arbeitskräfte, die heute dringend benötigt werden. Ihnen wird derzeit über Jahre der  
13 Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Wir wollen Geduldeten den Zugang zu Beschäfti-  
14 gung erleichtern.

15 Wir wollen Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden entwickeln, die Betroffenen  
16 auch als Servicestelle dienen können. Wir setzen uns außerdem für eine umfassende  
17 Neuregelung des Aufenthaltsrechts ein, die unter anderem auch Langzeitgeduldeten  
18 einen schnelleren Weg zur Erlangung eines rechtmäßigen Aufenthaltstitels ermöglicht.  
19 Nur Menschen, die hier eine verlässliche Perspektive haben, können auch erfolgreich  
20 integriert werden.

21

## 22 **Politische Teilhabe als Schlüssel**

23 Gleichberechtigung setzt politische Teilhabe voraus, durch politische Teilhabe wird  
24 Gleichberechtigung realisiert. Wir wollen das kommunale Wahlrecht für alle hier le-  
25 benden Menschen einführen und die Ungleichbehandlung zwischen EU-Bürgerinnen  
26 und –Bürger und den Ausländern aus Nicht- EU Staaten beenden.

27 Ausländerbeiräte sind als die einzige gewählte und daher demokratisch legitimierte  
28 Vertretung der Menschen ohne deutschen Pass wichtige Ansprechpartner für Politik  
29 und Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für eine Erweiterung der Rechte der Auslän-  
30 derbeiräte in der Hessischen Gemeindeordnung ein. So lange es strukturelle Benachtei-  
31 ligungen und akute Diskriminierungen von Ausländern gibt, sind die Beiräte eine Not-  
32 wendigkeit und ein Element von praktischer politischer Teilhabe.

33 Eine weitere Möglichkeit der politischen Teilhabe ist die Einbürgerung. Nur durch Ein-  
34 bürgerung öffnet sich der Weg zu allen politischen Rechten. Wir ermutigen deshalb  
35 alle Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die ihren Lebensmittelpunkt  
36 auf Dauer in Deutschland sehen, diesen Weg zu gehen. Wir kämpfen dafür, dass die  
37 Hürden auf diesem Weg beseitigt werden, die doppelte Staatsangehörigkeit möglich  
38 gemacht und der Optionszwang abgeschafft wird. Die bisherige Entscheidungspflicht  
39 beim Erreichen der Volljährigkeit bürdet den Jugendlichen unzumutbaren Verwal-  
40 tungsaufwand auf und bringt sie in Loyalitäts- und Identitätskonflikte.

41

## 42 **Der Islam - ein Bestandteil Deutschlands**

43 Der Islam als Religion, die religiösen islamischen Gemeinschaften und Verbände und  
44 die vielen gläubigen Muslime sind für uns ein selbstverständlicher Bestandteil der  
45 deutschen Gesellschaft.

- 1 Wir befürworten die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts als Ausdruck
- 2 der verfassungsrechtlich garantierten Gleichbehandlung aller Religionen durch den
- 3 Staat. Wir wollen durch den Ausbau von Studiengängen für islamische Theologie die
- 4 Ausbildung muslimischer Geistlicher in Deutschland erleichtern.
  
- 5 Gerade im Umgang mit der zunehmenden Zahl älterer muslimischer Migrantinnen und
- 6 Migranten setzen wir uns für mehr interkulturelle Sensibilität bei Krankheit und Pfl-
- 7 gebedürftigkeit ein. Auch bei Bestattungen müssen die jeweiligen kulturellen und reli-
- 8 giösen Überzeugungen akzeptiert werden.

## 1 **8. Hessen international**

### 2 3 **8.1 Europa: Die Krise als Chance begreifen**

4  
5 Die Europäische Union steht heute an einem entscheidenden Wendepunkt ihrer Ge-  
6 schichte. Den europäischen Staaten muss es gelingen, die aktuelle Krise gemeinsam  
7 und solidarisch zu bewältigen, ein Scheitern wäre der Anfang vom Ende der europäi-  
8 schen Idee, würde Europa in seinen Grundfesten erschüttern und somit das Jahrhun-  
9 dertprojekt, das uns eine bisher nie gekannte Periode von Frieden, wirtschaftlicher  
10 Prosperität und sozialer Teilhabe gebracht hat, im Kern gefährden.

11  
12 Wir brauchen daher nicht weniger, sondern mehr Europa, mehr europäische Integrati-  
13 on und mehr Solidarität zwischen den europäischen Staaten. Ein Rückfall in national-  
14 staatliche Egoismen und den Kampf um die Durchsetzung von Einzelinteressen wider-  
15 spricht gerade den deutschen Interessen.

16  
17 Vielmehr müssen wir die Krise als Chance zu begreifen, um gemeinsam mit den euro-  
18 päischen Partnern die Geburtsfehler der Europäischen Union zu beheben und die ge-  
19 meinsame Idee eines vereinten und friedlichen Europas mit neuem Schwung voran-  
20 treiben. Die bestehende Handels- und Währungsunion muss daher endlich auch zu  
21 einer sozialen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Union ausgebaut werden. Bei  
22 diesem Umbau sind die nationalen Parlamente zu beteiligen. Europa wird nur dann  
23 auch zu einem Europa der Menschen werden, wenn soziale Sicherheit und Gerechtig-  
24 keit, zukunfts- und konkurrenzfähige Arbeitsplätze – besonders für alle jungen Men-  
25 schen – sich entwickeln, und es eben nicht als ein Europa der Konzerne und der Fi-  
26 nanzwirtschaft erlebt wird.

27 Bereits heute fußen auch in Hessen zwei Drittel der rechtlichen Vorgaben unseres Ge-  
28 meinwesens auf allen Ebenen auf Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getrof-  
29 fen werden. Europa ist bereits heute weit mehr als ein abstraktes Gebilde, sondern es  
30 hat massiven Einfluss auf unser Leben.

31  
32 Hessen liegt mitten im Herzen der Europäischen Union und ist damit auch aus geogra-  
33 fischer Sicht ein wichtiger Bestandteil Europas. Darüber hinaus kommt dem wirt-  
34 schaftsstarken Land mit seiner verkehrlichen Infrastruktur (Flughafen Frankfurt, Rhein  
35 und Main, Autobahnen), dem Finanzplatz und der Messestadt Frankfurt eine heraus-  
36 gehobene Bedeutung innerhalb der Regionen Europas zu.

37  
38 Unsere Aufgabe ist es, Europa schon heute so zu gestalten, dass Hessen auch zukünftig  
39 eine wichtige Rolle in Europa spielt. Hierbei ist es vor allem dem Vertrag von Lissabon  
40 zu verdanken, dass der Prozess der europäischen Zusammenarbeit in den letzten Jah-  
41 ren deutlich intensiver geworden ist. Mehr Transparenz, eine höhere Effizienz und eine  
42 deutliche Ausweitung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. Europäische  
43 Bürgerinitiative) sind nur einige wichtige Schritte auf dem Weg, den Bürgerinnen und  
44 Bürgern Europa näher zu bringen.

45  
46 Wir setzen uns daher für eine weitere Stärkung der Rolle der Regionen ein. Hierbei  
47 müssen auch zukünftig sowohl die Metropolregionen (Frankfurt Rhein/Main), als auch  
48 die ländlichen Regionen Hessens von den Förderströmen aus Europa profitieren. Die  
49 bestehenden europäischen Förderprogramme müssen zukünftig noch zielgenauer um-

1 gesetzt und auf deren Wirksamkeit auch in Hessen überprüft werden.  
2  
3

## 4 **8.2 Hessische Entwicklungszusammenarbeit**

5 Verantwortung für die Eine Welt lässt sich nicht delegieren. Die SPD in Hessen steht zu  
6 dieser Verantwortung. Entwicklungspolitik ist für uns mehr als humanitäre Verpflichtung.  
7 Sie ist gleichzeitig auch eine ganz spezielle Form von Außenwirtschafts-, Bildungs-  
8 und Umweltpolitik, auch in unserem eigenen langfristigen Interesse.  
9

10 Die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen von 2000 und die Paris-Deklaration  
11 über die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit von 2005 bilden einen wichtigen  
12 Rahmen für die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit des Landes Hessen.

13 Die wesentlichen entwicklungspolitischen Ziele der Millenniumserklärung sind:

- 14 • Bekämpfung von extremer Armut und Hunger
- 15 • Primärschulbildung für alle
- 16 • Gleichstellung der Geschlechter / Stärkung der Rolle der Frauen
- 17 • Senkung der Kindersterblichkeit
- 18 • Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter
- 19 • Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
- 20 • Ökologische Nachhaltigkeit
- 21 • Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

22  
23 In unserer global verflochtenen Welt besteht die Verpflichtung zum Handeln nicht nur  
24 für die Nationalstaaten, sondern auch für die Regionen mit ihren eigenen Stärken und  
25 Kompetenzen, die sie in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen können. Hier  
26 besteht ein großes Know-how in dezentraler Regierungsführung, in der Förderung  
27 wirtschaftlicher Entwicklung, im Bereich Bildung und Ausbildung, in der Zusammenar-  
28 beit mit den Akteuren des privaten Sektors, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft,  
29 sowie in internationalen Kooperationen und Partnerschaften auf regionaler Ebene.  
30

31 Wichtige Handlungsfelder von Entwicklungszusammenarbeit auf hessischer Ebene  
32 liegen in der Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungs-  
33 ländern, in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, in der entwicklungsländerbe-  
34 zogenen Forschung an Hochschulen und in Hochschulkooperationen, in der Förderung  
35 des Engagements der hessischen Zivilgesellschaft und des regional ansässigen privat-  
36 wirtschaftlichen Sektors und seiner Verbände in der Entwicklungszusammenarbeit und  
37 in der Bereitstellung von Know-how im Rahmen der Personellen und Technischen Zu-  
38 sammenarbeit.  
39

40 Die Landesregierung fördert das Entwicklungspolitische Netzwerk. Wir streben eine  
41 enge Zusammenarbeit mit den Akteuren und Initiativen aus Politik, Kirchen, Wirt-  
42 schaft, Gesundheit, Bildung, Kultur und Sport an. Wir wollen die zivilgesellschaftlichen  
43 Ansätze als wichtige Säule der Verständigung fördern und unterstützen.  
44

45 Hessen im Mittelpunkt Deutschlands und Europa ist mit seinen vielen internationalen  
46 Unternehmen eine Drehscheibe der Welt. Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bür-  
47 gern, mit allen Interessierten einen Dialog darüber führen, wie unsere Leitlinien für die  
48 Entwicklungszusammenarbeit des Landes Hessen aussehen sollen.  
49

50 Die Städte und Gemeinden sind hierbei ein wichtiger Partner in der Einen Welt. Keine

1 staatliche Ebene ist so dicht an den Menschen, an ihren Problemen aber auch an ihren  
2 Potenzialen und ihrem Engagement. Kommunen wissen wie Kommunen funktionieren  
3 – wo auch immer auf der Welt. Wir wollen Kommunen fördern und unterstützen, die  
4 diesen Dialog aufnehmen, die Zivilgesellschaft zu gemeinsamen Handeln einladen, die  
5 Verantwortung für die Eine Welt übernehmen. Dazu braucht es Ansprechpartner, die  
6 den Prozess z.B. zur Fairtrade-Kommune oder Millenniumskommune begleiten und  
7 unterstützen.

8  
9 In Hessen leben viele Menschen, die Experten für andere Länder und Kulturen sind. Wir  
10 wollen **Migranten** einladen, gemeinsam mit uns **Brückenbauer** für diese neue Art der  
11 Partnerschaft zu sein.

12  
13 Die Globalisierung bestimmt unser Leben. Wir wollen Kinder und Jugendliche darauf  
14 vorbereiten, in dem wir ihnen das Rüstzeug an Bildung mitgeben, Globalisierung vor  
15 allem auch als Chance wahrzunehmen. Globalisierung, die Zusammenhänge in der  
16 Einen Welt müssen Thema von der Kita bis zur Schule werden.

17  
18 Soziale Gerechtigkeit ist nicht teilbar, nicht bei uns und nicht in anderen Teilen der  
19 Welt. Wir setzen uns ein für wirtschaftliche und sozial gerechte Entwicklung, für eine  
20 humane Arbeitswelt und soziale Absicherung und für gerechte Handelsstrukturen, die  
21 auch der wirtschaftlichen Entwicklung in ärmeren Ländern dienen. Unsere Solidarität  
22 gilt den Menschen weltweit in ihrem Bestreben nach einem Leben in Würde und Ge-  
23 rechtigkeit. Dazu fördern und unterstützen wir nachhaltige wirtschaftliche Entwick-  
24 lung. Hierzu dient auch ein öffentliches Beschaffungswesen, das soziale und ökologi-  
25 sche Faktoren beinhaltet.

26  
27 **Qualifizierung und Bildung** sind Voraussetzungen für wirtschaftliche und soziale Ent-  
28 wicklung jeder Gesellschaft. Wir unterstützen daher alle Anstrengungen der Entwick-  
29 lungsländer hier voran zu kommen: vom Auf- und Ausbau einer gewerblichen Be-  
30 rufsausbildung bis zu Kooperationen zwischen Universitäten.

31  
32

## 9. Natur, Umwelt und Verbraucherschutz

Hessen ist ein bevölkerungsreiches und wirtschaftlich gut aufgestelltes Land. In den vergangenen Jahren wurde von der Landesregierung Umwelt- und Naturschutz gegen Wirtschaftlichkeit und Arbeitsplätze ausgespielt. Oftmals ging es um Einzelinteressen von Unternehmen oder Verbänden. Der Mensch stand dabei im Hintergrund. Das ist der falsche Weg. Wir bringen die wirtschaftliche Stärke, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Interessen Einzelner und Aller in Einklang mit Umwelt- und Naturschutz. Denn nur in einer intakten Umwelt lässt es sich gut und gesund leben.

### 9.1. Naturschutz

Der Natur muss durch Schutz und entsprechende Behandlung wieder zu ihrem Recht verholfen werden. Es darf deshalb keinen Naturschutz nach Kassenlage geben! Ziel muss es sein, Natur und Landschaft sowohl im besiedelten wie auch im unbesiedelten Bereich so zu behandeln, dass die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Vielfalt und Eigenart der Pflanzen- und Tierwelt um ihrer selbst willen, aber auch als Lebensgrundlage des Menschen, nachhaltig gesichert sind.

Der Umgang mit der Natur ist erlernbar. Das Land steht hier in der Pflicht und muss entsprechende Lehr- und Lernprojekte, integriert in Ganztagsangebote und außerschulische Jugendbildung, fördern, um dem Umgang mit Natur und Umwelt den notwendigen Stellenwert zu geben.

Dazu gehört, den ehrenamtlichen Naturschutz zu fördern. Der Schutz der Natur wäre ohne die Arbeit der vielen ehrenamtlich Tätigen bei weitem nicht so weit, wie er heute ist. Diese Arbeit wollen wir unterstützen. Zu dieser Arbeit gehören auch die Beteiligung an Verwaltungsverfahren und das Instrument der Verbandsklage.

Naturschutz und Erneuerbare Energien schließen sich nicht automatisch aus. Wir müssen die möglichen Synergieeffekte des Zusammenspiels von Erneuerbarer Energie und Naturschutz nutzen. Deshalb soll stets geprüft werden, inwiefern Naturschutzprojekte zusammen mit Energieprojekten umgesetzt werden können. Eine Einschränkung des Naturschutzes unter dem Vorwand der Beschleunigung des Netzausbaus darf es nicht geben.

Wir wollen Hessens typische Natur erhalten und dafür ein Landschaftsprogramm auf den Weg bringen. Dazu gehört auch, wichtige Biotope zu bewahren, zu vergrößern und zu vernetzen.

## 1 **9.2. Gesunde Umwelt**

2

### 3 **Wasser**

4 Wasser ist der Ursprung allen Lebens. Der Schutz von Trink- und Grundwasser und al-  
5 len hessischen Gewässern ist eine wesentliche Voraussetzung für eine intakte Umwelt  
6 und eine nachhaltige Wirtschaft. Deshalb werden wir die natürlichen Wasserkreisläufe  
7 wiederherstellen, Fließgewässer wo möglich renaturieren, natürliche Überflutungs-  
8 räume schaffen und einer Versiegelung der Böden entgegenwirken.

9 Wir setzen uns dafür ein, dass die Versalzung von Werra und Weser abgebaut wird.  
10 Dabei achten wir darauf, dass wirtschaftliche Interessen, Arbeitsplätze und der Um-  
11 welt- und Gewässerschutz in Einklang gebracht werden. Eine Pipeline zur direkten Ein-  
12 leitung in die Nordsee, so wie vom Runden Tisch vorgeschlagen - werden wir voran-  
13 bringen.

14 Das Hessische Ried ist für die Trinkwasserversorgung des Rhein-Main-Gebietes seit Jah-  
15 ren notwendig. Das kontinuierliche Absinken des Grundwasserspiegels im Ried mit den  
16 daraus resultierenden Vor- und Nachteilen für die Menschen, die Landwirtschaft und  
17 die Umwelt stellen eine Herausforderung dar, der wir uns stellen und im Benehmen  
18 mit den Betroffenen eine rasche Lösung erarbeiten werden.

19 Die zahlreichen hessischen Seen sind Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen, gleich-  
20 zeitig dienen sie als Naherholungsgebiet für die Menschen. Diesen Einklang werden  
21 wir bewahren und weiter unterstützen.

22

### 23 **Saubere Luft**

24 Eine gesunde Umwelt und saubere Luft zum Atmen sind für uns keine Luxusgüter. Die  
25 öffentliche Hand, die Wirtschaft und jeder Einzelne sind in der Pflicht, dafür zu sorgen,  
26 dass wir saubere Luft zum Atmen auch in unseren Großstädte und Ballungszentren  
27 haben.

28 Wir werden mit verbindlichen Luftreinhalteplänen für eine Verbesserung der Luftquali-  
29 tät sorgen. Um diese Ziel zu erreichen und die Feinstaub- und Stickoxidbelastung zu  
30 verringern, kann die Einrichtung von Umweltzonen eine von mehreren wirksamen  
31 Maßnahmen sein. Sollten Kommunen die Einrichtung von Umweltzonen als Teil ihrer  
32 Luftreinhaltepläne fordern, werden wir diese genehmigen. Weitere wirksame Maß-  
33 nahmen werden wir ebenfalls fördern. Die Landesverwaltung wird mit gutem Beispiel  
34 voran gehen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss der Fahrzeuge im Zuge von Neubeschaffungen  
35 sukzessive senken.

36 Wir werden das Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) weiter stärken, damit  
37 Umweltbelastungen früh erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen können.

38

39

## 40 **9.3. Verbraucherschutz braucht mündige Verbraucher**

41 Wir wollen mündige Verbraucherinnen und Verbraucher, die selbstbestimmt und ei-  
42 genverantwortlich Entscheidungen treffen. Verbraucherberatungsstellen bieten längst  
43 nicht mehr nur Beratung an, sondern sind inzwischen zu Lotsen im Angebots- und Ta-

1 rifdschungel, zu Sensoren für Missstände, zu „interkommunikativen“ Servicestellen,  
2 Kompetenzzentren und Interessenvertretung für Verbraucher/innen geworden.

3  
4 Wir brauchen einen guten Mix aus geeigneten verbraucherpolitischen Instrumenten.  
5 Dabei setzen wir auf Information, Beratung, Bildung und Transparenz. Internetportale,  
6 wie z.B. „Lebensmittelklarheit.de“, sind eine wichtige Informationsquelle und sollten  
7 auch für andere verbraucherpolitisch relevante Themen eingerichtet werden. Die insti-  
8 tutionelle Verbraucherarbeit ist auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen.

9  
10 Das Erlernen eines aufgeklärten Umgangs mit Lebensmitteln beginnt im Kindesalter.  
11 Der Ausbau der Ernährungsbildung an Kindergärten und Schulen ist ein wichtiger Bau-  
12 stein, um die Veränderung von Konsumgewohnheiten zu fördern, Lebensmittelver-  
13 schwendung zu vermeiden und nachhaltigen Konsum zu lernen.

14  
15 Die Verbraucher/innen brauchen Lebensmittelsicherheit von Feld oder Stall bis auf den  
16 Tisch. Für die Durchführung der amtlichen Lebensmittelüberwachung müssen genü-  
17 gend Personal und Sachmittel zur Verfügung stehen.

18  
19 Verbraucher/innen haben ein Recht darauf, über die Ergebnisse der amtlichen Lebens-  
20 mittelkontrollen informiert zu werden. Um dies zu erreichen sprechen wir uns für eine  
21 Hygiene-Kennzeichnung für Gastronomie, Lebensmittelgeschäfte, Märkte, Kantinen,  
22 Caterer, Direktvermarkter und Lebensmittel verarbeitende Betriebe aus.

23

## 24 **Gentechnik**

25 Die landeseigene Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen e.V.“ soll in der gesamten  
26 Produktionskette gentechnikfreie Lebensmittel unterstützen.

27 Der kontinuierliche Ausbau der Verbraucherforschung ist angesichts der fortschreiten-  
28 den Anwendung von Bio-, Gen- und Nanotechnologie in der (Land-)Wirtschaft erforder-  
29 lich.

30

31

32

## 33 **9.4. Tierschutz**

34

### 35 **Vorbeugender Tierschutz – endlich auch in Hessen**

36 Art 20a GG verpflichtet seit über 10 Jahren auch die Länder dazu in ihrem Handeln dem  
37 Staatsziel Tierschutz zu entsprechen. Seitdem hat sich die Situation der Tiere auch in  
38 Hessen nicht grundlegend verbessert: Die Forderungen des Tierschutzes erhalten zwar  
39 gelegentliche politische Unterstützung, aber an für die Tiere fühlbaren Fortschritten  
40 fehlt es auch und gerade in Hessen an vielen Stellen.

41 Der karitative Tierschutz hat auch in Hessen einen Großteil öffentlicher Tierschutz-  
42 pflichten übernommen, beispielsweise durch seine Tierheime. Da es bis heute an je-  
43 dem ordnungspolitischen Ansatz für präventiven Tierschutz fehlt, führt dies auch in  
44 Hessen dazu, dass die systematische Überforderung des ehrenamtlichen Tierschutzes  
45 dessen Arbeit schrittweise zerstört. Das Land Hessen hat also allen Grund, sich endlich

1 wieder gewissenhaft seiner Verantwortung für das Staatsziel Tierschutz anzunehmen  
2 und mit eigenständiger Tierschutzpolitik die Weichen in diesem Bereich neu zu stellen.

3 Der verantwortungsbewusste Umgang mit Tieren ist unverzichtbarer Bestandteil der  
4 ethischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Wir werden uns dafür einsetzen,  
5 dass der Tierschutz nicht nur in den Lehrplänen steht. Ein Programm zur Ausbildung  
6 von sog. Tierschutzpädagogen soll dies sicherstellen.

7 Wir setzen uns weiterhin für ein **bundesweites Wildtierverbot im Zirkus** ein. Auf Lan-  
8 desebene werden wir nach einer Regelung suchen, die sicherstellt, dass Amtsveterinäre  
9 die Zeit haben die Zirkustierhaltung zu überwachen, dem Zirkuszentralregister zuzuar-  
10 arbeiten sowie Sicherstellungen zu verfügen, ohne dass die zuständige Kommune allein  
11 für die Sicherstellung des Zirkustieres aufzukommen hat.

12 **Vorbeugende Tierschutzpolitik** nutzt den betroffenen Tieren besser als jede Nachsor-  
13 gemaßnahme und entlastet die Tierheime: Neben der Stärkung der Halterverantwor-  
14 tung im Bereich der Hunde tragen wir dafür Sorge, dass das Wissen rund um die Klein-  
15 tierhaltung verbreitert wird. Wir wollen eine landesweite Musterregelung, zu welchen  
16 Kosten die Kommunalaufgabe der Fundtierunterbringung auf Einrichtungen des Tier-  
17 schutzes übertragen wird.

18 Um die Aspekte der Öffentlichen Sicherheit, des Schutzes von Menschen und anderen  
19 Tieren ebenso wie die Tierschutzrechte von Hunden in bestmöglicher Form in Einklang  
20 zu bringen und für Frieden zwischen Hundebesitzern und Nichthundebesitzern zu sor-  
21 gen, werden wir unseren Gesetzentwurf für ein **Hessisches Hundegesetz** erneut in den  
22 Landtag einbringen.

23

## 24 **Tierschutzstiftung**

25 Wir sprechen uns dafür aus, im Einvernehmen zwischen der Landesregierung, den Tier-  
26 züchtern, Tierhändlern, der Futtermittelindustrie und hessischen Kommunen ein trag-  
27 fähiges und nachhaltiges Konzept zu erarbeiten, wie Tierheimen stärker als bisher ge-  
28 helfen werden kann, sowie eine Stiftung einzurichten, mit deren Erträgen die Tierhei-  
29 me unterstützt werden können.

30

## 31 **Tierschutzgerechte Nutzung und Haltung**

32 Wir setzen uns dafür ein, die **Überwachung von Tiertransporten** praktisch sicherzustel-  
33 len, durch eine bessere Ausstattung und durch eine Zusammenarbeit der Behörden.  
34 Wir wollen dass sich die kommunale Überwachung und ihre „Hilfe an den Transport-  
35 tieren“ für die Kommunen auch rechnet und illegale Tiertransporte für die Unterneh-  
36 men uninteressant werden.

37 Wir werden uns mit einem nachvollziehbaren Stufenplan dafür einsetzen, dass die  
38 hessische Masttierhaltung und Tierzucht **tierschutzgerechte Haltungsformen** anstee-  
39 ern, wie bspw. mehr Förderung für die Tierhaltung auf Stroh sowie den Ausstieg aus  
40 Fleisch-Qualzuchten.

41 **Tierschutzgerechtes Schlachten** ist uns nicht nur am Beispiel des Schächtens von Inte-  
42 resse. Tierschutzwidrigem Schlachten muss auch entgegen getreten werden, wenn es  
43 um Transportwege geht und/oder wenn der Zeitdruck in Großschlachthöfen zur Folge  
44 hat, dass Fehlbetäubungen vorkommen. Dies werden wir mit angemessenen Vorgaben  
45 und Sicherstellung der Überwachung unterbinden. Unsere Haushaltsanträge zur stel-  
46 lenmäßigen Verstärkung der Lebensmittel- und Tierschutzüberwachung durch die

1 Landkreise werden wir in der Regierungsverantwortung in die Praxis umsetzen. Zusätz-  
2 lich soll das Modell von Tierschutzinspektoren aus den Reihen anerkannter hessischer  
3 Tierschutzorganisationen geprüft werden.

4 Neben den Interessen der Waldwirtschaft, der Landwirtschaft und des Jagdpachtwe-  
5 sens betrifft die Jagd ebenso stark Gesichtspunkte des Tierschutzes. Wir werden uns  
6 dafür einsetzen, dass das hessische Jagdrecht einen grundrechtskonformen Abgleich  
7 aller Interessensaspekte vornimmt und den Tierschutz nicht vernachlässigt.

8

## 9 **Tierversuche**

10 Wir streben einen schrittweisen Ersatz von Tierversuchen durch alternative Versuchs-  
11 anordnungen an. Hierzu werden wir eine zentrale Sammlung alternativer Versuchs-  
12 formen unterstützen und bewerben. Weiterhin werden wir eine Professur speziell für  
13 das Gebiet Tierversuche und alternative Versuchsformen schaffen. Bis dahin wollen wir  
14 eine paritätische Besetzung der Ethikkommissionen durch Tierschützer und Tiernutzer  
15 gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung sowie eine Berufungsstelle für ein-  
16 vernehmliche Voten gegen einen Tierversuch.

17

## 18 **Mitwirkungsrechte für Tierschutzverbände und Tierschützer**

19 Dem Tierschutz fehlt bis heute das Verbandsklagerecht. Vor diesem Hintergrund wer-  
20 den wir unseren mit den Verbänden entwickelten Gesetzentwurf für ein Gesetz über  
21 das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzverbände (Tier-  
22 schutzVMGHessen) erneut in den Hessischen Landtag einbringen.

23 Es wird geprüft, die Rechte der Landestierschutzbeauftragten und des Landestier-  
24 schutzbeirates zu erweitern, weiterhin, die mündliche Einbringung des jährlichen Tier-  
25 schutzberichts ins Parlament und die Ausgestaltung einer Clearingstelle für Tierschutz-  
26 kontrollkonflikte.

27

28

## 29 **9.5. Landwirtschaft und Forsten**

30

### 31 **Forstwirtschaft**

32 Hessen-Forst hat sich zu einem Wirtschaftsunternehmen entwickelt und ist mit seinen  
33 über 400 Revierförstereien und 41 Forstämtern ein wichtiger Arbeitgeber vor Ort. Diese  
34 Arbeitsplätze gilt es zu sichern. Die Arbeitsplätze bei Hessen-Forst sind auf eine sichere  
35 Grundlage zu stellen. Auch im Wald muss gelten: Guter Lohn für gute Arbeit!

36

37 Um dem zunehmenden Personalschwund entgegenzuwirken, sind die Arbeitsbedin-  
38 gungen zu verbessern. Hier bietet u.a. das von der Gewerkschaft entwickelte Perso-  
39 nalmodell „Team statt Hierarchie“ interessante Ansätze, die es weiterzuverfolgen gilt.  
40 Wir werden keine weiteren Schließungen von Forstämtern zulassen.

41

42 Wir werden die regionale Verpflichtung im Auge behalten und den Rückertourismus  
43 reduzieren. Die geänderten Vergaberichtlinien durch das neue Mittelstandsgesetz  
44 müssen für Hessen-Forst zumindest für kleinere Aufträge wesentlich vereinfacht wer-

1 den. Hessen-Forst soll nach Möglichkeit regionale Subunternehmen bevorzugen und  
2 langfristige Verträge abschließen dürfen. Eine massive Absenkung der Ausschrei-  
3 bungsgrenze ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen eine Eindämmung der Fremdver-  
4 gabe.

5  
6 Der Bundesfreiwilligendienst ist auch vermehrt im Wald auszubauen. Mit dem Wegfall  
7 des Zivildienstes ist die Arbeit im Wald nicht weniger geworden.

8  
9 Wir wollen, dass die Beiträge an den Beförsterungskosten für die Kommunen nicht  
10 weiter erhöht werden.

11  
12 Mit uns wird es keinen Verkauf von Staatswald geben. Der Wald ist für alle da, wir wol-  
13 len den Wald der Bürger und lehnen jede weitere Privatisierung des öffentlichen Wal-  
14 des ab.

15  
16 Wir wollen im Einvernehmen mit allen Beteiligten das Konzept für Sport im Wald wei-  
17 terentwickeln. Ein gemeinsames, verbindliches und auf die jeweilige Region zuge-  
18 schnittenes Nutzungskonzept trägt dazu bei, illegale Mountainbike-Strecken und Geo-  
19 Caching-Routen zu vermeiden und die Situation zu befrieden. Ein echter Interessen-  
20 ausgleich aller Waldnutzer ist möglich.

21  
22 Wir wollen einen weitgehenden Verzicht auf Chemieeinsätze im Wald. Die hohe öko-  
23 logische und soziale Qualität unserer Waldwirtschaft werden wir durch eine internati-  
24 onale Zertifizierung nach den Normen des Waldbewirtschaftungsrates FSC bestätigen  
25 lassen.

26  
27 Auch für den Wald gilt: Das Land muss stärker als bisher dafür Sorge tragen, dass EU-  
28 Mittel ihren Weg in den Hessischen Forst und Naturschutz finden.

29  
30 Die Naturparks in Hessen verdienen einen besonderen Schutz, deren Besuch weiter  
31 kostenlos möglich sein muss. Die guten Projekte der Naturparks für den Naturschutz  
32 und die Regionalförderung müssen gebündelt und anderen Regionen zur Verfügung  
33 gestellt werden. Wir unterstützen die weitere Ausweisung von Naturparks bei entspre-  
34 chenden Initiativen aus den hessischen Regionen.

## 35 36 **Landwirtschaft**

37  
38 Die Erzeugung von Nahrungsmitteln darf nicht nur von einigen Agrarkonzernen be-  
39 stimmt werden. Eine nachhaltige Landwirtschaft ist nur mit vielfältigen Betriebsstruk-  
40 turen, angepasst an die jeweiligen Regionen, möglich. Sie leisten auch einen wesentli-  
41 chen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft. Die ländlichen Räume sind Garanten  
42 für eine lebendige Heimat.

43  
44 Um regionale Wirtschaftskreisläufe wieder zu beleben und ausbauen zu können, muss  
45 eine starke Förderung der regionalen, dezentralen Verarbeitungs- und Vermarktungs-  
46 bemühungen umgesetzt werden. Damit können Arbeitsplätze und Wertschöpfung in  
47 den ländlichen Regionen gehalten und zusätzlich geschaffen werden.

1 Wir wollen die Landwirte dabei unterstützen, sich neue Einkommensmöglichkeiten  
2 und damit neue Perspektiven durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe und durch  
3 erneuerbare Energiequellen zu erschließen.  
4  
5 Wir wollen auch die Betriebe fördern, die das Wagnis eingehen, eine multifunktionale  
6 Landwirtschaft zu betreiben. Betriebe, die sich nicht nur auf die Produktion beschrän-  
7 ken, sondern Kulturlandschaft und soziales Leben gestalten und einen Ausgleich für die  
8 Ballungsräume schaffen.  
9  
10 Wir wollen Gerechtigkeit bei der Verteilung von EU-Mitteln. Dazu gehören zielgenaue  
11 Investitionen in die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume, in die Qualität der Lebens-  
12 mittel und in den Boden- und Gewässerschutz.  
13  
14 Schonender Umgang mit der Natur ist mit den ökonomischen Interessen moderner  
15 Landwirtschaft in Einklang zu bringen. Das Interesse der Verbraucher an gesunder und  
16 schmackhafter Nahrung hat weiter zugenommen, gestiegen ist damit auch das Inte-  
17 resse an ökologisch angebauten Lebensmitteln. Durch die mangelnde Unterstützung  
18 der Landesregierung haben hessische Landwirte jedoch bisher nicht ausreichend davon  
19 profitieren können. Wir wollen deshalb den ökologischen Landbau in Hessen auch in  
20 Zukunft in Forschung, in Lehre, Beratung und Versuchswesen, im Aufbau effizienter  
21 Betriebs- und Vermarktungsstrukturen sowie im Marketing besonders fördern. Durch  
22 den Einkauf ökologischer Produkte durch öffentliche Institutionen und Förderung der  
23 Umstellung wollen wir den Anteil erhöhen.  
24  
25 Wir bleiben dabei: kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen und null Tole-  
26 ranz bei Futtermitteln. Gentechnisch veränderte Futtermittel öffnen der Gentechnik  
27 den Weg in die Nahrungsmittelerzeugung und damit zu den Konsumentinnen und  
28 Konsumenten. Deshalb lehnen wir jegliche Aufweichung der sogenannten Nulltole-  
29 ranz-Regelung ab.  
30

# 10. Kultur, Medien und Netzpolitik

2

## 10.1. Kunst in Hessen

4 Landeskulturpolitik und kommunale Kulturpolitik in Hessen sind in besonderem Maße  
5 geprägt durch das fruchtbare Nebeneinander von bedeutenden Zeugnissen des geistig-  
6 künstlerischen Erbes und zukunftsweisenden Elementen der Moderne in allen Berei-  
7 chen der Kunst und des Lebens. Ländliche, kommunale und regionale Traditionen sind  
8 ebenso gegenwärtig wie eine rege weltoffene internationale Szene und ein globaler  
9 Austausch, wobei die unterschiedlichsten Formen und Standards der Kultur – von klas-  
10 sischen Genres bis zu den Erscheinungen der Jugendkultur und avantgardistischen In-  
11 novationen – gleichermaßen das facettenreiche Gesamtbild der Kultur in Hessen  
12 bestimmen.

13

14 Entscheidende Grundprinzipien kulturpolitischen Handelns sind neben der Offenheit  
15 und Vorurteilsfreiheit gegenüber allen innovativen Äußerungsformen der Kreativität  
16 vor allem die Verteidigung der Freiheit der Kunst, die kooperative Gesprächsbereit-  
17 schaft gegenüber denen, die Kultur schöpferisch hervorbringen oder aber sie vermit-  
18 teln, die Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen von Künstlerinnen und  
19 Künstlern, die Sicherung der Entwicklungs- und Wirkungsmöglichkeit kultureller Ein-  
20 richtungen und der Einsatz für eine sozial verbreiterte Teilhabe an Kultur. Dazu muss  
21 der Anspruch der Kultur als ein eigenständiger und selbstverständlicher Wert des indi-  
22 viduellen wie gesellschaftlichen und staatlichen Lebens wieder stärker hervorgehoben  
23 werden. Deshalb wollen wir die Kulturförderung in Hessen schrittweise ausbauen und  
24 schlagen dafür eine Reihe von Maßnahmen vor.

25

26

## 27 Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern

28 Die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen stellt für die Hessische SPD einen  
29 besonderen Schwerpunkt unserer Kulturpolitik dar. Kulturelle Bildung bedeutet gesell-  
30 schaftliche Teilhabe. Organisatorisch setzen wir dabei insbesondere auf die kulturelle  
31 Bildung in den Schulen. Kulturelle Bildung ist aber auch Gegenstand der außerschuli-  
32 schen Jugendarbeit, sie soll verstärkt in den soziokulturellen Zentren, den vielen Kul-  
33 turvereinen und den Theatern in Hessen stattfinden. Die Förderung des Kinder- und  
34 Jugendarbeit an den Theatern, die eine staatliche Förderung erhalten, wird verbindlich  
35 gemacht. Die SPD will einen „Innovationsfonds Kultur“ einrichten, in dessen Rahmen  
36 sich Kultureinrichtungen mit Projekten im Bereich der kulturellen Bildung für Kinder-  
37 und Jugendliche bewerben können.

38

## 39 Theaterförderung und regionale Kooperation

40 Hessen hat mit seinen drei Staatstheatern und den Landestheatern in Gießen und  
41 Marburg sowie den Theaterhäusern in Frankfurt eine reiche Theaterlandschaft, die wir  
42 erhalten wollen. Die Hessische SPD will ein neues Modell der Finanzierung der Staats-  
43 und Landestheater prüfen. Dazu wollen wir eine gemeinsam vom Land und der kom-  
44 munalen Seite getragene Finanzierung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs  
45 entwickeln, die Verträge mit den Standortstädten der Theater neu fassen und für eine  
46 neue Planungskultur sorgen. Neben den Theatern und Gruppen der freien Szene wollen

1 wir mit den Theaterwissenschaften und der hessischen Theaterakademie Produktions-  
2 formen entwickeln, die mit kleinen Apparaten und ohne feste Ensemble arbeiten kön-  
3 nen.  
4

## 5 **Museen in Hessen**

6 Unsere Museen sind Orte der Kunst, des kulturellen Gedächtnisses, der Naturkunde  
7 und der Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur. Eine konzeptionelle Verdichtung  
8 und Profilierung ist insbesondere für die staatlichen Museen geboten. Dabei unterstüt-  
9 zen wir nachhaltig die Fokussierung der Naturwissenschaftlichen Sammlung der Sen-  
10 ckenberg-Gesellschaft. Die Attraktivität der nicht staatlichen Museumseinrichtungen  
11 wollen wir in Kooperation mit den Kommunen finanziell unterstützen.  
12

13 Die SPD will die Stärkung der Museumskultur in den hessischen Regionen. Wir werden  
14 einen Landesmuseumsbeirat einrichten, der nach künstlerischen Gesichtspunkten in-  
15 ternationale Kooperationen vorantreibt. Die Hessische Sozialdemokratie bekennt sich  
16 zur documenta. Um deutlicher als bisher Stärken des kulturellen Gedächtnisses der  
17 einzelnen Museen herauszuarbeiten und zu vermitteln, werden wir ein angemessenes  
18 Budget für den kontinuierlichen Sammlungsausbau bereitstellen. Dazu gehört auch die  
19 wissenschaftliche Erschließung der Sammlungsschwerpunkte.  
20

## 21 **Soziokultur und regionale Kulturförderung in Hessen**

22 Die Soziokultur hat in Hessen einen festen Platz. Nach wie vor geht es darum, die Ge-  
23 sellschaft durch Kultur zu demokratisieren. Soziokultur ist heute ein wichtiger Beitrag  
24 zu einer „Kultur für alle“. Soziokultur ist sowohl eine kommunale als auch eine lan-  
25 despolitische Aufgabe. Die SPD Hessen strebt eine Drittelfinanzierung (Land, Kommu-  
26 ne, Einnahmen) der soziokulturellen Einrichtungen an. Wir wollen einen Fonds für Ge-  
27 sellschaftskultur für besondere Produktionen, Projekte, Veranstaltungsreihen und  
28 Kunstaktionen einrichten. Wir werden ein Investitionsprogramm für Einrichtungen der  
29 Soziokultur prüfen.  
30

## 31 **Filmförderung und Kreativindustrie in Hessen**

32 Hessen ist ein Filmland mit einem besonderen Profil. Wir werden die kulturelle und  
33 wirtschaftliche Filmförderung in Hessen weiterentwickeln. Die Kreativwirtschaft ge-  
34 hört zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftszweigen. Besonders günstige Ent-  
35 wicklungsbedingungen finden sich dort, wo Technologie, Talent und Toleranz zusam-  
36 mengebracht werden - in der Filmbranche und auch der Games-Branche. Wir wollen  
37 die Filmförderung im Sinne der Neustrukturierung der Förderinstrumente fortentwi-  
38 ckeln und eine Film und Medien GmbH schaffen. Die wirtschaftliche Filmförderung  
39 muss aufgestockt werden. Wir werden den Institutionen des Films in Hessen gute  
40 Standortbedingungen schaffen. Wir werden die Arbeit der Film und Medienakademie  
41 stabilisieren und die Arbeit des Filmhauses Frankfurt einbinden. Wir werden die eDIT  
42 als wichtigstes Filmemacher-Festival erhalten und neu ausrichten und den Hessischen  
43 Filmpreis neu profilieren.  
44

## 1 Kulturkooperation und Kulturfonds

2 Wir wollen einen Beitrag des Landes zur besseren Zusammenarbeit im Kulturbereich in  
3 der Rhein-Main-Region aber auch in Nord-, Mittel- und Südhessen leisten. Wir setzen  
4 dabei nicht auf Zwang, sondern auf Kooperation. Insbesondere der Kulturfonds Rhein-  
5 Main und die anderen, im Kulturbereich aktiven Organisationen müssen ihre Arbeit  
6 aufeinander abstimmen und beziehen. Die regionalen Kultursommer sind Bestandteil  
7 der Förderlandschaft des Landes Hessen.  
8

## 9 Musikförderung in Hessen

10 Die Förderung der Musik in Hessen ist uns ein wichtiges Anliegen. Dabei gilt es, vor  
11 allem die professionelle und qualifizierte Ausbildung wie auch die beruflichen Chancen  
12 von Orchestermusikern wie von Solisten in allen Bereichen der musikalischen Praxis  
13 von der Klassik über die Neue Musik bis zum Jazz, zu Rock und Pop und zu populären  
14 Sparten zu sichern. Die SPD will, dass die öffentlichen Musikschulen insbesondere auch  
15 bildungsferne Schichten gezielt ansprechen. Hierfür sind die Grundlagen der Koopera-  
16 tion "Schule - Musikschule" deutlich zu verbessern. Dazu müssen die Musikschulen  
17 verbindlich gefördert und in ihrer Qualität gesichert werden. Es soll eine Drittfinan-  
18 zierung (Land, Kommunen, Unterrichtsentgelte) angestrebt werden. Eine umfassende  
19 musikalische Bildung mit Fachkräften muss in das Ganztagschulkonzept eingebunden  
20 sein. Dazu gehört auch die Anerkennung für ehrenamtliches Engagement in diesem  
21 Bereich, unter anderem in den Konzertvereinen und den Chor- und Orchestergemein-  
22 schaften.  
23

## 24 Literatur

25 Wir setzen uns ein für die Förderung des literarischen und philosophischen Lebens. Wir  
26 unterstützen Autoren und Nachwuchsautoren, Veröffentlichungen und deren Bemü-  
27 hen Publikum und Resonanz für ihre gestalterische Sichtweise und Verarbeitung zu  
28 finden. Der Hessische Literaturrat wird weiterhin in seiner Arbeit unterstützt und ge-  
29 fördert. Wir werden die Autorenstipendien auch unter der Mithilfe von Sponsoren  
30 ausweiten. Die großen hessischen Literaturpreise, insbesondere der Georg-Büchner-  
31 Preis und die Arbeit der Akademie für Sprache und Dichtung verdienen unsere Förde-  
32 rung. Wir wollen, dass Literatur und Literaten einen Beitrag zur kulturellen Bildung  
33 auch an Schulen leisten. Es soll ein landesweiter Lesewettbewerb ausgeschrieben wer-  
34 den und während der Buchmesse „Hessen liest“ wieder stattfinden. Wir bekennen uns  
35 zur Buchmesse in Frankfurt. Sie muss am Standort erhalten bleiben. Die öffentlichen  
36 Büchereien und Bibliotheken sollen landesweit gefördert werden. Durch verbindliche  
37 Kooperationen mit den Schulbibliotheken sollte es zu keiner Doppelförderung kom-  
38 men.  
39

## 40 Denkmalpflege, Historisches Erbe und Baukultur

41 Die Entwicklung und die Pflege des historischen Erbes ist für die Identität des Landes  
42 Hessen von herausragender Bedeutung. Unsere Schlösser und Gärten, die Burgen und  
43 historischen Bauten unseres Landes gilt es zu erhalten. Wir werden das Netzwerk eh-  
44 renamtlicher Helfer im Bereich der Denkmalpflege unterstützen. Wir wollen die Bau-  
45 kultur in Hessen stärken und unterstützen. Für alle öffentlichen Bauten soll in der Lan-  
46 desverwaltung ein Fachgremium gebildet werden, dass über Maßnahmen der „Kunst

1 am Bau“ Vorschläge unterbreitet. Wir werden eine eigene Stiftung Baukultur Hessen  
2 schaffen.  
3

#### 4 **Bildende Kunst**

5 Wir werden neue Modelle zur Förderung auch bildender Kunst und bildender Künstler,  
6 insbesondere am Anfang einer künstlerischen Karriere, entwickeln und die dokumenta-  
7 rische Aufgabe der öffentlichen Hand gegenüber der Gegenwartskunst stärker wahr-  
8 nehmen. Wir werden die Jugendkunstschulen in Hessen, konzeptionell unterstützen  
9 und ihre Kompetenzen zur Entwicklung der kulturellen Bildung einbeziehen. Wir wer-  
10 den den Bereich des Designs, der mit seinen kreativen Potenzialen entscheidend zur  
11 Bedeutung der Gestaltung in der Lebenspraxis beiträgt, stärken.

12

13

14

### 15 **10.2. Medien und Netzpolitik**

16

#### 17 **Modernisierung des Rundfunkauftrages**

18 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine Vorbildfunktion. Hier ist bei den Gremien  
19 des Hessischen Rundfunks noch Nachholbedarf. Wir streben daher eine Novelle des  
20 HR-Gesetzes an, mit dem Ziel einer **besseren Beteiligung gesellschaftlich relevanter**  
21 **Gruppen** insbesondere von Frauen im Rundfunkrat. Dies gilt auch für die Versammlung  
22 der Landesanstalt für privaten Rundfunk.

23

24 Wir werden prüfen, wie es im Rahmen der gesetzlichen Regelungen des Rundfunk-  
25 staatsvertrages möglich ist, die Angebote des HR länger als sieben Tage im Netz abruf-  
26 bar zu machen.

27

28 Medienpolitik muss sich in Zukunft weniger mit dem Verhältnis privater und öffentlich  
29 rechtlicher Rundfunkanbieter auseinandersetzen, sondern stärker mit der Konvergenz  
30 unterschiedlicher Medien, die einerseits dem Rundfunkrecht und andererseits dem  
31 Telekommunikationsrecht unterliegen. Die SPD Hessen setzt dabei primär auf Mecha-  
32 nismen der Selbstkontrolle und Selbstregulierung.

33

34 Der öffentlich rechtliche Rundfunk ist eine der tragenden Säulen in Hessens Rund-  
35 funklandschaft. Wir werden seine Weiterentwicklung in einer veränderten Medien-  
36 landschaft begleiten. Grundlage für eine verlässliche Finanzierung sind konstante Ge-  
37 bühreneinnahmen.

38

39 Wir wollen die Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien in ihrer Funktion  
40 als **Zentrum für Medienpädagogik** stärken. Wir werden die nach dem Rundfunkstaats-  
41 vertrag den Landesmedienanstalten zustehenden Mittel bereitstellen.

42

43 Wir sprechen uns für den Bestand und die Entwicklung der nicht-kommerziellen Lokal-  
44 radios und Medienprojektzentren Offene Kanäle aus. Sie sind integraler Bestandteil der  
45 regionalen Rundfunklandschaft und eine wichtige Bürgerkommunikationsplattform,  
46 die im Bereich der Medienpädagogik unverzichtbar sind.

47

## 1 **Vielfältige Presselandschaft erhalten**

2 Wir wollen die vielfältige Presselandschaft in Hessen. Wir werden prüfen, ob eine Zusammenführung des Landespressegesetzes und des Gesetzes über den Privaten Rundfunk sinnvoll möglich ist. Wir setzen uns für eine weitreichende Transparenz der Eigentümerverhältnisse aller Medien ein.

6  
7 Wir wollen, dass im Medienbereich sichere Arbeitsplätze entstehen. Dazu gehört auch die Einbeziehung der personalrätlichen Betreuung von freien und sogenannten festen-freien Mitarbeitern. Dazu werden die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Wir werden darauf hinwirken, dass auch bei den privaten Rundfunkanbietern Mitbestimmung herrscht.

## 13 **Medienkompetenz fördern**

14 Medienkompetenz ist eine unverzichtbare Schlüsselqualifikation und die Grundlage für lebensbegleitendes Lernen. Medienkompetenz ist für uns auch die Voraussetzung für einen wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutz. Der Bereich der Medienkompetenzförderung soll bei der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR) weiter verbessert und vernetzt werden. Wir werden dafür Sorge tragen, dass es frei zugängliche Lernangebote und Gelegenheiten zum Erwerb von Medienkompetenz in Hessen gibt, insbesondere für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen, die sozial benachteiligt sind. Ziel ist ein möglichst barrierefreier, selbstbestimmter Umgang mit dem Internet, Computern und Medieninhalten. Des Weiteren gehört für uns zur Medienkompetenz auch die Vermittlung von Datenschutz, vor allem in sozialen Netzwerken.

## 26 **Netzpolitik in Hessen**

27 Das Internet ist ein freies und offenes Medium und muss dies auch bleiben. Jeglicher Form der Einschränkung des freien Zugriffs auf das Netz und seine Inhalte werden wir entschieden entgegentreten. Insbesondere müssen die Rechtsgrundsätze des Datenschutzes gewahrt bleiben, wie z.B. das Recht auf personalisierte Selbstbestimmung, der Jugendschutz und die Datensicherheit. Netzsperrern lehnen wir grundsätzlich ab.

32  
33 Wir setzen uns für die Barrierefreiheit im Netz ein, so dass auch Menschen mit Behinderung das Internet umfänglich nutzen können.

36 Bürgerinnen und Bürger, die sich der Diskussion, Nutzung und Weiterentwicklung freier Software widmen, spielen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von technischem Wissen und helfen aktiv und ehrenamtlich mit, die digitale Kluft in der Gesellschaft zu verringern. Mit Rat und Tat werden wir daher die Aktivitäten solcher Verbände im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel unterstützen.

41  
42 Die digitale Welt ermöglicht zunehmend, die Interaktion der Bürgerinnen und Bürger mit staatlichen Institutionen über das Internet auszuüben. Wir unterstützen diese Entwicklung insbesondere im Bereich der Mitbestimmung und des Informationsflusses. Dies beginnt für uns mit einer Übertragung von öffentlichen Sitzungen des Landtags im Internet und der rechtsbindenden Nutzung von Online-Petitionen durch Bürgerinnen und Bürger. Unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sollen auch die Gremien auf regionaler und kommunaler Ebene Unterstützung für solche Vorhaben durch das Land erhalten.

1  
2 Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wird eine SPD-geführte Landesregierung Open  
3 Source-Alternativen gegenüber den Angeboten konventioneller Software prüfen. Bei  
4 rentablen Open Source-Lösungen, die eine Förderung des hessischen Mittelstandes  
5 nach sich ziehen, werden diese bevorzugt.  
6  
7 Wir werden das Urheberrecht mit einer eigenen Bundesratsinitiative weiterentwickeln  
8 und dabei die unterschiedlichen Modelle wie Kulturflatrate oder Bezahlmodelle prüfen.  
9 Wir werden uns verstärkt mit dem Thema des freien Zugangs zu wissenschaftlichen  
10 Publikationen im Wissenschaftsbetrieb auseinandersetzen.  
11  
12 Die SPD sieht auch im Betrieb von Netzwerk-Infrastruktur Energiesparpotenzial. Wie  
13 fördern energiesparende Informationstechnologien und wollen auch hier die Energie-  
14 wende vorantreiben.

## 11. Kommunen stärken

Die SPD ist die Kommunalpartei in Hessen. Wir stellen die Mehrzahl der direkt gewählten Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, der Landrätinnen und Landräte. In Frankfurt, Kassel, Gießen, Offenbach, Hanau und Marburg regieren sozialdemokratische Oberbürgermeister bzw. Oberbürgermeisterinnen. Wir sind den großen Städten Hessens und in den ländlichen Räumen tief verwurzelt.

Deshalb wissen wir: Die Politik der CDU-/FDP-Landesregierung verschärft die Probleme der kommunalen Haushalte. Hessens Kommunen tragen die Hauptlast dieser falschen Politik. Wir werden daher den Kommunen wieder eine solide finanzielle Ausstattung garantieren.

Das in der Verfassung verankerte **Konnexitätsprinzip** - wer eine Leistung bestellt, muss sie auch bezahlen - wird unter unserer Verantwortung endlich Beachtung finden. Weitere Aufgabenübertragungen und Standarderhöhungen ohne finanziellen Ausgleich wird es unter sozialdemokratischer Führung nicht geben.

Die **Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit** unserer Städte, Gemeinden und Kreise ruht auf sechs Säulen: Konsolidierung, Aufgabenüberprüfung und Effizienzsteigerung, nachhaltigen Investitionen, einer gesicherten Einnahmehbasis, erfolgreicher wirtschaftlicher Betätigung und bürgerschaftlichem Engagement.

Wir bekennen uns zu dem Ziel ausgeglichener kommunaler Haushalte. Diese sind seit Jahren strukturell unterfinanziert. Trotz engagierter Bemühungen der verantwortlichen Kommunalpolitiker konnte der Haushaltsausgleich deshalb in den meisten der hessischen Städte und Gemeinden nicht erreicht werden.

Dennoch bleibt Ausgaben- und Aufgabenkontrolle selbstverständlich unabdingbar. Die Einführung einer kommunalen Schuldenbremse lehnen wir, wegen der großen Bedeutung kommunaler Investitionen für die Bürgerinnen und Bürger und für die örtliche Wirtschaft, entschieden ab. Wir wollen die **Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit verbessern**, um öffentliche Leistungen effektiver zu erbringen und die Bürgerfreundlichkeit kommunaler Verwaltungen zu stärken. Dieses Ziel soll dadurch unterstützt werden, dass angemessene finanzielle Anreize zu dieser Art der Zusammenarbeit gesetzt werden.

Erforderliche Investitionen, wie zum Beispiel in Schulen, Sportanlagen, Schwimmbäder, Bibliotheken, Feuerwehren und Kindertagesstätten dürfen wir auch im Sinne der Generationengerechtigkeit nicht auf morgen verschieben. Nach den zum Teil sehr schmerzhaften Einsparbeschlüssen auf kommunaler Ebene, ist deshalb klar, dass die Einnahmemöglichkeiten der Kommunen deutlich verbessert werden müssen.

Wir werden daher die finanzielle Ausstattung der Kommunen verbessern. Den strukturellen Entzug von über 344 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich werden wir im Interesse aller hessischen Städte und Gemeinden u.a. durch die Erhöhung der Finanzausgleichsmasse korrigieren.

1 Darüber hinaus werden wir den Kommunalen Finanzausgleich unter Berücksichtigung  
2 der besonderen Bedürfnisse des ländlichen Raumes weiterentwickeln, so dass er sich  
3 stärker am objektiven Finanzbedarf der Kommunen orientiert.  
4

5 Wir stehen für den Erhalt und die Sicherung der Gewerbesteuer. Auf Bundesebene  
6 werden wir daher eine Initiative zur Reform der Gewerbesteuer starten, die die Gewer-  
7 besteuer auf eine breitere Grundlage stellt.  
8

9 Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch der Bund seinen Beitrag zur Sicherung der  
10 finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen leistet. Deshalb wollen wir, dass der  
11 Bund schrittweise die Kosten der Unterkunft für SGB II – Bezieherinnen und Bezieher  
12 und den Kosten der Eingliederungshilfe finanziell übernimmt. Dazu werden wir im  
13 Bundesrat eine entsprechende Initiative ergreifen.  
14

15 Wir wollen die Voraussetzungen der Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung der  
16 Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge verbessern. Die wirtschaftliche Betätigung  
17 der Kommunen muss bei Energieversorgung und -verteilung, Wohnungsbau und Breit-  
18 bandversorgung erweitert werden. Das stärkt die lokale Wertschöpfung und die mit-  
19 telständische Wirtschaft vor Ort.  
20

21 Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahren vielfältige Aufgaben zur  
22 Gestaltung ihres Gemeinwesens ehrenamtlich übernommen. Wir schätzen und unter-  
23 stützen diesen Einsatz. Vieles wurde dadurch überhaupt erst zusätzlich ermöglicht.  
24 Dieser Einsatz darf nun aber nicht zum Abbau der sozialen Infrastruktur unter Verweis  
25 auf bürgerschaftliches Engagement missbraucht werden.  
26

27 Die Menschen erleben vor Ort in den Städten, Gemeinden und Kreisen unmittelbar die  
28 Ergebnisse politischer Entscheidungen. Deshalb ist es uns so wichtig, die Handlungs-  
29 möglichkeiten der Kommunen auf allen Feldern zu stärken. Nach unserem Verständnis  
30 haben z.B. auch die Kommunen das Recht, einen Beitrag zur Entwicklungszusammen-  
31 arbeit zu leisten.  
32

33 Für eine gute kommunale Entwicklung auch zur Sicherung und Schaffung von Arbeits-  
34 plätzen ist eine nachhaltige kommunale Investitionspolitik auf der Grundlage ausrei-  
35 chender Einnahmen und solider Haushaltsführung unverzichtbar.  
36

37 Damit die Bürgerinnen und Bürger die Ergebnisse unserer Politik auch überprüfen kön-  
38 nen, wollen wir für mehr Transparenz sorgen. Deshalb werden wir Informationen über  
39 den Stand und die Entwicklungen in den verschiedenen Handlungsfeldern vorlegen, bei  
40 dem die wichtigsten Entwicklungen mit messbaren Ergebnissen versehen sind. Dies  
41 können neben üblichen Statistiken auch Indikatoren für die ökonomische, ökologische  
42 und die soziale Entwicklung sein. Für die Kommunen wird die bisherige Kommunalsta-  
43 tistik in Richtung einer solchen dreidimensionalen (Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft /  
44 Soziales) Berichterstattung weiterentwickelt.  
45

## 12. Liberales und sicheres Hessen

### 12.1 Datenschutz

Hessen galt unter einer SPD-geführten Regierung lange Zeit als Vorreiter im Datenschutz. Auf Initiative der SPD ist es gelungen, die Kontrolle in Datenschutzfragen insgesamt beim Hessischen Datenschutzbeauftragten zu konzentrieren.

Durch die moderne Technik werden immer mehr Daten von Unternehmen, aber auch der öffentlichen Verwaltung erhoben. Dadurch ergeben sich neue Herausforderungen für den Datenschutz. Notwendig ist eine Modernisierung der gesetzlichen Regelungen. Dies gilt gegenüber dem Staat, gegenüber wirtschaftlichen Interessen, aber auch im zwischenmenschlichen Bereich, wie die aktuelle Diskussion um soziale Netzwerke, Internetplattformen oder die Möglichkeit der privaten Überwachung durch Handyortung zeigen. Bei der Ausgestaltung von IT-Verfahren des Staates sind Datensparsamkeit und „privacy by design“ immer wichtigere Gestaltungsmomente, die nicht zum Selbstzweck werden dürfen. Der Staat muss jederzeit in der Lage sein, auch tatsächlich die Sicherheit der von ihm erhobenen und verarbeiteten Bürgerdaten gewährleisten und eine zweckwidrige Verwendung ausschließen zu können. Deshalb ist jegliche Nutzung von Cloud-Computing kritisch zu prüfen. Aber auch Bürgerinnen und Bürger müssen mit ihren Daten sensibler umgehen. Deshalb muss die Kompetenz vermittelt werden, bei der Nutzung der modernen Techniken und sozialen Medien die eigenen Interessen zum Schutz ihres Rechts auf informationelle Selbstbestimmung verantwortungsbewusst wahrzunehmen sowie die Rechte anderer zu achten.

Wir wollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger vor zu viel Eingriffen schützen. Das gilt gegenüber der Wirtschaft im Verbraucherschutz und vor allem bei den Betreibern sozialer Netzwerke. Aber auch vor zu vielen Eingriffen durch den Staat muss der Bürger geschützt werden. Dies gilt im polizeirechtlichen Bereich ebenso wie in allen anderen Bereichen staatlichen Handelns. Übersteigerter Sicherheitswahn darf nicht dazu führen, dass individuelle Rechte der Bürgerinnen und Bürger immer mehr eingeschränkt werden. Vorhandene Eingriffsrechte gehören deshalb auf den Prüfstand. Wir werden das hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anpassen und praktikabel gestalten. DNA-Tests für unter Vierzehnjährige sind unverhältnismäßig und werden ebenso wieder abgeschafft wie die automatische Kennzeichenerfassung.

### 12.2. Polizei

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist verfassungsrechtlicher Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Die hessische Polizei ist ein wesentlicher Garant für die innere Sicherheit und steht wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus. Mit der Reduzierung der Einstellungszahlen von 550 auf rd. 400 Polizeianwärterinnen und -anwärter hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Stellenabbau bei der hessischen Polizei abermals forciert. In der Folge werden sich die Personalvakanz bei den Vollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamten sowie im Tarifbereich der Polizei dramatisch erhöhen. Eine deutliche Aufgabenvermehrung durch personalintensive Einsatzmaßnahmen und neue kriminalpolizeiliche Herausforderungen (Internetkriminalität, Staatsschutz, Gewaltphänomene etc.) wird sich die Situation zusätzlich verschärfen.

1 Daher hält die SPD die Beibehaltung einer linearen und kontinuierlich hohen Ausbil-  
2 dungsrate mit mindestens 550 Neueinstellungen jährlich für unerlässlich.  
3 In diesem Zusammenhang kommt der Einstellung von Polizeibediensteten mit Migra-  
4 tionshintergrund besondere Bedeutung zu, da durch deren Kultur- und Sprachkompe-  
5 tenz die Akzeptanz staatlichen Handelns erhöht werden kann und schwierige Situatio-  
6 nen leichter entschärft werden können.

7  
8 Durch eine neue Führungs- und Organisationskultur soll den Beschäftigten der Polizei  
9 wieder eine Perspektive für Leistung gesichert werden. Als wesentliche Säule des staat-  
10 lichen Gewaltmonopols bedarf die Polizei eines kooperativen Führungssystems, bei  
11 dem Glaubwürdigkeit, Transparenz, Ehrlichkeit, Vertrauen, Fairness, Akzeptanz und  
12 Toleranz elementare Grundlagen bilden. Unter der Verantwortung der Landesregie-  
13 rung sind im Bereich der hessischen Polizei in den letzten Jahren Führungsstrukturen  
14 eingeführt worden, die im Gegensatz zu diesen Grundsätzen einer modernen Personal-  
15 führung stehen. Demgegenüber steht die SPD für eine selbstbewusste und demokrati-  
16 sche verfasste Polizei, mit verantwortungsbewussten, sozial kompetenten und auf ei-  
17 nem festen ethischen Fundament stehenden Führungskräften. Aus diesem Grund hat  
18 sich die SPD auch für die Einführung eines unabhängigen, dem Parlament verpflichte-  
19 ten Landespolizeibeauftragten eingesetzt und wird dieses Modell auch in der kom-  
20 menden Legislaturperiode wieder aufgreifen.

21  
22 Wir wollen gesicherte Polizeiarbeit vor Ort und Erhalt der Polizeipräsenz in der Fläche.  
23 Wann immer der Bürger die Polizei braucht, muss sie für ihn zügig erreichbar sein. Als  
24 Ansprechpartner vor Ort müssen gut und qualifiziert ausgebildete Polizeibeamte Prä-  
25 senz zeigen. Dieser Verantwortung darf sich das Land weder im ländlichen Raum noch  
26 in den Ballungsgebieten unseres Landes entziehen.

27  
28 Wir wollen keine Verlagerung von Sicherheitsaufgaben an private Anbieter und Been-  
29 digung des Freiwilligen Polizeidienstes. Die Menschen haben einen Anspruch auf quali-  
30 fizierte Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Dies kann nur durch Aufrechterhal-  
31 tung des staatlichen Gewaltmonopols und von ausreichend und gut ausgebildeten Po-  
32 lizistinnen und Polizisten gewährleistet werden. Die polizeiliche Praxis macht immer  
33 wieder deutlich, dass bei fast allen polizeilichen Situationen nicht nur rechtliche Über-  
34 legungen, sondern im besonderen Maße auch ein kompetenter „Konfliktmanager“ ge-  
35 fragt ist, um handlungssicher und situationsangemessen einzuschreiten. Diesem An-  
36 forderungsprofil kann ein Freiwilliger Polizeidienst nicht genügen. Zudem ist dem zu-  
37 nehmenden Einsatz privater Sicherheitsdienste besondere Aufmerksamkeit zu wid-  
38 men. Dabei bedarf es insbesondere gesetzlicher Regelungen über die Zulassung priva-  
39 ter Sicherheitsdienste sowie hinsichtlich der Aus- und Fortbildung sowie der Prüfung  
40 von Beschäftigten solcher Unternehmen.

41  
42 Wir wollen der Gewaltbereitschaft gegen Polizei, Hilfsorganisationen und im Bereich  
43 ÖPNV wirksam entgegentreten. In den letzten Jahren sehen sich Polizeibeamte, Feu-  
44 erwehr und Hilfskräfte aber auch Mitarbeiter im Bereich des ÖPNV zunehmend gewalt-  
45 tätigen Übergriffen ausgesetzt. Deshalb begrüßt die SPD die Gesetzesänderung in Ber-  
46 lin bzgl. einer klaren Strafverschärfung für Straftaten gegen staatliche Stellen und  
47 Hilfsdienste. Gesellschaftlich gilt es, den Übergriffen entschieden entgegen zu treten.

48

### 1 12.3. Dienstrecht

2 Wir brauchen ein modernes, europakonformes Dienstrecht in Hessen. Aus der letzten  
3 Föderalismusreform hat sich der Handlungsspielraum in Hessen beim Dienstrecht er-  
4 weitert. Wir wollen deshalb das hessische Dienstrecht im Dialog mit allen Beteiligten  
5 (kommunale Spitzenverbände, Gewerkschaften, Betroffene) diskriminierungsfrei und  
6 auf die europäischen Anforderungen ausgerichtet vorbereiten und umsetzen. Dabei  
7 soll auch geprüft werden, ob Elemente des Vertragsrechts in das Dienstrecht über-  
8 nommen werden können.

9  
10 Wir wollen eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit für belastende Dienste (Schicht-  
11 dienste). Die seit Jahren bestehende Ungleichbehandlung zwischen Tarifbeschäftigten  
12 und Beamten ist endlich zu beenden. Insbesondere im Wechselschichtdienst hat die im  
13 Rahmen der CDU-Operation „düstere Zukunft“ eingeführte 42 Std.-Woche zu zusätzli-  
14 chen besonderen Belastungen geführt. Die SPD ist sich ihrer hohen Verantwortung  
15 insbesondere der hessischen Polizei und des Justizvollzugs bewusst und wird daher  
16 nach der Übernahme der Regierungsverantwortung die Wochenarbeitszeit für die Poli-  
17 zeibeamtinnen und -beamten in einem ersten Schritt für die besonders belastende  
18 Dienste auf 40 Wochenarbeitsstunden reduzieren.

19  
20 Wir wollen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurück kehren, die Hessen 2005  
21 verlassen hat.

22  
23 Wir wollen eine strukturelle Aufgabenanalyse, die den zukünftigen Bedarf ermittelt  
24 und von daher im Rahmen einer vorausschauenden Personalentwicklungsplanung  
25 Schwerpunkte setzt. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird die Zahl der Aus-  
26 bildungsverhältnisse insbesondere in den Bereichen steigern, in denen die erworbene  
27 Qualifikation auch außerhalb des öffentlichen Dienstes Verwendung finden kann.

28  
29 Wir wollen modellhaft die Möglichkeiten einer anonymisierten und damit schon im  
30 Vorfeld diskriminierungsfreien Bewerbung und eines anschließenden Auswahlverfah-  
31 rens prüfen.

32 Das Hessische Personalvertretungsrecht ist zukunftsweisend und europarechtskon-  
33 form weiter zu entwickeln. Erforderlich ist im ersten Schritt eine konzeptionelle Diskus-  
34 sion, wie das Gesetz auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden  
35 kann. Diese werden wir organisieren.

### 36 37 12.4. Justiz und Justizvollzug

38 Die SPD setzt sich für eine moderne und gut ausgestattete Justiz ein. Als dritter Gewalt  
39 kommt der Justiz und ihren Bediensteten und Angehörigen eine besondere Bedeutung  
40 zu, der strukturell und personell Rechnung getragen werden muss und die es weiter zu  
41 entwickeln gilt. Nur so ist die Justiz in der Lage, Rechtsstaatlichkeit, Rechtsfrieden und  
42 soziale Gerechtigkeit zu sichern.

43  
44 Die hessische Sozialdemokratie steht deshalb für eine bürgernahe Justiz. In den letzten  
45 Jahren hat die Hessische Landesregierung zahlreiche Gerichte geschlossen und damit  
46 die Justiz massiv aus der Fläche abgezogen. Das war ein Fehler. Auch wenn eine SPD-  
47 geführte Landesregierung geschlossene Gerichtsstandorte nicht wieder eröffnen kön-  
48 nen wird, werden wir dafür Sorge tragen, dass Gerichte auch in der Zukunft für alle  
49 Bürgerinnen und Bürger erreichbar sind und die Justiz in der Fläche präsent bleibt.

50

1 Wir stehen für den freien Zugang zum Recht. Den Rechtsuchenden darf es weder durch  
2 technische Hürden noch aus wirtschaftlichen Gründen erschwert oder unmöglich ge-  
3 macht werden, ihre Rechte geltend zu machen. Daran müssen sich Änderungen der  
4 Prozesskostenhilfe oder der Beratungshilfe ebenso orientieren wie technische Weiter-  
5 entwicklungen im Rechtsverkehr.

6  
7 Die Justiz kann die an sie gestellten Anforderungen aber auch nur dann erfüllen, wenn  
8 die verfassungsrechtlich geschützte Unabhängigkeit gewahrt und fortentwickelt wird.  
9 Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb Möglichkeiten der Stärkung der Un-  
10 abhängigigkeit und Modelle einer selbstverwalteten Justiz prüfen. Dies gilt nicht nur für  
11 Personalentscheidungen und Budgetfragen, sondern auch für Abläufe im Richterwahl-  
12 ausschuss.

13  
14 Justizpolitik ist aber auch Strukturpolitik und eine moderne und qualitativ hochwertige  
15 Justizstruktur ist heute ein wesentlicher Faktor für den Stellenwert Hessens als Wirt-  
16 schaftsstandort. Hessen kommt in der Bundesrepublik insbesondere als internationaler  
17 Finanzplatz Rhein-Main, aber auch in anderen Wirtschaftsfeldern eine herausgehobe-  
18 ne Bedeutung zu. Das bedingt auch die Bereitstellung und Entwicklung geeigneter Me-  
19 chanismen und Systeme zur effektiven Streitbeilegung. Schon jetzt verfügt der Wirt-  
20 schaftsstandort Hessen in den unterschiedlichsten Rechtsgebieten über ein herausge-  
21 hobenes „know how“ und viel Erfahrung. Dies gilt es weiter auszubauen, indem Hessen  
22 und der „Rechtsstandort Rhein-Main“ gemeinsam mit den zu beteiligenden Institutio-  
23 nen und Verbänden national und international sichtbarer und präsenter gemacht wird.

24  
25 Die Strafverfolgungsbehörden sind Teil der unabhängigen Justiz. Dieser Funktion gilt  
26 es auch strukturell Rechnung zu tragen. Darüber hinaus müssen die Staatsanwalt-  
27 schaften in Hessen zusätzlich in die Lage versetzt werden, sich den ändernden Krimina-  
28 litätserscheinungsformen zu stellen. Zusätzlich sind die Bemühungen bei der Bekämp-  
29 fung von Jugendkriminalität, Wirtschaftskriminalität sowie im Umgang mit der stei-  
30 genden Nutzung des Internets für Straftaten zu intensivieren.

31  
32 Wir begreifen die Bekämpfung der Jugendkriminalität als eine gesamtgesellschaftliche  
33 Aufgabe, die umfassend und ganzheitlich angegangen werden muss. Neben präventi-  
34 ven Maßnahmen sind die Mittel des Jugendstrafrechts im Sinne des Erziehungsgedan-  
35 kens flexibel auf straffällig gewordene Jugendliche einzusetzen. Es muss erreicht wer-  
36 den, dass gerade bei jugendlichen Straftätern die „Strafe schnell auf den Fuß folgt“,  
37 damit sich die jugendlichen Straftäter zügig mit ihrer Tat sowie dem begangenen Un-  
38 recht auseinandersetzen können und eine entsprechende Sanktion schnell folgt. Dabei  
39 sind die Möglichkeiten des Hauses des Jugendrechts hessenweit auszubauen und eine  
40 Ausweitung des beschleunigten Jugendstrafverfahrens zu nutzen. Die SPD in Hessen  
41 lehnt den sogenannten Warnschussarrest ab.

42  
43 Auch der Täter-Opfer-Ausgleich ist weiter auszubauen. Der Täter-Opfer-Ausgleich dient  
44 auf der einen Seite dem angemessenen Ausgleich der erlittenen Schäden eines Opfers.  
45 Auf der anderen Seite führt er dem Täter seine eigene Verantwortung für durch ihn  
46 verursachte Schäden vor Augen. Durch das Hinwirken des Vermittlers auf eine Verein-  
47 barung zwischen Täter und Opfer kann zudem ein Zivilrechtsstreit und damit eine Ver-  
48 nehmung des Opfers als Zeuge vermieden werden.

49  
50 Der Opferschutz ist ein hohes Gut und muss weiter gestärkt und ausgebaut werden.  
51 Deshalb sind, um eine weitere Traumatisierung des Opfers zu vermeiden, alle prozes-  
52 sualen Möglichkeiten des Opferschutzes auch im Strafverfahren zu schaffen. Die SPD

1 hat sich bereits in dieser Legislaturperiode dafür eingesetzt, in Hessen eine Opferstif-  
2 tung zu gründen. Ziel ist es, den Opfern von Straftaten eine schnelle, unbürokratische,  
3 finanzielle Hilfe zu gewähren, wenn diese anderweitig (etwa nach dem Opferentschä-  
4 digungsgesetz) nicht zu erlangen ist. Deshalb wird eine sozialdemokratisch geführte  
5 Landesregierung die Einrichtung einer Opferstiftung umsetzen.

6  
7 Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird außerdem die flächendecken-  
8 de Einrichtung von Zeugenberatungsstellen bei den Gerichten einleiten und einen Op-  
9 ferschutzbericht erstellen, der es Bürgerinnen und Bürger ermöglicht, sich einen um-  
10 fassenden Überblick über die Rechtslage, die Maßnahmen und Projekte der Landesre-  
11 gierung zum Schutz und Unterstützung der Opfer von Straftaten in Hessen, zu schaf-  
12 fen.

13  
14 Ziel des Justizvollzugs ist es, Straffällige wieder in die Gesellschaft einzugliedern und  
15 die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Im Sinne des Resozialisierungsgebots  
16 wollen wir für geeignete Strafgefangene neben dem offenen Vollzug „Vollzugseinrich-  
17 tungen in offener Form“ schaffen, um die Wiedereingliederung von Straftätern weiter  
18 auszubauen. Der Justizvollzug muss personell so ausgestaltet sein, dass er die an ihn  
19 gestellten unterschiedlichen und gesetzlich definierten Aufgaben erfüllen kann. Auf  
20 Grund der Zunahme der Anzahl psychisch auffälliger Strafgefangener muss die Mög-  
21 lichkeit einer Optimierung des Behandlungsvollzuges durch weitere spezialisierte Ab-  
22 teilungen überprüft werden. Auch das Übergangsmanagement in den Strafanstalten  
23 muss weiter ausgebaut und verbessert werden. Die Vorbereitung auf ein Leben in Frei-  
24 heit sollte frühestmöglich in der Haft interdisziplinär angegangen werden. Der hessi-  
25 sche Jugendstrafvollzug ist besonders geeignet, auf die Jugendlichen im Sinne der Re-  
26 sozialisierung einzuwirken. Dies gilt es zu erhalten und weiter auszubauen. Eine Priva-  
27 tisierung des Justizvollzugs lehnen wir strikt ab. Der Vollzug von Freiheitsstrafe ist eine  
28 hoheitliche Aufgabe.

29  
30 Die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen soll überprüft werden. Dabei wollen wir  
31 durch die Stärkung gemeinnütziger Arbeit, aber auch durch Modellversuche wie z.B.  
32 das Abarbeiten „day by day“ bzw. das Projekt „Ausweg“ nach mecklenburgischen Mo-  
33 dell, im Vollzug Ersatzfreiheitsstrafen verkürzen bzw. vermeiden.

34  
35 Der Anwendungsbereich der elektronischen Fußfessel sollte grundsätzlich erweitert  
36 werden. Sinnvoll erscheint der Einsatz als Alternative zum offenen Vollzug, konkret im  
37 Kurzstrafenvollzug, sowie zur Verkürzung des Langstrafenvollzugs. Im Einzelfall ist  
38 auch zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen die Möglichkeit des Einsatzes der e-  
39 lektronischen Fußfessel zu prüfen.

40  
41 Im Umbruch befinden sich momentan die Regelungen zur Sicherungsverwahrung. Da  
42 die aktuellen gesetzlichen Vorgaben gegen die europäische Menschenrechtskonvention  
43 bzw. das Grundgesetz verstoßen, müssen auf Bundes- und Landesebene Änderungen  
44 vorgenommen werden. Die Sicherungsunterbringung nimmt als Maßregel der Besse-  
45 rung und Sicherung eine zentrale Rolle bei der Verhinderung von Rückfalltaten ein. Von  
46 Bedeutung ist daher insbesondere ein Gesamtkonzept, das u.a. ausreichende Thera-  
47 pieangebote und das Trennungsgebot umfasst. Die SPD begrüßt, dass die Sicherungs-  
48 verwahrten in Schwalmstadt untergebracht und behandelt werden. Die JVA Schwalm-  
49 stadt und ihre Bediensteten verfügen über eine langjährige Erfahrung und eine hohe  
50 Kompetenz im Umgang mit Sicherungsverwahrten.

51

## 1 12.5. Verfassungsschutz

2 Eine wehrhafte Demokratie muss auch Zeichen setzen und entschlossen gegen extre-  
3 mistische Bestrebungen vorgehen. Dabei darf die Arbeit des Verfassungsschutzes aber  
4 nicht einseitig auf einzelne Extremismusbereiche ausgerichtet sein. Der Verfassungs-  
5 schutz muss das gesamte Spektrum des politisch und religiös motivierten Extremismus  
6 angemessen abdecken. Hier gibt es in Hessen Änderungsbedarf, so dass eine sozialde-  
7 mokratisch geführte Regierung die Ausrichtung des Verfassungsschutzes neu justieren  
8 wird.

9  
10 **Der Verfassungsschutz muss demokratischer gestaltet werden.** Das Landesamt für Ver-  
11 fassungsschutz leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Abwehr von Gefahren für die  
12 freiheitliche demokratische Grundordnung sowie für den Bestand und die Sicherheit  
13 des Landes Hessen, des Bundes und der anderen Länder. Allerdings zeigt die Tatsache,  
14 dass die rechtsextremistische Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)  
15 über ca. 14 Jahre unentdeckt schrecklichen Gewalttaten verüben konnte, dass es auch  
16 beim Verfassungsschutz in Hessen gravierende Mängel gibt. Dies gilt es dringend auf-  
17 zuarbeiten und abzustellen. In diesem Zusammenhang sind die Arbeitsstrukturen des  
18 Verfassungsschutzes zu prüfen und ggf. neu zu regeln. Dies gilt für den Einsatz von V-  
19 Leuten ebenso wie für den Umgang mit Quellen.

20  
21 Es bedarf umfassender Maßnahmen zur Demokratisierung des Verfassungsschutzes,  
22 um verloren gegangenes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zurück zu gewinnen.  
23 Unser Ziel ist es, einen modernen und transparenten Verfassungsschutz zu schaffen,  
24 der seine Legitimation auf eine umfassende parlamentarische Kontrolle stützen kann.  
25 Deshalb benötigen wir eine umfassende Stärkung der parlamentarischen Kontrollrech-  
26 te.

27  
28 Es gab insgesamt eine Reihe von strukturellen Defiziten, die aufgearbeitet werden  
29 müssen. Dazu gehört insbesondere der fehlende Informationsaustausch zwischen den  
30 einzelnen Verfassungsschutzbehörden. Hier bedarf es einer gesetzlichen Pflicht zur  
31 Information. Es gab darüber hinaus sehr zweifelhafte Einsätze von V-Leuten. Deshalb  
32 brauchen wir dringend gesetzliche Regelungen für deren Anwerbung und Einsatz von  
33 V-Leuten. Auch wäre ein Richtervorbehalt ab einem bestimmten Umfang der Tätigkeit  
34 von V-Leuten ratsam. Wir brauchen eine gesetzliche Verpflichtung zur Quellenkoordin-  
35 nierung. Das Bundesamt für Verfassungsschutz muss einen Überblick über alle einge-  
36 setzten Quellen in Deutschland erhalten, ansonsten entstehen unnütze Doppelstruktu-  
37 ren oder vorhandene Ressourcen können nicht genutzt werden.

38  
39 Wir brauchen aber auch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Verfassungs-  
40 schutz und der Polizei. Dabei bekennt sich die SPD nach wie vor zu einer strikten Tren-  
41 nung zwischen nachrichtendienstlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes und den  
42 Aufgaben und Befugnissen der Polizei. Jedoch muss die gegenseitige Information ge-  
43 währleistet werden. Wir benötigen dringend einen Mentalitätswechsel beim Verfas-  
44 sungsschutz. Wir benötigen mehr Transparenz und Offenheit, um das Vertrauen in die  
45 Sicherheitsbehörden zurück zu gewinnen.

## 46 47 **Initiativen gegen Rechts**

48 Die SPD unterstützt das Engagement der zahlreichen Initiativen und Vereine, die sich  
49 gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie einsetzen. Ihre Bildungs- und Prä-  
50 ventionsarbeit stellt einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der demokratischen

1 Zivilgesellschaft und für die Achtung der Menschenrechte in unserem Land dar. Es ist  
2 paradox und widersinnig, gerade von diesen Initiativen bei der öffentlichen Förderung  
3 eine zusätzliche Sondererklärung zur Verfassungstreue zu verlangen. Deshalb lehnt die  
4 SPD die als „Extremismusklausel“ bezeichnete Bestätigungserklärung für die Zuwen-  
5 dung von Mitteln aus dem Bundesprogramm "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ  
6 STÄRKEN" ab. Darüber hinaus ist es aber auch notwendig, gesamtgesellschaftlich ge-  
7 gen alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in unserem Land vorzugehen.  
8 Deshalb hält die SPD es für erforderlich, ein landesweites umfassendes Konzept gegen  
9 Rechtsextremismus aufzulegen.

10  
11

## 12 **12.6. Feuerwehr und Katastrophenschutz**

13 Es muss ein flächendeckendes System des Brandschutzes und Katastrophenschutzes in  
14 Hessen gewährleistet werden. Dazu gehört auch der Erhalt der Ortsteilfeuerwehren.  
15 Die Sicherung einer gesetzlichen Hilfsfrist von 10 Minuten ist für die Bürgerinnen und  
16 Bürger von wesentlicher Bedeutung. Entscheidend für eine gute Struktur der Hilfs-  
17 dienste und der Feuerwehren ist der Erhalt der integrierten Leitstellen in den Landkrei-  
18 sen.

19  
20 Für die vielen ehrenamtlichen Helfer wird insbesondere ausreichend Personal benötigt.  
21 Die Feuerwehr in Hessen besteht zu 95% aus ehrenamtlichen Kräften und auch bei den  
22 Hilfsdiensten ist der Anteil sehr hoch. Dieses Ehrenamt kann gar nicht hoch genug ge-  
23 schätzt werden. Es braucht aber auch konkrete Maßnahmen zur Unterstützung des  
24 Ehrenamtes, evtl. durch gesetzliche Regelungen, z.B. eines verbesserten Kündigungss-  
25 chutzes. Um Personal zu gewinnen, sollten Initiativen zur Mitgliedergewinnung un-  
26 terstützt werden. Dazu gehört eine Bereitstellung von Mitteln für ein Engagement der  
27 Feuerwehren und Hilfsdienste in Ganztagschulen. Die Förderung von Initiativen zur  
28 Erhöhung des Anteils von Frauen und Migrantinnen in den Feuerwehren ist ebenfalls zu  
29 unterstützen. Des Weiteren ist eine Entlastung der ehrenamtlichen Führungskräfte von  
30 Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben zu ermöglichen.

31  
32 Die Landesfeuerweherschule in Kassel muss unterstützt werden. Weiterhin ist eine pä-  
33 dagogische Ausbildung der Betreuerinnen und Betreuer der Jugendfeuerwehr und der  
34 Kinderfeuerwehren erforderlich.

35  
36 Die Feuerwehren vor Ort müssen aber auch gut ausgestattet sein, um den Schutz der  
37 Bevölkerung zu gewährleisten. Dazu gehört ausreichende Mittelzuwendung für die  
38 Beschaffung von technischem Gerät, welches dem jeweiligen Gefahrenniveau ange-  
39 passt ist. Das Aufkommen der Feuerschutzsteuer muss ohne Einschränkung für den  
40 Brandschutz zur Verfügung stehen.

41

## 13. Verantwortliche Finanzpolitik

### Staatliche Aufgaben angemessen finanzieren – Gerechtigkeit herstellen

Insbesondere die FDP, aber auch die CDU, haben über Jahrzehnte einem ausgezehrteten Staat das Wort geredet, Steuergeschenke für Lobbygruppen durchgesetzt, Steuererhöhungen für Reiche und Hochverdiener abgelehnt, Privatisierungen gefördert, staatliche Verantwortung eingeschränkt und staatliches Handeln geschwächt. Dies rächt sich nun. Der Spalt zwischen Arm und Reich wird immer größer. Zudem können viele notwendige Aufgaben nicht oder nur unzureichend erledigt werden. Im Bereich seiner öffentlichen Investitionen lebt Deutschland von der Substanz.

Aus dem vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung geht hervor, dass die Reichsten immer reicher werden. Das private Nettovermögen hat sich allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen Euro erhöht - allerdings ist der Wohlstand sehr ungleichmäßig verteilt. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verfügen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, der unteren Hälfte der Haushalte bleibt gerade mal ein Prozent. Und der Anteil des obersten Zehntels ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. 1998 belief er sich noch auf 45 Prozent, 2008 lag er bereits bei mehr als 53 Prozent des Nettogesamtvermögens.

Zugleich haben sich die Nettolöhne für viele Menschen in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. So hat sich der Niedriglohnsektor auch in Hessen rasant ausgedehnt. Laut OECD haben sich in keinem entwickelten Land Armut und soziale Ungleichheit so schnell ausgebreitet wie in Deutschland.

Während in Deutschland Geringverdiener und Alleinerziehende vor allem durch Sozialabgaben stark belastet werden, liegt die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in Deutschland unter dem Durchschnitt der OECD-Länder. Durch die wachsende Ungleichverteilung der Einkommen ist automatisch auch die Ungleichverteilung der Vermögen gewachsen. Steigende Ersparnisse von Hocheinkommensbezieheren verstärken die Vermögenskonzentration. Es ist deshalb ein Gebot der Gerechtigkeit, die hohen Vermögen und auch hohe Einkommen angemessener an der Finanzierung staatlicher Aufgaben zu beteiligen.

Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote liegt in Deutschland derzeit bei rund 22%. Selbst unter Berücksichtigung des zwischenzeitlichen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts stehen heute dem Staat weniger Einnahmen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung zur Verfügung als in vergangenen Jahrzehnten.

Diese Unterdeckung der öffentlichen Haushalte hat viel damit zu tun, dass die notwendigen Einnahmen nicht erhoben wurden und werden, nun aber von denen, die finanziell ihren Beitrag ohne weiteres leisten könnten, jetzt endlich erhoben werden müssen.

## 1 **Notwendige staatliche Aufgaben**

2 Zwar ist in politischen Debatten häufig zu hören, dass die öffentliche Hand über ihre  
3 Verhältnisse gelebt habe, aber eine Auswertung der staatlichen Ausgabenentwicklung  
4 zeigt, dass diese Behauptung falsch ist. Vielmehr zeichnet sich der deutsche Staat seit  
5 Jahren durch einen extrem schwachen Anstieg der Ausgaben aus. In Deutschland sind  
6 die Ausgaben der Länder in den Jahren 2001-2011 im Jahresdurchschnitt nominal gera-  
7 de einmal um 1,5 Prozent gestiegen.

8  
9 Wichtige öffentliche Aufgaben werden unzureichend finanziert. So gehen Bildungsfor-  
10 scher davon aus, dass z.B. für Kleinkinder mehr als 200.000 Betreuungsplätze bundes-  
11 weit fehlen Das Ziel von Bund und Ländern, den Anteil der Bildungsausgaben bis 2015  
12 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukt zu steigern, ist in weite Ferne gerückt.

13  
14 Auch die dezentrale Energiewende ist mit etwa 1,5 bis 2,0 Mrd. Euro pro Jahr in  
15 Deutschland unterfinanziert.

16  
17 Viele Städte und Gemeinden sind an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit, haben er-  
18 hebliche jährliche Defizite und sind hoch verschuldet, weil ihnen immer mehr Aufga-  
19 ben und damit Ausgaben zugewiesen wurden (z.B. für die Kinderbetreuung, Sozialaus-  
20 gaben). Die SPD konnte bei den Verhandlungen zu den Regelsätzen des Arbeitslosen-  
21 geldes II im Bundesrat durchsetzen, dass die Kommunen durch den Bund für die Kosten  
22 der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet werden. Damit er-  
23 halten die Kommunen ab 2015 mehr als 5 Milliarden Euro Kostenerstattung.

24  
25 Im Rahmen der Vereinbarung über die Zustimmung der Bundesländer zum Vertrag  
26 über den Fiskalpakt wurden auf Betreiben der SPD weitere Kostenübernahmen durch  
27 den Bund zugesichert, der sich demnach bei den Kosten für die Eingliederungshilfen für  
28 Behinderte (Entlastung ca. 4 Mrd. Euro) stärker beteiligen wird. Eine finanzielle Entlas-  
29 tung für die Kommunen soll es zudem bei der Förderung der Kindertagesplätze und  
30 beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs geben. Trotzdem bleibt die Lage der Kom-  
31 munen - insbesondere in Hessen - angespannt.

32  
33 Insbesondere der Griff der Landesregierung in die Kommunalkasse in Höhe von 344  
34 Millionen Euro ist eine unzumutbare Belastung; der sogenannte Schutzschirm für die  
35 Kommunen ist angesichts dieser Tatsache und der erheblichen Verschuldung der hessi-  
36 schen Kommunen unzureichend.

37  
38 Bei den öffentlichen Investitionen gibt es erheblichen Nachholbedarf. Studien zeigen,  
39 dass wir z.B. im Straßenbau von der Substanz leben und nicht genügend Mittel bereit-  
40 stellen, um nur die Ersatzinvestitionen zu tätigen. Nach Eurostat, dem Statistischen  
41 Amt der Europäischen Union, investierte der Staat in Deutschland 2010 nur 1,64 Pro-  
42 zent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Fast 1 Prozent des BIP beträgt damit der Rück-  
43 stand zum Durchschnitt der staatlichen Investitionen in der Eurozone. Es geht also  
44 darum, öffentliche Investitionen für Straßen, Schiene (ÖPNV), Infrastruktur zu steigern.

## 47 **Steuergerechtigkeit herstellen**

48 Die hessische SPD kämpft für mehr Steuergerechtigkeit. Die Bundes-SPD hat mit Par-  
49 teitagsbeschluss vom 6. Dezember 2011 ihre Vorhaben für mehr Steuergerechtigkeit  
50 dargelegt. Durch 37 Mrd. Euro Mehreinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen

1 und einem Subventionsabbau von 14 Mrd. Euro soll ein „Nationaler Pakt für Bildung  
2 und Entschuldung“ entstehen. Ab 2016 sollen rund 20 Mrd. Euro den Ländern und Ge-  
3 meinden durch Mehreinnahmen (10 Mrd. Euro Vermögenssteuer, 3,2 Mrd. Euro Rück-  
4 nahme der Steuergeschenke für Hoteliers und 2,5 Mrd. Euro durch Spitzensteuersatz-  
5 erhöhung und Umgestaltung Ehegattensplitting) zu Gute kommen, weitere 4,6 Mrd.  
6 Euro sollen Ländern und Gemeinden durch Subventionsabbau zufließen. Damit könnte  
7 das Land Hessen mit jährlichen Mehreinnahmen von ca. 1,1 bis 1,3 Mrd. Euro rechnen.

8  
9 Alleine die Einführung einer Vermögensteuer schlägt in Hessen mit rund 800 Mio. Eu-  
10 ro, die geplanten Änderungen bei der Einkommenssteuer mit rund 200 Mio. Euro zu  
11 Buche. Selbst wenn nicht alle Maßnahmen des Subventionsabbaues greifen, verbleibt  
12 dort auch nochmals ein Spielraum von rund 150 bis 300 Mio. Euro. Die Einführung eines  
13 Mindestlohns könnte rund 120 Mio. Euro Steuer Mehreinnahmen in Hessen erbringen.

14  
15 Nach den Zuführungen des Landes in den Kommunalen Finanzausgleich würden des-  
16 halb beim Land ca. 950 Mio. Euro Mehreinnahmen verbleiben. Den hessischen Kom-  
17 munen würden rund 300 bis 400 Mio. zusätzlich zufließen. Zudem wollen wir in der  
18 Steuerverwaltung des Landes die Zahl der Betriebsprüfer und Steuerfahnder Schritt für  
19 Schritt aufstocken.

20  
21 Alle diese Vorhaben sind aus Gründen der Steuergerechtigkeit, aber auch aus dem  
22 Grunde erforderlich, um die notwendigen staatlichen Aufgaben angemessen finanzia-  
23 ren zu können.

24 Dass wir in Deutschland Steuergerechtigkeit herstellen und die öffentliche Hand da-  
25 mit in die Lage versetzen, ihren gesellschaftlichen Aufgaben nachzukommen, ist für  
26 den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für den sozialen Frieden unabdingbar.  
27 Durch eine dauerhafte Erhöhung der staatlichen Einnahmen schaffen wir die Grund-  
28 voraussetzung dafür.

29 Dafür treten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei der anstehenden Bundes-  
30 tagswahl und der hessischen Landtagswahl gemeinsam ein.

31  
32 CDU und FDP haben in ihrer Regierungszeit über 25 Milliarden Euro neue Schulden an-  
33 gehäuft und damit erhebliche Lasten für kommende Haushalte verursacht. Zudem  
34 wurde Landesvermögen - vor allem Gebäude - in Milliardenhöhe veräußert. Wir wer-  
35 den den Ausverkauf des Landesvermögens stoppen.

36  
37 Schritt für Schritt werden wir die Nettoneuverschuldung zurückführen. Dies setzt ein  
38 verantwortliches Ausgabeverhalten voraus. Alle Ausgaben des Landes sind darauf zu  
39 überprüfen, ob sie notwendig sind und ob das jeweilige Ziel effektiver als bisher er-  
40reicht werden kann. Wir werden z.B. die Bereitstellung öffentlicher Mittel für private  
41 Eliteschulen und private Elitehochschulen auf Normalmass zurückführen. Die Finanz-  
42 politik muss wieder vom effizienten Umgang mit den finanziellen Ressourcen des  
43 Landes geprägt sein. Durch verantwortlichen Umgang mit den Landesfinanzen kann  
44 aus heutiger Sicht ein dreistelliger Millionenbetrag erschlossen werden.

45  
46 Wir sind uns bewusst, dass Sparen an der falschen Stelle zu hohen gesellschaftlichen  
47 Kosten führen kann. Wer unzureichende Bildungsinvestitionen veranlasst, nimmt Zu-  
48 kunftschancen. Wer jungen Menschen keine Perspektive bietet, braucht sich über ge-  
49 gesellschaftliche Folgekosten nicht zu wundern. Verantwortliches Sparen ist das Ziel.

50  
51 Die weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben werden wir stoppen. Wir wollen  
52 stattdessen ein effizientes öffentliches Management, das nicht auf schnelle Gewinn-

1 maximierung fixiert ist. Scheinbare, kurzfristige Haushaltserfolge durch Privatisie-  
2 rungsmaßnahmen werden oftmals mit deutlichen Belastungen der Bürgerinnen und  
3 Bürger oder Leistungsverlechterungen auf mittlere Sicht erkaufte. Die Erfahrungen  
4 mit dem Verkauf der Universitätskliniken in Gießen und Marburg, mit der Teilprivati-  
5 sierung der Justizvollzugsanstalt in Hünfeld, mit Öffentlich-Privaten-  
6 Partnerschaftsmodellen z.B. beim Polizeipräsidium in Kassel oder auch bei Privatisie-  
7 rungskonzepten in der Straßenverwaltung zeigen dies.

8  
9 Wir bekennen uns zur in der Hessischen Verfassung mit der Schuldenbremse veranker-  
10 ten Einnahmeverantwortung von Regierung und Parlament. Wir werden daher eine  
11 Bundesratsinitiative zur Wiedererhebung der Vermögenssteuer ergreifen, ebenso wie  
12 für eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen im Erbschaftsfalle und die Erhö-  
13 hung des Spitzensteuersatzes.

14  
15 Der gerechte Steuervollzug wird durch eine Verstärkung bei den Steuerfahndern und  
16 Betriebsprüfern verbessert werden.

17  
18 Die Zahlungen Hessens im Länderfinanzausgleich sind Ausdruck der Verpflichtung aus  
19 dem Grundgesetz, gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu errei-  
20 chen. Hessen zahlt in erheblichem Umfang. Wir setzen auf Verhandlungen mit den  
21 Nehmerländern, um künftig für Hessen eine günstigere Lösung zu erreichen.

22  
23 Die mit diesen Maßnahmen verbundenen Einnahmeverbesserungen werden wir ziel-  
24 gerichtet für unsere politischen Schwerpunkte verwenden.

25  
26 Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode im Landeshaushalt ein „gender bud-  
27 geting“ einführen, d.h. die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Haushaltsmaß-  
28 nahmen beschreiben.

29  
30 Zum 1. Januar 2014 beginnt die neue Förderperiode der europäischen Strukturpro-  
31 gramme ESF (Europäischer Sozialfonds) und EFRE (Europäische Regionalfonds). Bei der  
32 inhaltlichen Konzeption des hessischen EFRE-Programmes wollen wir den Schwerpunkt  
33 auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten legen; beim ESF-Programm ist ein  
34 wichtiges Ziel die deutliche Verringerung der Zahl von Schüler/Schülerinnen ohne  
35 Schulabschluss. Dies ist ein gutes Beispiel für vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik.

36  
37 Übermäßige Gehaltszahlungen in den Spitzen öffentlicher Unternehmen müssen der  
38 Vergangenheit angehören. Wir wollen in diesem Bereich mehr Transparenz schaffen  
39 und werden daher die Voraussetzung für eine individualisierte Publikationspflicht aller  
40 Vorstände und Geschäftsführer in öffentlichen Unternehmen schaffen.

41  
42 Wir werden beweisen, dass im Zusammenspiel von klugem Sparen, Effizienzsteigerun-  
43 gen und der Wahrnehmung der Einnahmeverantwortung durch die Erhebung gerech-  
44 ter Steuern und des Setzens politischer Schwerpunkte eine Reduzierung der Schulden-  
45 aufnahme und bis spätestens 2020 ein ausgeglichener Landeshaushalt möglich ist, wie  
46 ihn die Hessische Verfassung vorschreibt.

47